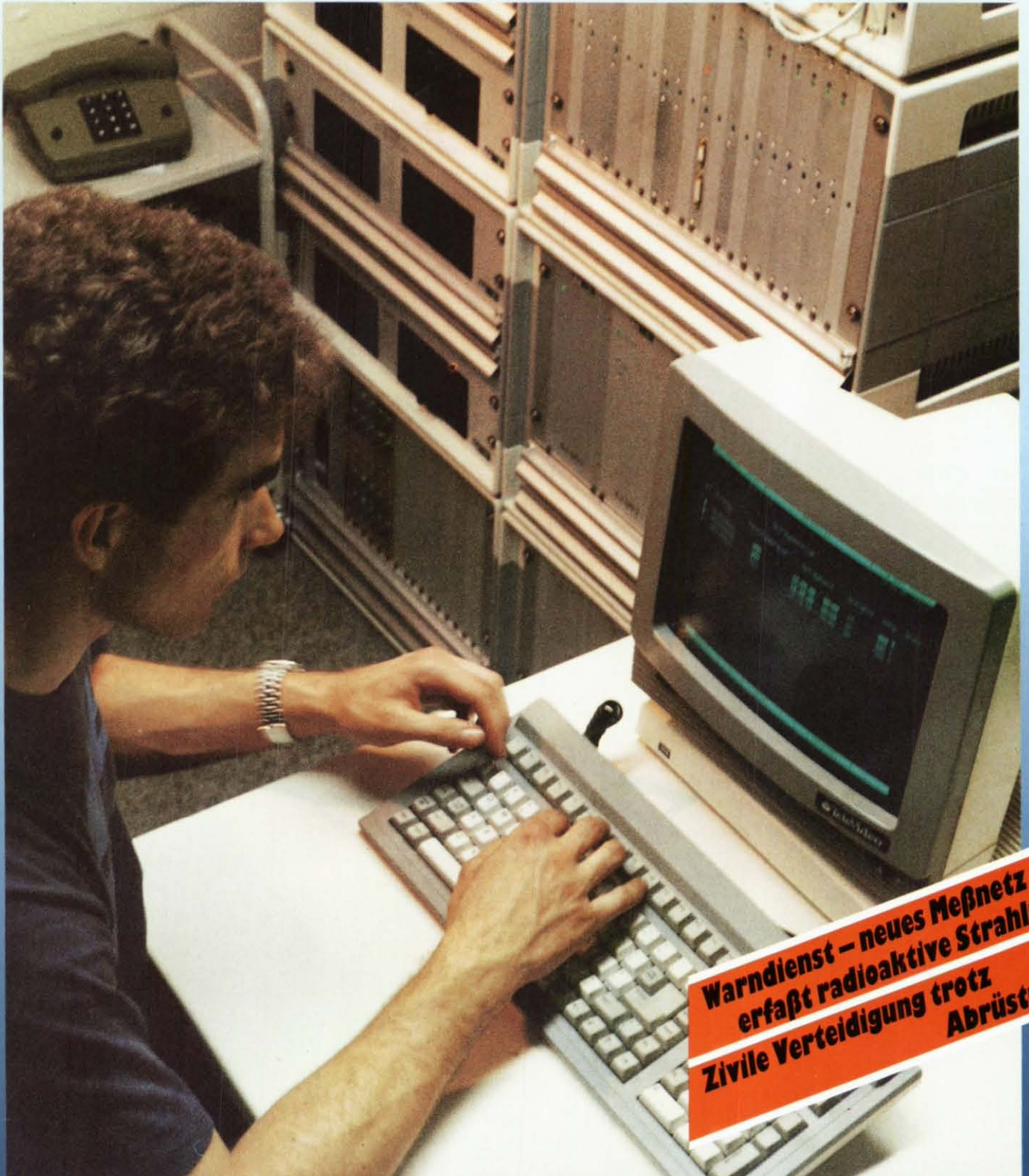




zivilschutz

MAGAZIN



**Warndienst – neues Meßnetz
erfaßt radioaktive Strahlung
Zivile Verteidigung trotz
Abrüstung**





Die Arbeit in der Freiwilligen Feuerwehr kann auch ein Hobby sein beziehungsweise zu einem solchen werden. Seit rund 35 Jahren widmet sich der Hauptbrandmeister seinem Hobby und engagiert sich darüber hinaus: Ein altes Feuerwehrfahrzeug hat er erworben und will es anlässlich des hundertjährigen Bestehens seiner Löschgruppe zu Werbezwecken einsetzen.

Menschen im Katastrophenschutz

Heute: Karl-Heinz Hinnenkamp aus Köln

„Auch wenn es seltsam klingt: Die Feuerwehr ist mein Hobby.“ – Karl-Heinz Hinnenkamp aus Köln trat schon 1950 der Freiwilligen Feuerwehr bei. „Das war noch in Neuenkirchen i. Oldenburg. Jeder, der in diesem Dorf etwas tun wollte, ging selbstverständlich zur Feuerwehr.“ Das Helfen stand und steht bei dem heutigen Hauptbrandmeister immer im Vordergrund: „Wenn es keinen Spaß macht, anderen Menschen zu helfen, dann sollte man auch nicht zur Feuerwehr gehen.“

Viel unterwegs in Sachen Feuerwehr

Aus dem Norden zog es den gelernten Kfz-Mechaniker schon früh nach Köln an den Rhein. Auch hier trat er der Freiwilligen Feuerwehr bei, wurde 1960 nach entsprechender Ausbildung zum Unterbrandmeister und stellvertretenden Löschgruppenführer Köln-Longerich ernannt. Konsequenterweise führte Hinnenkamp seine Ausbildung weiter: Brandmeisterlehrgang an der Landesfeuerwehrschule in Münster, 1963 Ernennung zum Brandmeister, 1965 Verpflichtung zur freiwilligen Mitarbeit im damaligen Luftschutzhilfsdienst, 1969 Beauftragung zum Gruppenführer in der damaligen 1. ZS-Feuerwehrbereitschaft Köln, 1969 Löschgruppenführer.

Weitere Lehrgänge folgten an der Landesfeuerwehrschule in Münster, und seit 1972 ist Karl-Heinz Hinnenkamp Hauptbrandmeister und zweiter Vorsitzender im Stadtfeuerwehrverband Köln mit rund 1700 Mitgliedern.

Der 55jährige technische Angestellte in einer Kölner Autoindustrie ist in Sachen Feuerwehr oft unterwegs: „Durchschnittlich sind es 15 bis 20 Stunden im Monat, die ich für die Feuerwehrarbeit investiere.“ Dazu gehören auch die Ausbildung in der Löschgruppe Longerich, Arbeiten für den Stadt-

feuerwehrverband, Übungen, Reinigungsdienst und Pflege der Fahrzeuge.

Ein „Schätzchen“ für Werbezwecke

Zum Thema Fahrzeuge hat Karl-Heinz Hinnenkamp viel zu erzählen. Denn 1986 hat er ein altes Feuerwehrauto gekauft, ein LF8, Baujahr 1964. Dieses „Schätzchen“ restauriert er in liebevoller Kleinarbeit, wobei ihm seine Kenntnisse als gelernter Kfz-Mechaniker von Nutzen sind. Anlässlich des hundertjährigen Bestehens der Löschgruppe Longerich 1989 will Hinnenkamp das LF8 für Werbezwecke einsetzen: „Ich möchte mit dem Fahrzeug zu Schulen und Kindergärten fahren und auf die Arbeit der Feuerwehr und natürlich auf das Jubiläum aufmerksam machen.“

Ein 30jähriges Jubiläum hatte der Hauptbrandmeister jüngst auch in seiner weiteren „Freizeitgestaltung“, nämlich in dem von ihm gegründeten Kegelklub „Die schräge Zehn“ zu feiern. Und, wen wundert's, auch

dort sind alle Kegler Freunde, Förderer oder Aktive der Feuerwehr.

Kameradschaft in der Feuerwehr

Der verheiratete Vater einer 13jährigen Tochter hat während seiner 35jährigen Feuerwehrtätigkeit schon viele Einsätze erlebt. „Der schlimmste Einsatz war vor Jahren nach einer Gasexplosion eines Wohn- und Geschäftshauses in Köln. Da mußten wir auch Tote hinausbringen, alles war sehr schwierig.“ Kennt der Hauptbrandmeister keine Angst bei den Einsätzen? „In dem Moment nicht, nur später denkt man oft, wieviel Glück man in brenzlichen Situationen gehabt hat.“

Besonders schöne Erlebnisse hat Karl-Heinz Hinnenkamp an der Landesfeuerwehrschule gemacht: „Es ist toll, wenn man zur Schule kommt, die zunächst fremden Kollegen kennenlernt und mit ihnen die Lehrgangszeit verbringt. Da entsteht eine Kameradschaft, die ich nur von der Feuerwehr her kenne.“



Einem Löschfahrzeug dieses Typs verhilft Karl-Heinz Hinnenkamp zu neuem Glanz.

12/88



ISSN 0173-7872

Umschau 2

Aktuelles im Blickpunkt

Schnelle und wirkungsvolle Hilfe 9

Das Technische Hilfswerk im Einsatz in Armenien

Die Katastrophe kam aus der Luft 13

Flugzeugabsturz fordert sechs Menschenleben

Zivile Verteidigung trotz Abrüstung 15

Das Thema kritisch betrachtet und analysiert

Messen, Auswerten, Aufbereiten 21

Das neue Meß- und Informationssystem des Warndienstes

„Gabriel 1988“ 25

Landesweite Fernmeldeübung in Schleswig-Holstein

Ein ungewöhnlicher Einsatz 28

Das Feldschlachtgerät im Übungsbetrieb

Bundesverband für den Selbstschutz 30

Technisches Hilfswerk 37

Warndienst 43

Deutsches Rotes Kreuz 45

Arbeiter-Samariter-Bund 48

Johanniter-Unfall-Hilfe 52

Malteser-Hilfsdienst 54

Deutscher Feuerwehrverband 56

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft 58

Presse Inland 61

Presse Ausland 62

Wissenschaft und Technik 63

Bücher 64

Das Minimagazin U3

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.

Anschrift der Redaktion:

Deutscherherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutscherherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich;
im Juni/Juli und im August/September
als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim, Günter Sers,
Paul Claes

Layout:

U. M. Kahr

Druck,

Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 12 04 06, 5300 Bonn 1
Ruf (02 28) 5 46-0, Telex 17-2 283 687
Teletex 2 28 36 87, Telefax 546-150

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllung- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



Grußwort

des Bundesministers des Innern an die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des Zivil- und Katastrophenschutzes zum Jahreswechsel

Liebe Helferinnen und Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz!

Zum Jahreswechsel wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen ein gesundes, glückliches Jahr 1989.

Auch in diesem Jahr haben Sie uneigennützig und zuverlässig dem Gemeinwohl gedient. Ereignisse bei uns und in anderen Ländern haben uns erneut vor Augen geführt, wie ganze Regionen durch Naturgewalten und Unglücksfälle in Tod und Verwüstung gestürzt werden können. Helferinnen und Helfer des Zivil- und Katastrophenschutzes waren stets zu raschem Eingreifen in Notfällen bereit. Die Einsätze in Ramstein, Remscheid und in der vom Erdbeben heimgesuchten Region Armeniens sind aktuelle Beweise für die erfolgreiche Zusammenarbeit der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen.

Dank und Anerkennung möchte ich darüber hinaus aber auch all denjenigen sagen, die abseits von derartigen erschütternden Ereignissen und nicht im Licht der Öffentlichkeit freiwillig und ehrenamtlich ihre Aufgaben im Zivil- und Katastrophenschutz erfüllen. Sie geben ein Beispiel für aktiven Bürgersinn und solidarische Gemein-

schaft. Ich meine hier die Helferinnen und Helfer im Warndienst und im Selbstschutz.

Erwähnen möchte ich auch die Helferinnen, Helfer, Ärzte und Piloten des Luftrettungsdienstes, die im Laufe des Jahres tausenden von Menschen durch ihren schnellen Einsatz das Leben gerettet haben.

Sie alle tragen durch Ihr beispielhaftes soziales Engagement dazu bei, daß der Schutz unserer Mitbürger auch in Zukunft gewährleistet bleibt. Ihre stete Einsatzbereitschaft und Ihr Handeln dient dem Wohle der Menschheit. Dafür spreche ich Ihnen Dank und Anerkennung aus und wünsche auch in Zukunft viel Erfolg.

Ihr

Dr. Friedrich Zimmermann

Bundesverdienstkreuz Erster Klasse für THW-Bundessprecher Merck

Bundesminister Dr. Friedrich Zimmermann händigte am 15. Dezember 1988 im Bundesinnenministerium, dem Bundessprecher des Technischen Hilfswerks, Konsul Peter Merck, das diesem von Weizsäcker verliehene Bundesverdienstkreuz Erster Klasse aus. An der Feierstunde nahmen neben Staatssekretär Neusel, Ministerialdirigent Beyer und THW-Direktor Henkel auch mehrere Landesbeauftragte und Landessprecher des Technischen Hilfswerks teil.

Dr. Zimmermann hielt folgende Rede: „Ich freue mich, heute dem Bundessprecher der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Herrn Konsul Peter Merck, im Auftrag des Herrn Bundespräsidenten das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

aushändigen zu können. Sie – lieber Herr Merck – sind der gewählte Repräsentant von über 56 000 freiwilligen und ehrenamtlichen Helfern des Technischen Hilfswerks. Als solcher sind Sie mir seit Beginn meiner Amtszeit als Bundesminister des Innern im Jahre 1982 bekannt, und ich weiß Ihre loyale und besonnene Haltung zu schätzen. Durch eine Reihe von Gesprächen hat sich zwischen uns ein enges vertrauensvolles Verhältnis gebildet. Ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie in manchen kritischen Situationen den persönlichen Kontakt zu mir gesucht und dabei auch ein offenes Wort nicht gescheut haben. Das Technische Hilfswerk ist Ihnen, der Sie eine wichtige Funktion in unserem Wirtschaftsleben einnehmen, weit mehr als ein bloßes Hobby. Jeder, der Sie nä-

her kennt, weiß, daß hier eine echte Lebensaufgabe wahrgenommen wird.

Mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes möchte ich nicht nur Sie persönlich würdigen, sondern zugleich auch sämtliche Helfer des Technischen Hilfswerks. Ein Blick über die Grenzen zeigt immer wieder, daß andere Länder uns um derartige Männer und Frauen beneiden. Es kommt deshalb nicht von ungefähr, daß das Technische Hilfswerk von anderen Staaten bei Katastrophen angefordert wird. Gerade heute morgen ist die Schnelleinsatzeinheit des THW aus ihrem Einsatzgebiet in Armenien zurückgekehrt. Damit hat diese Spezialeinheit, deren Aufstellung ich im Herbst 1985 nach dem Einsatz des THW in Mexiko-City angeordnet hatte, ihre erste

große Bewährungsprobe unter schwierigsten Bedingungen bestanden.

Gerade der Einsatz der Schnelleinsatzeinheit und die am Montag dieser Woche erfolgte Entsendung einer weiteren Hilfsmannschaft mit schwerem Bergungsräumgerät haben erneut die Unverzichtbarkeit des Technischen Hilfswerks erwiesen. Auch die vielen Einsätze im Inland in diesem Jahr, insbesondere bei der Hochwasserkatastrophe im Frühjahr, haben die Bedeutung des Technischen Hilfswerks gezeigt. Ich möchte Ihnen deshalb auch an dieser Stelle im Namen der Bundesregierung versichern, daß diese Regierung und die sie tragenden Parteien nicht daran denken, das Technische Hilfswerk aufzulösen. Ich beabsichtigte im Gegenteil, das Techni-



sche Hilfswerk in dem geplanten Katastrophenschutzergänzungs-gesetz auf eine gesicherte Rechtsgrundlage zu stellen. Das Bundeskabinett wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres über die Gesetzesvorlage beschließen.

In diesem Zusammenhang begrüße ich es insbesondere, daß es gelungen ist, einen Kompromiß mit dem Deutschen Feuerwehrverband über die Formulierung der friedensmäßigen Aufgaben des THW zu finden. Es kommt nun darauf an, etwaig vorhandene Dissonanzen zu überwinden und die gemeinsame Aufga-

be, den Dienst am Nächsten, in den Vordergrund zu stellen. Ich bitte Sie ebenso, wie ich Herrn Präsidenten Struve gebeten habe, eng und vertrauensvoll mit anderen Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten und Kameradschaft zu pflegen.

Ich danke Ihnen, lieber Herr Merck, für Ihr großes Engagement, das Sie in den letzten zwanzig Jahren zugunsten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk gezeigt haben und spreche Ihnen meinen Glückwunsch zu der hohen Auszeichnung aus."

Zusatzprotokolle zu Genfer Abkommen sollen ratifiziert werden

Am 13. Oktober 1988 und erneut am 10. November 1988 wurde im Plenum des Deutschen Bundestages die Frage der Ratifizierung der aus dem Jahre 1977 stammenden beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen über den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte von 1949 diskutiert. In beiden Debatten wurde deutlich, daß alle Fraktionen die baldige Einleitung des Ratifikationsverfahrens befürworten.

Staatsminister Schäfer, Auswärtiges Amt, hat unterstrichen, daß die Ratifizierung Ziel der Bundesregierung ist und sie in dieser Angelegenheit jetzt zu endgültigen Beschlüssen kommen wird. Er hat ferner darauf hingewiesen, daß außer Frage steht, daß die Zusatzprotokolle ein Fortschritt im Bereich des humanitä-

ren Kriegsvölkerrechts sind; sie enthalten eine Neubestätigung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts und schaffen darüber hinaus eine Reihe bedeutsamer Neuregelungen. Sie verbessern den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte, insbesondere der Zivilbevölkerung. Vor dem Hintergrund der immer wiederkehrenden Konflikte in vielen Teilen der Welt gewinnen sie ihre hohe humanitäre Bedeutung.

Hohe Auszeichnung für Werner Weig

Aus der Hand von Staatsminister Dr. Gebhard Glück empfing Werner Weig das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

In seiner Laudatio würdigte der Staatsminister insbesondere die Leistungen, die Weig im Katastrophenschutz erbracht hat. Bereits seit 1962 ist Weig Mitglied

des 1. FMZ-LA (S) Landshut. Er war maßgeblich am Aufbau des Zuges beteiligt und ist über Jahre hinweg durch seine ruhige und besonnene Art sowie seine Einsatzbereitschaft Vorbild und guter Geist in dieser Einheit.

Zugleich war Weig von 1952 bis 1983 aktives Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Landshut. Auch dem kirchlichen und caritativen Bereich galt und gilt sein unermüdlicher Einsatz.

Bundesweites Krisenmanagement installiert

Nachdem am 28. April 1988 die Innenministerkonferenz die Einrichtung eines bundesweiten Krisenmanagements für zivile Großgefahrenlagen gefordert und das Bundeskabinett am 20. Juni 1988 beschlossen hatte, trat dieses Beratungsgremium am 15. November im Bundesministerium des Innern erstmals zusammen. Staatssekretär Hans Neusel eröffnete die Sitzung mit einer Schilderung seiner Erfahrungen im Zusammenhang mit Tschernobyl und Sandoz. Das Koordinierungsgremium, in dem Katastrophenschutzexperten aller Länder mit den zuständigen Beamten aller in Katastrophenlagen beteiligten Bundesressorts unter Vorsitz des zuständigen Abteilungsleiters des BMI, MinDirig. Wolfgang Beyer, zusammenarbeiten, hat eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe Kosmos 1900 beauftragt, die Erfahrungen aus dem Krisenmanagement dieser Gefahrenlage (Mai bis Ende September 1988) auszuwerten. Zum einen soll ein schon vorliegender Handlungskatalog bei drohenden Satellitenabstürzen - er hat sich nach allgemeiner Auffassung grundsätzlich bewährt - überarbeitet und verbessert werden. Für das Sonderproblem der Detektion radioaktiver Teilchen durch Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr soll außerdem die bestmögliche Organisation, die Übermittlung von Fundergebnissen und die Arbeitsweise der bodengebundenen Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes (Feinmessung, Sicherung und Bergung von Bruchstücken) festgelegt werden.

Die interministerielle Koordinierungsgruppe für großflächige Gefahrenlagen und die beim BMI eingerichtete Koordinierungsstelle werden sich bei der Informationsgewinnung und Informationsübermittlung schwerge-wichtig auf das System von polizeilichen Lagezentren in Bund und Ländern stützen. Nach Auffassung der Länder sollen planerische Vorkehrungen zunächst auf technisch bedingte länderübergreifende Gefahrenlagen konzentriert werden.

Neue Broschüre informiert

„Die Beförderung radioaktiver Stoffe“ ist eine Broschüre betitelt, die jetzt vom Bundesminister für Verkehr herausgegeben wurde. Anlaß für die Herausgabe war die Feststellung, daß über die Sicherheit bei der Beförderung radioaktiver Stoffe weitverbreitet Unwissenheit herrscht. Die Informationsbroschüre soll dazu beitragen, dem Bürger einen Überblick über die Sicherheitsbestimmungen bei der Beförderung radioaktiver Stoffe zu geben.

Von der Darstellung des Verkehrsaufkommens mit gefährlichen Gütern über internationale und nationale Beförderungsvorschriften bis hin zur Prüfung von Versandstücken und der Beschreibung von Risiken und Unfällen widmet sich die Broschüre der ganzen Breite der Thematik. Die durchgehend vierfarbige Illustration sowie die klaren Aussagen tragen viel zum Verständnis bei. Mit der Broschüre ist es gelungen, dem interessierten Bürger das Thema in ansprechender und informativer Form nahe-zubringen.



EG-Staaten wollen die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes fortsetzen

Am 4. November 1988 trafen sich in Brüssel die für den Zivil- und Katastrophenschutz zuständigen Minister der EG-Staaten, um über die Fortsetzung der bisher erfolgten gemeinsamen Zusammenarbeit zu beraten. Unter Vorsitz des griechischen Innenministers Tsochatzopoulos verabschiedeten die Minister eine gemeinsame EntschlieÙung, mit der insbesondere ein besserer Austausch von Informationen, bessere Nutzung der in den einzelnen Mitgliedstaaten bestehenden Datenbanken sowie die Schaffung eines zusätzlichen für ganz Europa einheitlichen Notrufs verabredet wird.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Carl-Dieter Spranger, der in Vertretung des Bundesministers des Innern, Dr. Friedrich

Zimmermann, an der Tagung teilnahm, erklärte hierzu:

„Die Bundesrepublik Deutschland begrüÙt, daÙ sich die Gemeinschaft im Interesse ihrer Bürger mit den Problemen des Zivil- und Katastrophenschutzes befaÙt und wird alles tun, um diese Zusammenarbeit auch weiterhin für die Zukunft zu fördern, denn es ist von jeher eines ihrer bedeutendsten politischen Ziele gewesen, die Sicherheit der Völker Europas weiter zu entwickeln.

Gleichwohl sollte man die vorgegebenen Grenzen einer EG-weiten Zusammenarbeit nicht verschweigen, denn die römischen Verträge enthalten keine Rechtsgrundlagen, nach denen die EG im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes tätig werden könnte, so daÙ von den Mitgliedsstaaten für entsprechende

Aktivitäten keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden können.

Unter Berücksichtigung des vorbezeichneten Rahmens enthält die EntschlieÙung konkrete Maßnahmen, die die Zusammenarbeit in Europa weiter fördern werden. Dies sind:

- Prüfung der Durchführbarkeit einer Vernetzung der in den einzelnen Mitgliedsstaaten für die Gefahrenabwehr vorhandenen Datenbanken,
- Erstellung eines mehrsprachigen Glossars, um die Kommunikation zwischen den Einsatzgruppen im Notfall zu erleichtern,
- Schaffung eines zusätzlichen für ganz Europa einheitlichen Notrufs, über den im Notfall Verbindung mit den zuständigen einzelstaatlichen Notdiensten aufgenommen werden kann.

Auf Vorschlag der Bundesrepublik Deutschland, den alle Teilnehmer ausdrücklich begrüÙten, wurde des weiteren beschlossen, daÙ die Kommission innerhalb von sechs Monaten eine Übersicht aller Aktivitäten der Gefahrenabwehr auf den Gebieten des Brand- und Katastrophenschutzes, die in ihren Dienststellen entfaltet werden, erstellen wird.

Darüber hinaus wurde vereinbart, die Möglichkeit eines verstärkten Einsatzes moderner Informations- und Telekommunikationssysteme anhand einer Bedarfsübersicht zu prüfen und eine Studie über die Durchführbarkeit einer europaweiten Katastrophenschutzkampagne zu erstellen, um die Information und Aufklärung der Öffentlichkeit über den Katastrophenschutz zu verstärken und auszubauen.“

Feuerwehren wichtiger und starker Partner des Bundes

AnläÙlich der Übergabe von 14 Brandschutzfahrzeugen des erweiterten Katastrophenschutzes an den Freistaat Bayern am 11. November 1988 in Ansbach hielt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, folgende Ansprache:

„Ich freue mich, daÙ es mir hier und heute möglich ist, dem Freistaat Bayern ein Kontingent von 14 Brandschutzfahrzeugen zu übergeben, die der Bund in Erfüllung seines verfassungsmäßigen Auftrags, nämlich des Zivilschutzes, beschafft hat und für deren Wartung er in Zukunft auch weiterhin durch Bereitstellung der finanziellen Mittel aufkommen wird. Gleichzeitig möchte ich Ihnen die GrüÙe von Herrn Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann übermitteln.

Die Bundesregierung miÙt dem Katastrophenschutz, ob im Frieden oder im hoffentlich nie

eintretenden Verteidigungsfall, eine wesentliche Bedeutung zu. Zur Bekämpfung von Katastrophen ist daher in der Bundesrepublik Deutschland ein vielfältiges und umfangreiches Hilfeleistungssystem aufgebaut worden, in dem die privaten Hilfsorganisationen, die Kommunen, die Länder und der Bund eng zusammenarbeiten.

Keine falschen Kompromisse

Die Erhaltung bzw. die Verbesserung dieses einheitlichen Hilfeleistungssystems ist das Ziel der Bundesregierung, das sie trotz aller notwendigen Sparmaßnahmen, die zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte notwendig sind, auch in Zukunft anstreben wird.

Wir alle wissen, daÙ wir uns keine falschen Kompromisse leisten können, wenn es um den Schutz von Leben und Gesundheit der Menschen, d.h. um das

höchste Rechtsgut, das ein Staat zu bewahren und zu verteidigen hat, geht. Es hat meiner Meinung nach keinen Sinn, Geld und Arbeitskraft in die Reinhaltung des Wassers und in die Gesundheit der Wälder zu investieren, wenn nicht gleichzeitig alles getan wird, damit die Menschen bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen

über- und weiterleben können. Eine noch so intakte Umwelt ist kein Wert an sich. Der Mensch ist der primäre Inhalt aller Politik.

Die heutige Übergabe fällt in eine Zeit, in der der Katastrophenschutz wieder in das Blickfeld einer breiten Öffentlichkeit gerückt ist.



Anlaß hierzu gaben der Reaktorunfall in Tschernobyl, der Brand bei der Firma Sandoz in Basel, die in letzter Zeit vermehrt aufgetretenen Unfälle mit Gefahrguttransporten, das Grubenunglück in Borken und das Unglück in Ramstein.

Trotz des hohen Sicherheitsstandards der Industrie in unserem Lande ist nicht zu übersehen, daß wir in unserer heutigen hochtechnologischen Gesellschaft mit den daraus resultierenden Risiken noch mehr tun müssen, um den Aufbau eines wirksamen und umfassenden Gefahrenabwehrsystems zu fördern. Die Bundesregierung hat dies früh erkannt und dementsprechend gehandelt.

Der Bund hat sichergestellt, daß seine Einrichtungen und Einheiten sowie die Ausstattung des Zivilschutzes dem Katastrophenschutz der Länder bei der Bewältigung von Katastrophen, aber auch bei der alltäglichen Bekämpfung von Unglücksfällen und Bränden in vollem Umfang zur Verfügung stehen.

Ausstattung modernisiert

Durch das derzeit noch laufende Konsolidierungsprogramm wird seit 1981 mit einem Finanzvolumen von rund 1,2 Mrd. DM die lückenhafte und veraltete Ausstattung der z. Zt. aufgestellten 7300 Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes einschließlich der persönlichen Ausstattung der rund 143 000 Helferinnen und Helfer durch Ersatzbeschaffungen bzw. Komplettierungen verbessert, aufgefüllt und modernisiert. Auch die hier vor uns stehenden 14 Brandschutzfahrzeuge, in einem Gesamtwert von rd. 2,3 Mio. DM, sind Teil dieses Konsolidierungsprogramms.

In diesem Zusammenhang freut es mich natürlich besonders, daß von diesem Kontingent ein Fahrzeug an die Stadt und drei Fahrzeuge an den Landkreis Ansbach gehen. Drei weitere Fahrzeuge sind für den Raum Nürnberg und Fürth bestimmt, so daß der Bereich Mittelfranken insgesamt sieben Fahrzeuge zugewiesen bekommt.

Von den insgesamt im Konsolidierungsprogramm vorgesehenen 11 000 neuen Bundesfahrzeugen konnten von 1980 bis 1987 7 500

neue Einsatzfahrzeuge ausgeliefert werden.

Mit Ablauf des Jahres wird sich diese Zahl auf rd. 8 500 erhöht haben.

Davon hat der Freistaat Bayern bisher insgesamt 1 235 Fahrzeuge mit einem Gesamtwert von rd. 110 Mio. DM erhalten. Diese Fahrzeuge verteilen sich wie folgt auf die Fachdienste des erweiterten Katastrophenschutzes:

Brandschutzdienst: 203 Fahrzeuge
ABC-Dienst: 36 Fahrzeuge

Bergungsdienst
(THW): 248 Fahrzeuge

Instandsetzungsdienst
(THW): 74 Fahrzeuge

Sanitätsdienst: 424 Fahrzeuge

Fernmeldedienst: 87 Fahrzeuge

Betreuungs- und Versorgungsdienst: 93 Fahrzeuge

Führungsdienst: 70 Fahrzeuge

Von den bis 1987 ausgelieferten Fahrzeugen erhielt die Stadt Ansbach ein Brandschutzfahrzeug LF 16 TS im Wert von rd. 170 000 DM.

Der Landkreis Ansbach erhielt im gleichen Zeitraum sieben Brandschutzfahrzeuge im Wert von rd. 1,1 Mio. DM.

Durch diese Maßnahmen leistet der Bund einen erheblichen Beitrag zur friedensmäßigen Gefahren- und Katastrophenabwehr, für die die Länder zuständig sind. Das gilt insbesondere für den Brandschutzdienst der Gemeinden, der durch die Feuerwehren getragen wird. Hierfür stellt der Bund rund 3 500 Brandschutzfahrzeuge zur Verfügung, die ebenfalls Aufgaben des alltäglichen Brandschutzes wahrnehmen und dadurch Gemeinden und Ländern nicht unerhebliche Investitionskosten einsparen helfen. Im Rahmen des Konsolidierungsprogramms werden den Feuerwehren Brandschutzfahrzeuge und Fachdienstausstattungen im Gesamtwert von 440 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Zusammen mit dem ebenfalls von den Feuerwehren getragenen ABC-Dienst, für den der Bund insgesamt 500 neue Einsatzfahrzeuge sowie Fachdienstausstattung beschafft, partizipieren die Feuerwehren mit über 500 Mio. DM am Konsolidierungsprogramm, das sind rund 42 % des Gesamtvolumens.

Feuerwehren nicht benachteiligt

Betrachtet man dagegen die fi-

nanziellen Leistungen des Bundes im Hinblick auf das THW, - ich möchte diesen Punkt kurz ansprechen, da der Bund in der Vergangenheit gerade hier kritisiert worden ist -, so stellt man fest, daß die Feuerwehren entgegen anderslautender Äußerungen nicht benachteiligt worden sind. Wie schon gesagt, sind die Feuerwehren mit rund 42 % am Gesamtvolumen des Konsolidierungsprogramms beteiligt, obwohl ihr Helferanteil an der Gesamtstärke des erweiterten Katastrophenschutzes lediglich 23 % beträgt. Die vom THW mit rund 42 000 Helfern getragenen Bergungs- und Instandsetzungsdienste erhalten aus dem Konsolidierungsprogramm 366 Mio. DM. Sie sind damit nur mit rund 30 % am Konsolidierungsprogramm beteiligt, obwohl sie einen Helferanteil von rund 27 % aufweisen.

Ich möchte aber keinen Zweifel daran lassen, daß der Bund die deutschen Feuerwehren seit jeher als wichtigen und starken Partner betrachtet, der sowohl als Träger einer bedeutenden öffentlichen Aufgabe für das Leben und die Gesundheit unserer Bevölkerung als auch in seiner gesellschaftspolitischen Dimension für unseren Staat unersetzbar ist.

Der Bund hat die Feuerwehren daher in dem rechtlich vorgegebenen Rahmen durch beachtliche materielle Leistungen immer unterstützt und sich nie nur auf verbale Sympathiebekundungen beschränkt. Dies wird er auch in Zukunft tun.

Letztendlich bleibt festzustellen, daß die Bundesleistungen für das einheitliche Hilfeleistungssystem des Katastrophenschutz- und Zivilschutzes - auch im europäischen Vergleich - auf hohem Niveau liegen. Hierauf sind wir, trotz aller Rufe nach noch mehr Bundesleistungen, doch ein wenig stolz.

Gleichwohl besteht für uns kein Anlaß, in unseren Anstrengungen zur Optimierung des Katastrophenschutzes nachzulassen.

Nach meinen Vorstellungen sollte sich daher an das Konsolidierungsprogramm ein Arrondierungsprogramm anschließen, um durch die Aufstellung weiterer Einheiten der Fachdienste ABC-, Fernmeldedienst, Sanitäts- und Bergungsdienst das noch bestehende regionale Schutzgefälle weiter zu verringern.

Schutz wird verbessert

Darüber hinaus erarbeiten wir derzeit gemeinsam mit den Ländern ein Bevölkerungsschutzprogramm. Durch abgestimmte und gezielte Maßnahmen soll dabei der Schutz der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gegenüber den vielfältigen Risiken weiter verbessert werden.

Die von mir bereits erwähnten Unfälle von Tschernobyl und Sandoz haben auch die neuen Dimensionen heutiger Industriegefahren, insbesondere die Möglichkeit eines schnellen Übergreifens auf große Gebiete und über Grenzen hinweg deutlich gemacht. Die internationale grenzüberschreitende Zusammenarbeit muß daher natürlich in Zusammenarbeit mit den für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zuständigen Bundesländern verstärkt vorangetrieben werden. Durch bilaterale Hilfeleistungsabkommen mit den Nachbarstaaten hat die Bundesregierung schon die notwendigen Rechtsgrundlagen geschaffen. Lediglich mit der CSSR und der DDR konnten bislang noch keine umfassenden Abmachungen getroffen werden. Auch innerhalb der europäischen Gemeinschaft hat man die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit zum Schutze des Bürgers vor Katastrophen erkannt. Erst letzte Woche habe ich in Brüssel die Bundesrepublik Deutschland bei einer Ministerratstagung vertreten, die sich mit einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes befaßte.

Alle organisatorischen und finanziellen Bemühungen auf seiten der Behörden reichen aber nicht aus, wenn es nicht immer wieder engagierte Mitarbeiter gäbe, die ob nun freiwillig oder hauptamtlich Tag für Tag, oft unter Einsatz ihres Lebens, für den Schutz und die Sicherheit ihrer Mitmenschen eintreten würden. Diese Menschen, die bereit sind, Opfer und Gefahren auf sich zu nehmen und durch Eigeninitiative und Mitverantwortung im Sinne wahrhaftiger und christlicher Nächstenliebe ihre Mitbürger vor Katastrophen und schweren Unglücksfällen zu schützen, sind wesentlicher Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft. Ihnen möchte ich ausdrücklich dan-

ken und sie zugleich bitten, in ihrem Engagement nicht nachzulassen.“

Unser Foto zeigt (von links): Staatssekretär Dr. Günter Beckstein, Bayer. Innenministerium, Staatssekretär Carl-Dieter Spranger, Kreisbrandmeister Hans Hähnlein, Landrat, Senator Georg Ehnes. (Foto: Beyerlein)

Zwei Tote bei Hauseinsturz

Beim Einsturz eines achtstöckigen Bürohauses im Frankfurter Bahnhofsviertel sind zwei Arbeiter ums Leben gekommen. Die beiden Angestellten einer Abbruchfirma befanden sich zum Zeitpunkt des Unglücks, das sich bei Abbrucharbeiten ereignete, im Keller. Bei der Suche nach den Verschütteten kamen auch Rettungshunde zum Einsatz (Foto). (Foto: dpa)



Interessanter Zugang für Museum

Die Berufsfeuerwehr Offenbach restaurierte für das Deutsche Feuerwehr-Museum in Fulda ein Löschgruppenfahrzeug (LF 15) aus dem Jahre 1942. Das Gerät ist voll funktionsfähig. Von 1942-1955 gehörte das Löschgruppenfahrzeug bei der Berufsfeuerwehr zum Einsatzbestand, um dann bis 1971 bei der Freiwilligen Feuerwehr Dienst zu tun.

Mit berechtigtem Stolz übergab Werkstattleiter Hans Zaleike, in historischer Uniform der Feuerschutzpolizei erschienen, das neue Exponat dem Vorsitzenden des Kuratoriums des Deutschen Feuerwehr-Museums, Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Hamberger. Dieser dankte dem Leiter der Berufsfeuerwehr Offenbach, Branddirektor Jürgen Endress, herzlich für das großartig restaurierte Objekt. Mit Interesse ließ er sich über das Fahrzeug infor-

mieren und zeigte sich beeindruckt davon, daß die Männer des Überführungstrupps in historischen Uniformen (Foto) drei Jahrzehnte Feuerwehrgeschichte lebendig darstellten.

Museumsleiter Dr. Thomas Wolf freute sich, daß er nun ein rundum funktionsfähiges Stück in hervorragendem Zustand in die Sammlung einreihen kann. Er hofft, damit im Sommer interessante Vorführungen machen zu können.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist nachfolgend aufgeführte Stelle zu besetzen:

Leiter/-in der BVS-Dienststelle Kaufbeuren

Verg.-Gr. IV a BAT – ab sofort –

Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes – insbesondere des Selbstschutzes – verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum 20. 2. 1989 zu richten an:

Bundesverband für den Selbstschutz

Bundeshauptstelle
Deutscherherrenstr. 93-95
5300 Bonn 2

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt. Bei ha Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.



Schweres Zugunglück in Großbritannien

Bei einem verheerenden Eisenbahnunglück im Süden Londons wurden am 12. Dezember 1988 33 Personen getötet und 113 zum Teil schwer verletzt. Über

fünf Stunden brauchten Feuerwehrleute und Helfer, um alle Verletzten aus den ineinander verkeilten und umgestürzten Waggons zu bergen.

Das Unglück ereignete sich gegen 8.00 Uhr wenige Kilometer südlich des Bahnhofs Waterloo, als ein Vorortzug seine Geschwindigkeit an einem defekten Signal verringerte. Ein mit rund 80 Stundenkilometer folgender vollbesetzter Fernzug fuhr von hinten auf. In dieses Chaos raste wenige Minuten später ein dritter leerer Zug. (Foto: dpa)

AIDS-Information für Ersthelfer

„Was Ersthelfer über AIDS wissen sollen“ heißt eine kleine Broschüre, die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Zusammenarbeit mit dem Arbeiter-Samariter-Bund, dem Deutschen Roten Kreuz, der



Johanniter-Unfall-Hilfe und dem Malteser-Hilfsdienst im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit im November 1988 herausgegeben wurde.

Viele Menschen sind heute verunsichert und besorgt, sich bei Erste-Hilfe-Leistungen mit dem Immunschwächevirus HIV anzustecken und dadurch AIDS zu bekommen. Vor allem aufgrund fehlender oder auch falscher Information über die Übertragungswege und Gefährdungssituationen scheuen manche sogar notwendige Hilfeleistungen, die das Leben anderer Menschen retten könnten und zu denen sie verpflichtet sind.

Die Broschüre soll deshalb wichtige Kenntnisse über die HIV-Infektion vermitteln und informieren, wann bei Erste-Hilfe-Maßnahmen unter Umständen das Risiko einer Ansteckung mit HIV bestehen kann, wie der Ersthelfer sich jeweils bestmöglich davor schützen kann und wo Sor-

gen vor Ansteckung unbegründet sind.

Die Schrift ist kostenlos erhältlich bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Postfach 91 01 52, 5000 Köln 91.

Nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Absprachen der vier Hilfsorganisationen hat der Arbeiter-Samariter-Bund, Köln, in 2. Auflage ein „AIDS-Merkblatt“ für Helfer und Mitarbeiter im Sanitäts- und Rettungsdienst herausgegeben. Auch diese Broschüre gibt Kurzinformationen und macht deutlich, bei welchen Tätigkeiten möglicherweise eine Infektionsgefährdung durch HIV nicht auszuschließen ist und wie dem vorgebeugt werden kann.



bei einer Katastrophe für eine begrenzte Zeit sichere Bleibe finden.

Mit Ansprachen des Karlsruher Oberbürgermeisters Professor



OB bei den Regieeinheiten

Die Jahreshauptversammlung 1988 der Regieeinheiten im Katastrophenschutz der Stadt Neumünster fand im Haus der Jugend statt. Oberbürgermeister Franz-Josef Pröpper dankte den Helferinnen und Helfern für die geleistete Arbeit und stellte fest, daß er deren vorbildliche Arbeit voll anerkennt.

Der zuständige Dezernent – Stadtrat Hatto Klamt – konnte in seiner Ansprache mit eindrucksvollen Zahlen belegen, daß die

Regieeinheiten über das geforderte Maß hinaus ehrenamtliche Arbeit leisten. Anschließend nahm er Ehrungen und Beförderungen vor. 1988 hatten sich 14 Helfer für die Arbeit in den Regieeinheiten verpflichtet und die Grundausbildung erfolgreich absolviert. Sie wurden von Stadtrat Klamt in den Regieeinheiten begrüßt.

Unser Foto: Neumünsters Oberbürgermeister Pröpper (rechts) dankt dem Leiter der Regieeinheiten der Stadt für die geleistete Arbeit und überreicht ein Präsent.



Neun Meter Hauswand weg

Dr. Gerhard Seiler sowie des Leiters der zuständigen Zivilschutzbehörde, Alexander Seitz, wurde das modernisierte Bauwerk der Öffentlichkeit vorgestellt.

Zwei Meter trennten sie vom Unheil: Das Haus an der Bundesstraße 3, kurz vor Dransfeld (Hessen), in dem ein Ehepaar mit seinem vier Monate alten Kind lebt, wurde am frühen Sonntagmorgen von einem Lastkraftwagen gerammt. Der 20-Tonner verfehlte nur knapp das Schlafzimmer der jungen Familie. Er riß ein mehr als neun Meter langes Loch in die Außenwand des Hauses. Der 24 Jahre alte Lkw-Fahrer, der das Fahrzeug bei einer Kasseler Speditionsfirma entwendet hatte, wurde schwer verletzt. Die Freiwillige Feuerwehr Dransfeld befreite den eingeklemmten Fahrer, mit dem Rettungswagen des DRK wurde er ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei schätzt den Gesamtschaden auf über 200 000 DM. Das Foto zeigt den umgestürzten Lkw vor dem beschädigten Haus. (Foto: Otto)

Moderner Großschutzraum in alten Mauern

Einen Großschutzraum sieht man dem Gebäude mit Turm und Walmdach in der Karlsruher Erzbbergerstraße auf den ersten Blick nicht an. Der Bau bot schon im Krieg der Bevölkerung Schutz vor Luftangriffen.

Jetzt paßte das Staatliche Hochbauamt den Bau zeitgemäßen Schutzanforderungen an und installierte unter anderem eine leistungsfähige Lüftungsanlage. Bis zu 800 Menschen können hier

Schnelle und wirkungsvolle Hilfe

**Größte Hilfsmaßnahme in der Geschichte des THW –
Einsätze bestätigen das Konzept der
Schnelleinsatzeinheit Bergung – Ausland**

Nachdem das verheerende Erdbeben in der sowjetischen Volksrepublik Armenien vom 7. Dezember 1988 bekanntgeworden war, bot das Auswärtige Amt im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern der Sowjetunion personelle und technische Hilfe unter anderem auch durch das Technische Hilfswerk an. Das russische Hilfessuchen ging am 9. Dezember gegen 19.00 Uhr ein. Nach unverzüglicher Alarmierung flog die Schnelleinsatzeinheit Bergung-Ausland (SEEBA) des THW mit ihrer Ausrüstung vom Frankfurter Flughafen mit dem nächsten freien Flugzeug, einem Airbus 310 der Deutschen Lufthansa, am 10. Dezember gegen 10.00 Uhr in das Einsatzgebiet ab.

Die Schnelleinsatzeinheit war aufgrund der bei der Erdbebenkatastrophe in Mexiko-City im Jahre 1985 gewonnenen Erfahrungen aufgestellt worden. Die Einheit ist so konzipiert, daß sie spätestens sechs Stunden nach Auslösung des Alarms abflugbereit ist und bis zu 14 Tagen autark eingesetzt werden kann. Sie besteht aus 65 Helfern in drei Bergungsgruppen, einem Ortungsstrupp, einer Rettungshundegruppe mit neun Hunden, einem Verpflegungsstrupp und der Einsatzleitung. Zu der Ausstattung gehören zwei auf akustischer Basis arbeitende Ortungsgeräte, Hebekissen, Hydropressen, Bohr- und Aufbrechhämmer sowie eine Trinkwasser-Aufbereitungsanlage und Kocheinrichtung für die eigene Versorgung.

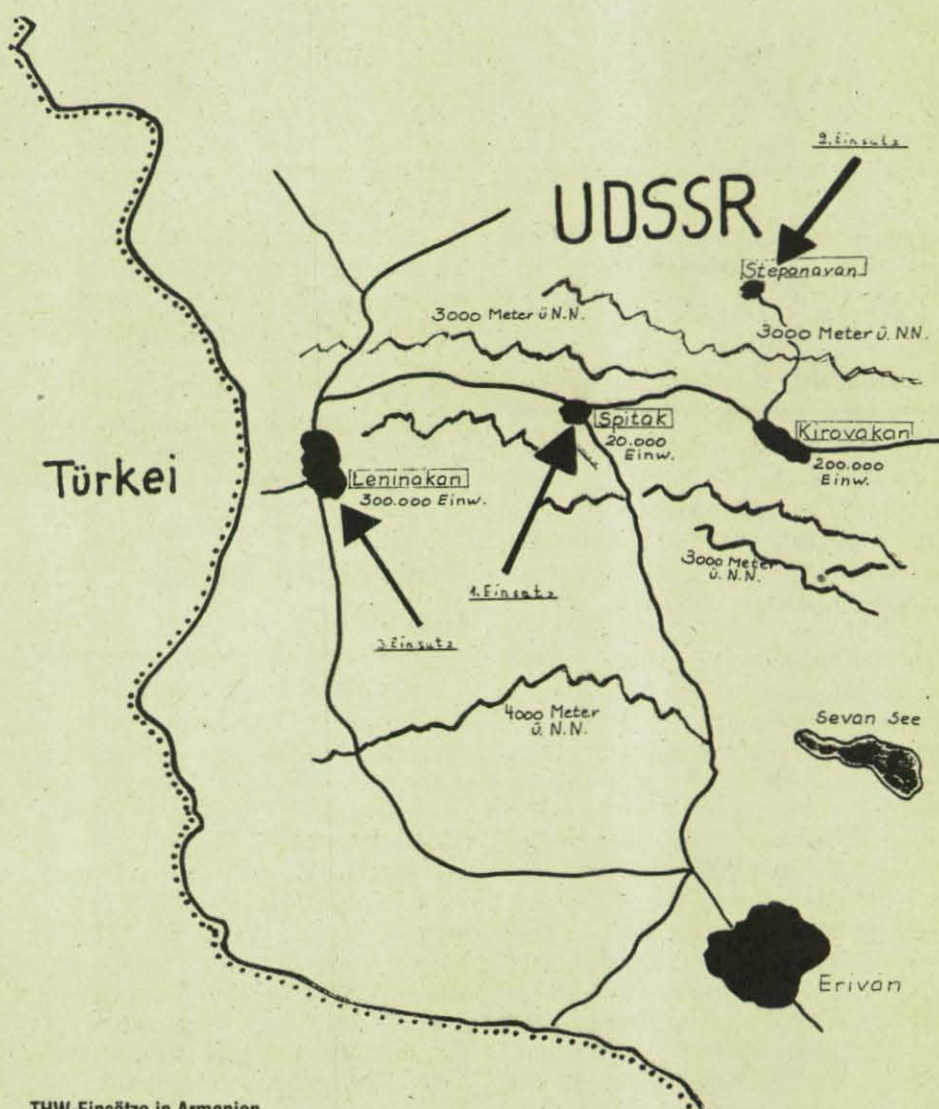
Die Mannschaft wurde bei diesem Einsatz durch fünf Rettungshunde und ihre Führer der rheinland-pfälzischen Feuerwehr verstärkt. Hierdurch sollte die enge kameradschaftliche Verbundenheit zwischen Feuerwehren und THW auch im Ausland demonstriert werden.

aufnahm. Während ihres Einsatzes hielt die SEEBA Funkkontakt zum Einsatzstab der THW-Leitung in Bonn.

Die Helfer mußten ihre Bergungsarbeiten unter erschwerten Bedingungen verrichten. Tagestemperaturen um den Gefrierpunkt und Nachttemperaturen bis zu minus 20 Grad stellten erhöhte Anforderungen an das Durchhaltevermögen. Neben diesen witterungsbedingten Erschwernissen waren die Helfer bei der Organisation des Einsatzes

weitestgehend auf sich gestellt. Diesen Erschwernissen stand eine erfreuliche Kooperationsbereitschaft der sowjetischen Behörden und der Armee, wie auch der Bevölkerung gegenüber, die die deutschen Helfer herzlich und dankbar aufnahmen.

Die SEEBA war eine der wenigen Mannschaften vor Ort, in der sich Such- und Bergungselemente sowie ausgebildete Helfer und moderne Ausstattung optimal ergänzten. Die sowjetische Katastrophen-



THW-Einsätze in Armenien.

Einsatz in Spitak

Nach ihrer Ankunft auf dem Flughafen in Eriwan am 10. Dezember gegen 14.00 Uhr wurde die SEEBA mit russischen Fahrzeugen in die völlig zerstörte Stadt Spitak, 80 km nördlich von Eriwan, transportiert, wo sie ihre Bergungsarbeiten unverzüglich



Ein schweres Bergungsräumgerät wird auf dem Flughafen Stuttgart-Echterdingen in ein sowjetisches Großraumflugzeug verladen.

schutz-Organisation konnte selbst keine ausgebildeten Bergungsmannschaften aufbringen.

Zahlreiche Opfer geborgen

Die meisten anderen ausländischen Rettungsmannschaften beschränkten sich auf den Einsatz von Suchhunden, so daß die eigentlichen Bergungsarbeiten von den betroffenen Familienangehörigen und anderen nicht ausgebildeten Hilfskräften durchgeführt werden mußten. Nach Augenzeugenberichten sind viele noch lebend geortete Verschüttete aufgrund der nachfolgenden unsachgemäßen Bergung tot geborgen worden. Die SEEBA konnte zahlreiche Opfer bergen, allerdings nur wenige davon noch lebend.

Als sich seit dem 13. Dezember abzeichnete, daß die sowjetischen Behörden weitere Bergungsarbeiten als sinnlos ansahen, wurde der Rücktransport der SEEBA vorbereitet. Sie landete am 15. Dezember auf dem Flughafen Wahn. Dort wurde sie durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Wafenschmidt, willkommen geheißen, der den Helfern den Dank des Bundeskanzlers aus-

sprach. Sie hätten „unter Einsatz ihres eigenen Lebens anderen Menschen geholfen und damit ein großartiges Signal der Nächstenliebe gesetzt.“ Mit ihrer Arbeit für die Völkerverständigung seien sie ein Vorbild für andere.

Der Staatssekretär äußerte sich befriedigt darüber, daß die Schnelleinsatzinheit ihre erste Bewährungsprobe erfolgreich bestanden habe.

Schweres Räumgerät angeboten

Während die SEEBA in Köln-Wahn landete, beteiligte sich eine zweite THW-Mannschaft mit 77 Helfern und sechs Bergungsräumgeräten im Katastrophengebiet an Räumungsarbeiten. Nachdem im Verlaufe des 10. Dezember die Sowjetunion Bedarf an schwerem technischen Gerät anmeldete, wurde von der Bundesregierung die Entsendung von Bergungsräumgeräten des Technischen Hilfswerks nebst Begleitpersonal angeboten. Das schwere Gerät wurde mit sowjetischen Großraumflugzeugen am 13. und 14. Dezember vom Flughafen Stuttgart-Echterdingen nach Eriwan transportiert. Die Begleitmannschaft war am 13. Dezember

morgens mit einem Charterflugzeug vorausgeflogen. Diese zweite Mannschaft wurde durch drei Helfer des Arbeiter-Samariter-Bundes begleitet, die über eine mitgeführte Satelliten-Kommunikationsstation Telefonkontakt zur THW-Einsatzleitung in Bonn hielten.

Den sowjetischen Behörden ist sehr an einer baldigen Beseitigung der Trümmerberge gelegen. Damit soll der verzweifelt und apathisch wirkenden Bevölkerung ein sichtbares Zeichen gesetzt werden, daß unverzüglich mit dem Wiederaufbau begonnen wird. Mit Rücksicht auf die religiösen Gefühle der christlichen Armenier und wegen drohender Seuchengefahren ist die Bergung der noch nach Tausenden zählenden Leichen dringend geboten. Es fehlen jedoch ausgebildete Räumungsmannschaften mit dem erforderlichen technischen Gerät. Zwar sind inzwischen aus aller Welt – auch aus dem Bundesgebiet – Kräne in das Katastrophengebiet geschafft worden, jedoch besteht die Masse der Trümmer aus armiertem Betonschutt.

Die Räumungsarbeiten der aus der örtlichen Bauindustrie abgezogenen Kranführer gemeinsam mit den auf den Trümmerbergen mit Spaten und Brechstangen arbeitenden studentischen Hilfskräften vermitteln



Bergungs- und Räumarbeiten mit schwerem Gerät in Leninakan.

dem Besucher zwar den Eindruck eines großen Engagements, jedoch nicht den einer besonderen Effektivität. Es fehlen vor allem Bagger mit hydraulisch betriebenen Schaufeln, aber auch ausgebildete Kräfte, die den Einsatz der Kräne und Bagger unterstützen. Der Einsatz der Räumungsmannschaft des THW zeigte den Wert eines gut ausgebildeten und ausgerüsteten Teams, das effektiv und rationell arbeitet. Die eingesetzten Bergungsräumgeräte erregten erhebliches Aufsehen, da sie im Schadensgebiet praktisch unbekannt waren. Nach einem abenteuerlichen achtstündigen Marsch über verschneite Straßen und Pässe erreichte die Kolonne der sechs Bergungsräumgeräte in der Nacht zum 15. Dezember die von Eriwan ca. 130 km entfernte Stadt Stepanavan, in der sie eingesetzt wurde.

Positives Echo

Dieser Einsatz des Technischen Hilfswerks fand in der sowjetischen Öffentlichkeit ein äußerst positives Echo. Ministerpräsident Gorbatschow informierte sich vor Ort über die Arbeiten. Auch der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik brachte

seinen Dank im deutschen Fernsehen und in der Presse zum Ausdruck.

Da ein sowjetisches Interesse an einer Fortsetzung der Hilfe bestand, informierten sich am 18. und 19. Dezember Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Bundesinnenministeriums im Katastrophengebiet über weitere Hilfeleistungen. Aufgrund der hierbei gewonnenen Erkenntnisse entschloß sich die Bundesregierung, die in Stepanavan tätige Räumereinheit nach Leninakan zu verlegen. Diese zweitgrößte Stadt von Armenien ist zu ca. 40 Prozent zerstört.

Am 21. und 22. Dezember wurden weitere 45 THW-Helfer und drei ASB-Helfer für 14 Tage in das Erdbebengebiet entsandt. Sie lösten die erste Räummannschaft ab, die so noch Weihnachten in der Heimat verbringen konnte.

Die zweite Mannschaft war bis zu 19 Stunden täglich im Einsatz, trotz starkem Schneefall und eines Kälteeinbruchs. Auch die Weihnachts- und Neujahrstage wurde durchgehend gearbeitet.

Der Einsatz des Technischen Hilfswerks in Armenien wird mit Sicherheit bleibende Spuren hinterlassen. Die Dankbarkeit der Bevölkerung war überwältigend. Auch die offiziellen sowjetischen Stellen haben diesen Einsatz wegen seiner besonderen Effek-

tivität wiederholt gewürdigt. Neben ihrem humanitären Auftrag haben die eingesetzten Helfer zugleich einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung des Verhältnisses zur UdSSR geleistet. Die THW-Mannschaften wurden von den sowjetischen Behörden und der Armee in jeder Hinsicht unterstützt. Dolmetscher, Verpflegung, Fahrzeuge und Treibstoff standen in ausreichendem Maße zur Verfügung.

Bewährungsprobe bestanden

Für den Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland hat der Einsatz vor allem erneut die Notwendigkeit von speziell ausgebildeten Bergungs- und Räumungsmannschaften aufgezeigt. Die von einzelnen Laien vertretene These, daß derartige Arbeiten der Bauindustrie oder Organisationen mit primär anderen Aufgaben überlassen werden könnten, ist nach den in Armenien gewonnenen Erfahrungen unverantwortlich. Selbst die gut ausgestattete sowjetische Armee war auf sachgemäße Bergungsarbeiten nicht vorbereitet. Es fehlten insoweit der spezielle Sachverstand und das technische Gerät. Der hohe Standard des

Technischen Hilfswerks auf dem Bergungs- und Räumungsgebiet wurde von den in- und ausländischen Fachleuten uneingeschränkt anerkannt. Es wird deshalb überlegt, ob das Technische Hilfswerk bei der Reorganisation des Katastrophenschutzes in der UdSSR, den die dortigen Behörden angekündigt haben, mitwirken soll.

Da die schweren Bergungsräumgeräte des THW nach wie vor in Leninakan dringend benötigt werden, hat die Bundesregierung beschlossen, diese Geräte als weiteren humanitären Beitrag der Bundesrepublik in Armenien zu lassen. Es ist vorgesehen, die Ausbildung der sowjetischen Fahrer und die Einweisung in die Wartungs- und Pflegearbeiten durch ein weiteres THW-Team vornehmen zu lassen.

Abschließend soll eine Schwachstelle bei diesem bisher größten Einsatz des Technischen Hilfswerks im Ausland nicht unerwähnt bleiben. Vom Zeitpunkt des Erdbebens bis zum Beginn der Bergungsarbeiten waren rund 79 wertvolle Stunden verstri-

chen, in denen die Chance, Verschüttete lebend zu bergen, ständig abgenommen hatte. Hier werden Überlegungen ansetzen müssen, um die an sich vorhandenen Mög-

lichkeiten für einen zeitgerechten Bergungseinsatz im Ausland, ggf. durch bilaterale Vereinbarungen mit den betroffenen Staaten, zu verbessern.



Mit einfachen Geräten suchen freiwillige armenische Helfer nach Verschütteten in den Trümmerbergen.



Überlebende warten darauf, daß ihre toten Angehörigen geborgen werden.



Zurück aus Armenien: Die Rettungshunde-Staffel der SEEBA.



Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt begrüßt die heimkehrenden Helfer der SEEBA.
(Fotos: Hilberath, Rudel)

Die Katastrophe kam aus der Luft

Flugzeugabsturz auf Remscheid fordert sechs Menschenleben



Blick auf die Stockder Straße, die Zerstörungen sind deutlich zu erkennen.

(Foto: dpa / Luftbildfreigabe Nr. OA 4783 RP Dssd.)

Donnerstag, 8. Dezember 1988. Die Uhr zeigt 13.20 Uhr, als über Remscheid das Inferno hereinbricht: Eine Maschine aus einer Zweierformation amerikanischer Jagdbomber, die gerade das Stadtgebiet überfliegt, verliert plötzlich an Höhe und rast dem Boden zu. Die um die Mittagszeit wenig belebte Stockder Straße, die die Remscheider Stadtteile Hasten und Vieringhausen miteinander verbindet, verwandelt sich Sekunden später in eine Schneise der Verwüstung.

„Wie ein Feuerball“, so Augenzeugen, geht die „Thunderbolt II“ auf die Straße nieder. Den als erste Helfer eintreffenden Beamten der Remscheider Berufsfeuerwehr bietet sich ein Bild wie nach einem Bombenangriff: Der ganze Straßenzug ist von Explosionen schwer beschädigt, mehrere Häuser stehen in Flammen. Auf 300 Metern Länge

ist die Straße mit Trümmern und Wrackteilen der Maschine übersät, brennende Personen- und Lastkraftwagen säumen die Straße. In dem Chaos irren verletzte und unter Schock stehende Bewohner bei der Suche nach Angehörigen umher.

Nach Ausrufung des Katastrophenalarms werden die Einsatzkräfte vor Ort zügig verstärkt und abgelöst. Schließlich sind neben der Feuerwehr auch das Technische Hilfswerk, die Sanitätsorganisationen, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei im Einsatz. Das DRK und die Feuerwehr unterstützen die Vermißtensuche mit ihren Rettungshundestaffeln. Insgesamt sind bei den Such- und Aufräumarbeiten, die bis in den nächsten Tag andauern, über 300 Helfer eingesetzt.

Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz, der wegen des Unglücks seine USA-

Reise abgebrochen hatte, macht sich gemeinsam mit dem amerikanischen Botschafter Richard Burt ein Bild von dem Ausmaß der Zerstörungen. Auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau und Innenminister Herbert Schnoor begeben sich an den Unglücksort. Bundeskanzler Helmut Kohl äußert sich in einem Telegramm an den Remscheider Oberbürgermeister bestürzt über das Geschehen.

Nach Abschluß der Vermißtensuche steht als Bilanz fest, daß der Absturz sechs Menschenleben gekostet hat, fast fünfzig Menschen wurden verletzt, elf davon schwer. Zwanzig Wohnhäuser wurden zum Teil schwer beschädigt, neun davon sind unbewohnbar. Die von der Stadt eingerichteten Unterkünfte für die obdachlosen Bewohner brauchten nicht genutzt zu werden, alle Betroffenen kamen bei Verwandten oder Freunden unter. Der gesamte Sachschaden konnte noch nicht endgültig festgestellt werden, er liegt aber mit Sicherheit im Bereich von mehreren Millionen DM. —cl—



Beim Absturz in die Straße streifte die Maschine eine Häuserfront.



Die Reste eines Fahrzeuges unter Wrackteilen.



Flammen und Explosionen haben an den Häusern ihre Spuren hinterlassen.



Zwei Häuser müssen total abgebrochen werden.



Der Lastkraftwagen sollte zum Unglückszeitpunkt entladen werden.



Die Bergungsräumgeräte des THW lassen sich hier wirkungsvoll einsetzen.
(Fotos: Claes)

Eine kritische Betrachtung und nüchterne Analyse

Zivile Verteidigung trotz Abrüstung

Die Funktionen der zivilen Verteidigung –
Bedenkliches Informationsdefizit der Bevölkerung

Das Thema dieser Vortragsveranstaltung*) ist aktuell: „Zivile Verteidigung trotz Abrüstung“. „Abrüstung“ steht hierbei allgemein für politisches Tauwetter, Entspannung, Perestrojka, wie immer man diese Phänomene beurteilt. Und vor allem ist damit natürlich der Reagan-Gorbatschow-Vertrag über die Abschaffung der bodengestützten Raketen mittlerer Reichweite zu beiden Seiten des Eisernen Vorhanges in Europa gemeint; ein Vertrag, der offensichtlich/vielleicht/hoffentlich (je nach Standpunkt des Betrachters) die Tür zur weiteren Abrüstung aufstoßen könnte.

In jedem Falle ein gravierender Einschnitt: Zum ersten Male im Verlaufe der Ost-West-Auseinandersetzungen wird eine ganze Waffenkategorie abgeschafft. Wieviel Hoffnungen sind hieran geknüpft! Plötzlich sehen wir wieder eine Perspektive, die zumindest in der Ferne uns Frieden verspricht, ohne daß wir dazu unserem Gegenüber zunächst die Vernichtung oder jedenfalls verheerende Schläge androhen und selbst auch solche in Rechnung stellen müssen.

Jetzt also winkt Befreiung von dieser nicht nur finanziellen, sondern vor allem auch psychologischen und humanitären Last, und Herr Gorbatschow winkt eifrig mit. Die Zahl unserer Mitbürger, die sich vom Osten bedroht fühlen, ist rapide gesunken. Der Generalsekretär in Moskau wird im Schnitt friedfertiger eingeschätzt als der amerikanische Präsident. Bei durchaus weiten Teilen unserer Bevölkerung erleben wir eine Euphorie; der verständliche Wunsch nach Entspannung und Frieden möchte eine glücklichere friedlichere Welt förmlich erzwingen. Die Fähigkeit zur kritischen Betrachtung und nüchternen Analyse bleibt dabei allerdings oft auf der Strecke. Wunsch und Wirklichkeit verwischen; die friedliche Welt, nach der man sich so sehnt,

sie ist schon da; Zweifel werden verdrängt, Zweifler manchmal als ewig Gestrige verschrien.

Sachliche Analyse notwendig

Aber gerade, wo Emotionen im Spiel sind, das hat uns doch unsere jüngere Geschichte gelehrt, ist die nüchterne, wenn auch manchmal ernüchternde Analyse doppelt notwendig. Anders könnten wir auch zu unserem Thema keinen verantwortbaren Beitrag leisten.

„Zivile Verteidigung trotz Abrüstung“. Da wir eine Analyse anstellen wollen, muß es gestattet sein, zunächst hinter dieses Thema ein Fragezeichen zu setzen. Sie werden sehen, daß ich daraus am Ende ein deutliches Ausrufezeichen mache. Denn zivile Verteidigung ist tatsächlich auch heute noch notwendig, unter den gegebenen sicherheitspolitischen, strategischen Bedingungen seit der Doppel-Null-Lösung sogar eher noch dringender als zuvor.

Funktionen der zivilen Verteidigung

Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, um die unveränderte Notwendigkeit der zivilen Verteidigung feststellen zu können, müssen wir uns freilich vorher mit der Frage befassen, welche Funktionen sie eigentlich wahrzunehmen hat. Hier bestehen gravierende und verbreitete Informationslücken. Wenn ich meinen Gesprächspartnern erzähle, daß ich in der Akademie für zivile Verteidigung tätig bin, dann lauten die Kommentare nur allzu oft: „Aha: Luftschutz, Schutzraumbau, Rotes Kreuz, Katastrophenschutz“; ganz Versierte sagen auch: Zivilschutz. Und sind dann recht erstaunt, wenn ich den viel weiteren Fächer unserer Aufgaben aufschlage.

Zur zivilen Verteidigung gehören alle Planungen, alle Vorkehrungen, alle Maßnahmen, die der Verteidigung dienen und nichtmilitärischer Art sind. Um Ihnen nur

einen ersten Eindruck zu vermitteln: In Bonn sind allein elf Bundesministerien an der zivilen Verteidigung beteiligt. Das reicht vom Auswärtigen Amt und dem Innenministerium über Finanzen, Arbeit, Verkehr usw. bis hin zu Justiz und Bauministerium.

Es gibt amtliche Gliederungsschemata zur Darstellung der Aufgaben der zivilen Verteidigung. Ich glaube, daß ich Ihnen diesen Komplex am ehesten verständlich machen und als bleibende Information mitgeben kann, wenn ich mich von diesen hergebrachten Schemata ein wenig löse und die zivile Verteidigung anhand von fünf klar unterscheidbaren wichtigen Funktionen vorstelle und erläutere; wobei ich gewisse Überschneidungen bewußt in Kauf nehme.

1. Funktion: Zivilschutz

Der erste Funktionsbereich ist der Zivilschutz. Hier geht es um die ganz unmittelbaren Bemühungen zum Schutz von Leben und Gesundheit unserer Mitbürger. Hier sehe ich den Kern nicht nur der zivilen Verteidigung, sondern der Verteidigung schlechthin; denn welchen Sinn hätte selbst eine erfolgreiche militärische Verteidigung, wenn sie nicht das Überleben der Zivilbevölkerung – insgesamt gesehen – sichern könnte?

Die hier im Zivilschutz zusammengefaßten Maßnahmen unterteilen sich in die Schutzmaßnahmen, die darauf abzielen, die Menschen von vornherein vor Schaden zu bewahren, und in die Rettungs- und Hilfsmaßnahmen, die trotzdem eingetretene Schäden beseitigen oder lindern sollen. Hierbei gilt hinsichtlich der Priorität „Schutz vor Rettung“.

Zu den Schutzmaßnahmen gehören der Warndienst, die Ausbildung im Selbstschutz, die Pläne zur vorsorglichen Evakuierung von Bevölkerungsteilen aus den Bereichen vermuteter Abweherschwerpunkte und dann vor allem der Schutzraumbau, der Sie besonders interessiert.

*) Der Autor hielt diesen Vortrag anläßlich der Jahreshauptversammlung der Deutschen Schutzbaugemeinschaft e. V. am 20. Oktober 1988 in Celle.

Insbesondere: Schutzraumbau

Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß ich den Schutzraumbau für die wirksamste, selbst unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten dringendste Maßnahme der zivilen Verteidigung halte. Und ich mache auch kein Hehl daraus, daß in dieser Frage keine Bundesregierung – welcher Couleur auch immer – den Erwartungen entsprochen hat, die wir aufgrund ihrer Verantwortlichkeiten hegen mußten. Es ist nur noch nicht aufgefallen, weil es glücklicherweise nie zum Krieg gekommen ist. Und es wird aus eben diesem Grunde vielleicht – hoffentlich – auch künftig nicht auffallen. Aber wo sonst in unserer technisierten, risikobeladenen Welt werden solche Gefahren – Gefahren eines fast unvorstellbaren Ausmaßes – einfach verdrängt in der bloßen Hoffnung, daß schon nichts passieren werde? Wobei erschwerend hinzukommt, daß Eintritt oder Nicht-Eintritt des Schadenseignisses von den fraglichen Politikern in unserem Land kaum oder gar nicht beeinflußt werden können.

Da kann man sich wirklich die neutralen Staaten zum Vorbild nehmen, Schweden und die Schweiz vor allem, die einen Versorgungsgrad mit Schutzräumen von 80 Prozent und mehr haben, weitgehend erreicht auf der Basis einer Schutzbaupflicht. Oder auch die Sowjetunion, deren Zivilschutzkonzept einerseits auf umfänglichen Evakuierungsplanungen, andererseits aber auf ausgedehnten unterirdischen Schutzbausystemen beruht, das die in den Städten Verbliebenen, insbesondere die arbeitenden Bevölkerungsteile aufnehmen könnte.

Notwendigkeit einer gesetzlichen Schutzbaupflicht

Auch bei uns gab es einmal eine gesetzliche Schutzbaupflicht, 1965. Wir hatten uns für den Grundsatz des Stay-put, des „Bleib-zu-Hause“ entschieden; denn in der gewohnten häuslichen Umgebung, mit den Versorgungsmöglichkeiten des eigenen Haushalts und der Nähe hilfsbereiter Nachbarn würden die meisten Menschen auch im Kriege noch am besten aufgehoben sein; besser jedenfalls als auf der Straße, auf der Flucht und der Suche nach einer scheinbar sicheren, in Wirklichkeit höchst ungewissen Bleibe. Dieses auch heute noch geltende Stay-put-Gebot allerdings ist nur vertretbar, wenn es von entsprechenden Vorsorgemaßnahmen vor Ort flankiert wird. Seit 1965 ist es unser Ziel, mit vertretbaren Mitteln einen jedenfalls relativen Schutz im eigenen Heim oder am Arbeitsplatz zu schaffen. Keine

Atombunker also, wie manchmal behauptet wird, sondern Grundschutzräume für die eher beherrschbaren Gefahren: Insbesondere Trümmer, Hitze, Rauch, Strahlung.

Das Schutzbaugesetz von 1965 ist, wie Sie wissen, schon nach wenigen Monaten aus finanziellen Gründen wieder suspendiert worden. Seitdem gilt das Prinzip der Freiwilligkeit – mit dem Ergebnis, daß heute, nach 23 Jahren, für höchstens drei bis vier Prozent unserer Mitbürger Schutzplätze vorhanden sind. Aber darf man dies den Bürgern selbst, den Bauherren vorwerfen? Das Freiwilligkeitsprinzip kann – trotz zum Teil reichlicher Zuschüsse – nicht funktionieren, wenn die öffentliche Hand beim Bau von Verwaltungsgebäuden, Schulen usw. vorexerziert, daß Schutzraumbau entbehrlich ist. Es kann nicht funktionieren, wenn Regierungen und sonst politisch Verantwortliche nicht bereit sind, den Schutzraumbau mit Entschiedenheit und glaubwürdiger Überzeugung zu propagieren. Viele fürchten sich vor einer vermeintlich unpopulären Politik; andere sehen wohl auch den Widerspruch, der zwischen engagierter Befürwortung einerseits und Tatenlosigkeit im legislativen und administrativen Bereich andererseits bestünde.

Gewiß: Man darf nicht alle über einen Kamm scheren. Teile der gegenwärtigen Regierungskoalition haben versucht, trotz der heute politisch-psychologisch schwierigen Umstände noch einmal eine gesetzliche Schutzbaupflicht zu installieren. Entsprechende Gesetzentwürfe wurden im Bundesministerium des Innern erarbeitet. Sie werden nicht weiter verfolgt, weil sich nach entsprechenden Vorerkundungen ergeben hat, daß eine ausreichende Mehrheit für die Einführung der Schutzbaupflicht politisch nicht zu erreichen ist. Ich sehe nach dieser Entwicklung große Schwierigkeiten, die Einführung einer Schutzbaupflicht künftig noch einmal auf den Weg zu bringen.

Exkurs: „Kriegsbild“-Annahmen

Vor etwa drei Jahren lief im Fernsehen ein Film über Schutzraumbau. Nach einer überraschend sachlichen Erörterung des Für und Wider kam als allerletztes die Frage: „Aber was nützt der beste Schutzraum, wenn die Insassen hinterher nur noch eine verbrannte, verstrahlte tote Wüste vorfinden?“ Es ist die Suggestion, daß ein Krieg sich – offenbar unvermeidlich – in der Form eines atomaren Infernos abspiele, das keine Lebenden mehr hinterlasse; ein bei den Gegnern der zivilen Verteidigung sehr beliebter argumentativer Ausgangspunkt, eine aber auch von vielen anderen übernommene Vorstellung. Man kann mit dieser These zivile Verteidigung natürlich schnell ad absurdum führen.

Um darauf ganz deutlich zu antworten: Unser Schutzbaukonzept, die Maßnahmen der zivilen Verteidigung insgesamt sind primär nicht auf den totalen Atomkrieg eingestellt, in welchem sie wirklich nur noch vereinzelt unter besonders günstigen Voraussetzungen helfen könnten. Sie sind vielmehr eingestellt auf einen in der Waffenwirkung begrenzteren Krieg – sei es nun ein sogenannter konventioneller oder ein Krieg mit dem selektiven, d.h. nur auf bestimmte lohnende Ziele gerichteten Einsatz atomarer oder auch chemischer Waffen. Wir glauben, daß die Annahme eines solchen begrenzten Krieges – wenn es überhaupt einen gäbe – realistisch ist. Wir können uns nicht vorstellen, daß sich ein Angreifer eine verwüstete, unpassierbare, atomar verseuchte Zone selbst vor die eigene Front legen würde; er will ja die Bewohner des angegriffenen Landes, seine Wirtschaft und vor allem die Verkehrswege dort sich zunutze machen und weiß spätestens seit Tschernobyl auch, was eine radioaktive Wolke über Deutschland bei den hier vorherrschenden Westwinden für ihn bedeuten würde. Natürlich können wir trotzdem eine solche Eskalation nicht ausschließen. Unsere Kritiker meinen, wir müßten zur Rechtfertigung unserer ZV-Bemühungen erst einmal beweisen, daß ein Krieg tatsächlich auch unterhalb der Schwelle des Infernos stattfinden könnte. Dies aber ist eine unzulässige Umkehrung der Beweislast: Nicht wir haben zu beweisen, daß der unseren Konzeptionen zugrunde gelegte Schadensfall so auch tatsächlich eintreten würde oder könnte, sondern unsere Kritiker müssen beweisen, daß er so nicht eintreten kann. Und an diesem Beweis fehlt es; es kann ihn gar nicht geben. Solange aber ein begrenzter Krieg vernünftigerweise denkbar bleibt – egal mit welcher Wahrscheinlichkeit –, muß sich eine verantwortliche Regierung auch hierauf einstellen. Denn in einem solchen nach Waffeneinsatz, Feuerkraft, Raum oder Zeit begrenzten Krieg, so furchtbar er gleichwohl wäre, blieben Chancen zum Schutz großer Teile der Bevölkerung, für ihre Versorgung und für die Durchführung auch der anderen vorgesehenen und notwendigen Maßnahmen der zivilen Verteidigung; nicht natürlich gerade im Zentrum einer solchen selektiven Atomexplosion, aber doch in den weiteren Bereichen darum herum. Und diese Chancen können durch entsprechende Vorkehrungen beträchtlich, teilweise um ein Mehrfaches gesteigert werden. Darum widmen wir uns dieser Aufgabe.

Fortsetzung: Zivilschutz

Wir sprechen vom ersten Funktionsbereich der zivilen Verteidigung, dem Zivilschutz. Ich hatte Ihnen die Gruppe der Schutzmaßnahmen erläutert. Ihnen zur Sei-

te – unter dem gemeinsamen Dach des Zivilschutzes – stehen die Rettungs- oder Hilfsmaßnahmen. Typische Beispiele hierfür sind der Katastrophenschutz und das Gesundheitswesen. In beiden Bereichen werden von den Bundesländern für die Notwendigkeiten der Friedenszeit, auch für Friedenskatastrophen, entsprechende Potentiale schon vorgehalten. Diese Potentiale stehen auch im Verteidigungsfall zur Verfügung, werden für die besonderen Erfordernisse dieses Falles allerdings von dem dafür zuständigen Bund erweitert, ergänzt und spezialisiert.

Die Bereitschaft zur Aushilfe gilt übrigens wechselseitig: Auch die für den Kriegsfall vom Bund vorbereitete Aufstockung der Hilfeleistungsinstrumentarien steht im Friedens-Katastrophenfall den Ländern zur Verfügung. Dies ist ein allgemeines Prinzip, das wir auch in anderen Bereichen der zivilen Verteidigung finden und das grundsätzliche konzeptionelle Bedeutung hat: Bund und Länder haben, jeder mit einem Beitrag entsprechend seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit, ein umfassendes einheitliches Hilfeleistungssystem geschaffen, das für jede Art von Katastrophen zur Verfügung steht, vom Chemieunfall bis zum Verteidigungsfall, und in dem wechselseitige Hilfe geleistet wird.

Natürlich wird dieses einheitliche Hilfeleistungssystem vorwiegend – oder richtiger gesagt: bis heute ausschließlich – bei Friedenskatastrophen in Anspruch genommen. Friedenskatastrophen sind aktueller. Aber Krieg wäre die verheerendste Katastrophe. Beide Kriterien – Eintrittswahrscheinlichkeit und Folgeschwere – sind gewichtig, und darum sollten wir nach meiner Überzeugung auch beide Elemente nebeneinander, gleichrangig nennen und betreiben.

Ich hatte den ersten Funktionsbereich der zivilen Verteidigung geschildert, den Zivilschutz, der Leben und Gesundheit der Menschen sichern oder retten soll. Es handelt sich hier um rein humanitäre Maßnahmen, die weitgehend unter dem Schutz der Genfer Konventionen und ihrer Zusatzabkommen stehen.

2. Funktion: Versorgung

Die zweite Funktion der zivilen Verteidigung ist die Versorgung im weitesten Sinne. Versorgung vor allem der Bürger, aber auch sonstiger öffentlicher und privater Bedarfsträger (der Behörden also oder der Wirtschaft), und auch die Versorgung der Streitkräfte und der zivilen Einsatzverbände. Die materielle Versorgung mit Gütern und Leistungen wie auch die notwendige Deckung des Bedarfs an zivilen Arbeitskräften. An Einzelprojekten nenne ich beispielhaft: Maßnahmen zur Bevorratung und Bewirtschaftung von Lebensmitteln, Wasser, Mi-

neralöl, überhaupt Energie, der Aufbau oder die Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen Instandsetzungsdienstes, die vorsorgliche krisenorientierte Vermaschung des Fernmeldenetzes, Vorkehrungen für die Lenkung der Verkehrsmittel, für einschränkende Regelungen über die Benutzung des Straßenraums usw.

Das Aufgabengebiet „Versorgung“ berührt fast alle Ressortbereiche und betrifft vielfach nicht nur jeden einzelnen von uns, sondern auch unsere gesamten Verteidigungsplanungen. Auch die hier für den Verteidigungsfall vorbereiteten Maßnahmen könnten sich schon in einer bloßen Friedenskatastrophe hilfreich auswirken.

3. Funktion: Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt

Nach Zivilschutz und Versorgung die dritte Aufgabe der zivilen Verteidigung: die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt. Hier liegt eine Funktion von grundsätzlicher Bedeutung; zwar weniger für den einzelnen Bürger unmittelbar erlebbar, aber essentiell für die Führung der Gesamtverteidigung. Denn weder die getroffenen Vorkehrungen zum Schutz und zur Versorgung der Bevölkerung noch die für die militärische Verteidigung könnten umgesetzt werden und sich positiv auswirken, wenn es nicht gelänge, auch im Kriege die notwendigen staatlichen Organe und insbesondere die Führungseinrichtungen intaktzuhalten. Damit sind übrigens nicht nur Regierung und Verwaltung gemeint. Vielmehr geht es auch um Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der rechtsprechenden Gewalt und der Gesetzgebung. Beide sollen ja nach dem Grundgesetz auch im Verteidigungsfall in ihren Funktionen unangetastet bleiben. Die Bildung des Gemeinsamen Ausschusses, also des Notparlaments, das aus nur 33 Delegierten besteht und unter gewissen Umständen die Funktionen von Bundestag und Bundesrat gemeinsam übernehmen soll, gehört hierhin; ebenso die verfassungsmäßigen Regelungen für ein vereinfachtes und beschleunigtes Gesetzgebungsverfahren im Verteidigungsfall. Auf der Seite der Administration geht es um organisatorische Straffung, um Verfahren zur schnelleren verwaltungsinternen Entscheidungsfindung und effektiven Vollzug, um die Sicherung und Verbesserung der Führungsfernmeldenetze, vielleicht auch um die Einrichtung geschützter Verwaltungszentren. Wesentlich in diesem Zusammenhang sind auch Vorkehrungen für die Aufrechterhaltung der Informationsmöglichkeiten; der Kontakt zur Bevölkerung darf

in Krise und Krieg in keiner Phase unterbrochen werden.

Natürlich sind die Aufgaben, die sich im Rahmen der Aufrechterhaltung der Staatsfunktionen stellen, in unserem demokratischen, liberalen Staatswesen schwieriger wahrzunehmen als in einer Diktatur. Bei uns sind die staatlichen Kompetenzen im Interesse der Rechte der einzelnen bewußt aufgeteilt und ausbalanciert, was schon im Frieden manchmal beschwerlich ist, wie jeder Verwaltungsfachmann oder Politiker weiß. Drüben, bei den Staaten des Ostblocks, sind die Führungsorganisationen schon im Frieden straffer. Die Einsatzkräfte der zivilen Verteidigung sind in die militärische Gesamtorganisation oder in die Polizei integriert. Viele Führungsstellen sind schon heute geschützt. Die Freiheit, die wir genießen, verlangt eben ihren Preis; wir wollen ihn zahlen. Was hierzu notwendig ist, habe ich eben beispielhaft angedeutet.

4. Funktion: Aufrechterhaltung der inneren Stabilität

Die vierte wesentliche Funktion der zivilen Verteidigung, disziplinübergreifend, zum Teil schon genannte Maßnahmen abdeckend, ist, was wir „Aufrechterhaltung der inneren Stabilität“ nennen. Diese innere Stabilität kann in sehr vielfältiger Weise gestört werden. Zum Beispiel durch subversive Aktionen; also Agitation, Desinformation, illegale Streiks, Spionage, bis hin zum Terror. Es kann auch Engpässe der Versorgung geben, die wiederum zu Hamsterkäufen und damit einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Lage führen können. Die innere Stabilität kann gefährdet sein, wenn die Bevölkerung auf internationale Spannungen mit Beunruhigung, Angst und Panik reagiert. Sie kann gefährdet sein, wenn solche verängstigten Menschen oder zum Beispiel wehrpflichtige Ausländer ihren vielleicht wichtigen Arbeitsplatz verlassen und ohnehin schon strapazierte Verkehrswege und Verkehrsmittel zusätzlich belasten. Zur inneren Stabilität gehört auch die politische Stabilität, die eine weitgehende Übereinstimmung der großen staatstragenden Gruppierungen in den Lebensfragen der Nation erfordert, wozu auch die Grundzüge der Sicherheitspolitik gehören. Innere Stabilität ist schließlich auch die psychologische oder geistige Stabilität, die mit den Stichworten Verteidigungswille und Verteidigungsentschlossenheit umschrieben werden kann.

Mit allen diesen Anfechtungen der inneren Stabilität fertig zu werden, ist eine Funktion allein der zivilen Verteidigung. Mit militärischen Mitteln ist da nichts zu machen. Bleiben aber die zivilen Bemühungen in die-

sem Bereich erfolglos, entstünde im Inneren unseres Landes in dieser oder jener Beziehung ein Chaos, dann könnte der Gesamtverteidigung das Fundament entzogen sein, noch ehe oder ohne daß überhaupt ein Schuß fällt.

Das weiß natürlich auch ein potentieller Gegner. Und er weiß auch, daß solche Entwicklungen für ihn selbst praktisch risikofrei sind. Darum sind wir uns sicher, daß er ggf. – also im Falle eines beabsichtigten militärischen Konfliktes – zunächst einmal versuchen würde, die innere Stabilität der westlichen Nationen und insbesondere des Frontstaates Bundesrepublik Deutschland zu unterminieren. Dazu würde er Gefolgsleute mobilisieren oder Agenten (schon hier befindliche oder eingeschleuste); er könnte wichtige Einfuhren drosseln (z. B. Erdgas) oder entsprechenden Druck auf unsere Lieferländer ausüben; er könnte versuchen, Demonstrationen in bestimmter Richtung zu steuern, und kann auch in sonstiger Weise zu innerer Beunruhigung und Unordnung beitragen.

Wichtige Funktion auch im Krisenmanagement

Es liegt in der Zielrichtung solcher Aktionen, daß sie nicht erst im Kriege, sondern schon in der Krise stattfinden. In einer Zeit also, in der unsere Politiker dabei sein werden zu versuchen, die krisenhafte Entwicklung in den Griff zu kriegen und eine Wende zur friedlichen politischen Lösung zu finden; in der Zeit des Krisenmanagements also. Signale der Verteidigungsbereitschaft einerseits und Konzessionsbereitschaft andererseits sind – in wohlbedachter Abfolge – die grundlegenden Elemente, die das Krisenmanagement bestimmen. Dies ist ein außerordentlich wichtiger Abschnitt im Rahmen unserer Sicherheitspolitik, dem nach den unglücklichen Ereignissen von 1914 und 1939 auf der westlichen Seite besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. So sind z. B. besondere Verfahren entwickelt worden, wie ein gemeinschaftliches Vorgehen der NATO-Verbündeten in solch krisenhafter Lage schnell und wirkungsvoll verabredet werden kann. Es sind auch eine ganze Reihe diplomatischer, wirtschaftlicher und militärischer Instrumente zur Krisenbewältigung entwickelt und bereitgestellt worden, die dann zum Einsatz kommen sollen, wenn es gilt, den drohenden Ausbruch eines Krieges zu verhindern.

Die Aufrechterhaltung der inneren Stabilität gehört dazu. Ein wehrhafter Staat, ein wehrhaftes Bündnis schrecken ab. Würde ein Gegner aber unseren Staat innerlich morsch wähnen, könnte er für sich ein vermindertes Risiko sehen und damit eher bereit sein, die militärische Attacke zu versuchen.

Bleibt nur hinzufügen, daß die Aufrechterhaltung der inneren Stabilität natürlich auch im Kriege selbst notwendig und von großer Bedeutung wäre.

5. Funktion: Unterstützung der Streitkräfte

Die fünfte und letzte grundsätzliche Funktion der zivilen Verteidigung, nach Zivilschutz, Versorgung, Aufrechterhaltung der Staatsfunktionen und der inneren Stabilität, ist die unmittelbare Unterstützung der Streitkräfte. Teilbereiche dieses Komplexes sind zwar schon bei den vorgenannten Funktionen der ZV angeklungen, vor allem bei der Versorgung. Die Abhängigkeit der militärischen Verteidigung von der zivilen Unterstützung ist aber so gravierend, daß wir hier von einer eigenen, besonders zu erwähnenden Funktion sprechen müssen.

Jeder Fachmann weiß, daß dem zivilen Bereich im Ernstfall wichtige Aufgaben bei der Versorgung der Truppe – etwa mit Lebensmitteln oder Wehrmaterial – zufallen, daß zahlreiche Instandsetzungsleistungen für das Militär erforderlich sein werden, daß umfangreiche Transportleistungen erbracht werden müssen, daß zusätzliche Fernmelde-Verbindungen für die Streitkräfte zu schalten sind, daß Straßen für den Aufmarsch freigehalten werden müssen usw. Vielleicht die umfänglichste zivile Unterstützungsleistung ist die Gestellung des personellen und materiellen Mob-Ergänzungsbedarfs, also die Freigabe der Reservisten und das Verfügbarmachen des Materials aus dem zivilen Bereich, das erforderlich ist, um der Bundeswehr im Mobilmachungsfalle eine Verdreifachung ihrer Einsatzstärke zu ermöglichen. Mobilmachung und Aufmarsch sind ohne wesentliche Unterstützung aus dem zivilen Bereich, d. h. ohne die Vorkehrungen der zivilen Verteidigung überhaupt nicht möglich. Natürlich liegt, das muß man sehen, in der Verstärkung der militärischen Verteidigungsfähigkeit auch eine deutliche Stützung der Abschreckung.

Ich bin damit am Ende dieses Überblicks über die Aufgaben und Funktionen der zivilen Verteidigung. Sie haben die außerordentliche Spannweite dieser Aufgaben kennengelernt. Sie haben gesehen, daß bestimmte Maßnahmen der zivilen Verteidigung Voraussetzung für eine wirksame militärische Verteidigung sind. Sie haben gesehen, daß auch die Umstellung unseres Staatswesens selbst auf Verteidigungserfordernisse ohne ziviles Zutun nicht möglich ist; die Aufrechterhaltung der Staatsfunktionen oder der inneren Stabilität gehören dazu. Gerade hier liegt ein bedeutender Beitrag der zivilen Seite auch zum Krisenmanagement, also zur Erhaltung des Friedens.

Und Sie haben schließlich gesehen, daß trotz dieser Friedensbemühungen – vorsorglich – auch der Zivilschutz nicht entbehrt werden kann; Schutz, Fürsorge und Versorgung der Bevölkerung – Aufgaben, deren zumindest im Kern erfolgreiche Bewältigung erst den Sinn der Gesamtverteidigung ausmacht.

Wir müssen nach alledem feststellen: Eine isolierte Entpflichtung nur der zivilen Verteidigung ist offensichtlich nicht möglich; sie ist notwendig, solange militärische Verteidigung und Gesamtverteidigung notwendig sind.

Gesamtverteidigung trotz Abrüstung?

Das also ist jetzt die Frage, der wir uns für den Rest dieser Vortragsstunde zuwenden müssen: Ob unsere Verteidigungsanstrengungen insgesamt auch heute noch notwendig sind.

Fragen wir uns zunächst: Was hat sich eigentlich verändert seit Reykjavik und der sicherlich dramatischen sowjetischen Öffnung oder Auflockerung?

Es ist vereinbart worden, daß eine ganze Stufe bodengestützter, in Europa stationierter Atomwaffen, nämlich solcher der mittleren Reichweite zwischen 6 000 und 500 km bis 1991 verschrottet werden sollen. Im übrigen laufen Verhandlungen über eine Halbierung der strategischen, also der interkontinental einsetzbaren Atomwaffen sowie über die Abschaffung oder Reduzierung auch der chemischen Waffen. Seit 15 Jahren wird in Wien über eine Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa verhandelt, bisher ohne greifbare Ergebnisse; neue Vorschläge liegen vor, der Probleme sind aber noch viele.

Nun ist es jedoch wohl unbestritten, daß die eigentliche Bedrohung und Gefährdung für uns in Mitteleuropa gar nicht von den Mittelstreckenwaffen ausgeht, die jetzt abgeschafft werden sollen. Die Bedrohung für uns, die Gefahr für uns sind die konventionelle Hochrüstung des Warschauer Paktes und seine Invasionsfähigkeit. Maßgebliche Kriterien dafür sind nicht nur die zahlenmäßig überlegenen Verbände und Soldaten, sondern auch ihre grenznah stationierte Stationierung, die überproportionale Beweglichkeit der Stoßverbände, eine auf raumgreifende Offensive eingestellte Logistik und nicht zuletzt auch die ideologische Ausrichtung der Soldaten des Warschauer Paktes, denen schon von Kindesbeinen an eingehämmert wird, daß kein Krieg mehr auf eigenem Boden geführt werden dürfe und der „Feind“ – so nennt man das dort drüben – demgemäß jenseits der Grenzen zu schlagen sei.

Bedrohung durch konventionelle Hochrüstung und Invasionsfähigkeit des Warschauer Paktes bleibt

Wir müssen nüchtern feststellen: Die Überlegenheit der konventionellen Kräfte des Warschauer Paktes, ihre Angriffs- und Invasionsfähigkeit, ihr Kampfauftrag werden durch die Verschrottung der Mittelstreckenraketen in keiner Weise berührt. Es gibt bis heute noch keine Anzeichen für einen Abbau dieser konventionellen Kräfte; die schon seit etwa zehn Jahren, seit dem Beginn der sogenannten Entspannungs-Offensive Breschnews laufende Verstärkung und Modernisierung aller Waffengattungen der Sowjetunion schreitet vielmehr unverändert fort.

Vermindern werden sich dagegen nach dem Abbau der Mittelstreckenraketen, die bekanntlich noch Rußland erreichen, nur die Risiken, die die Sowjetunion in einem auf Europa begrenzten Krieg eingehen müßte; denn von bodengestützten, mit der mitteleuropäischen Front unlösbar verbundenen Waffen wird sie dann nicht mehr getroffen werden können. Dem verringerten Risiko drüben, der dort abgesenkten Hemmschwelle entspricht auf unserer Seite eine erhöhte Gefährdung.

Was ändert sich noch? Der Wirkungsbereich der verbleibenden bodengestützten Waffen, der konventionellen und der Kurzstreckenraketen also, wird sich auf die Räume knapp diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges konzentrieren; d. h.: auf deutsches Gebiet.

Daraus müssen wir folgende Konsequenzen ziehen:

① Versuchen, die atomare Schwelle möglichst anzuheben, den Einsatz von Atomwaffen bei uns, die „Brandmauer“ also möglichst entbehrlich zu machen. Das aber heißt: Unsere konventionellen Kräfte, die Bundeswehr und die Alliierten, stark zu halten; so stark, daß wir schon damit wirksamen Widerstand leisten könnten.

② Den Schutz für unsere Bevölkerung ernster nehmen; denn die Bundesrepublik Deutschland würde in einem künftigen Konflikt eher noch als in einem heutigen bevorzugtes Kampfgebiet sein.

Diese Folgerungen, diese Forderungen werden in der politischen Wirklichkeit weitgehend beachtet, soweit die Bundeswehr betroffen ist. Noch wird ihre fortdauernde Existenz, von den Grünen einmal abgesehen, nicht infrage gestellt. Das entspricht im übrigen dem Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes, und das entspricht auch dem Willen der Mehrheit unserer Bevölkerung, durch den solche Verfassungsgebote ja eigentlich erst ihre lebendige Berechti-

gung erfahren und auf den wir uns deshalb häufiger berufen sollten.

Wir müssen aus den vorgenannten Folgerungen und Forderungen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß an eine Entpflichtung der zivilen Verteidigung nicht zu denken ist. Und wir sollten uns dabei vergegenwärtigen, daß auch die zivile Verteidigung, der Bevölkerungsschutz sogar ausdrücklich, in den Verfassungsauftrag des Grundgesetzes einbezogen ist. Professor Steinkamm hat das auf Ihrer letzten Jahresversammlung sehr deutlich gemacht.

Emotionale Einwände

Das Resultat, das ich hier anhand der Fakten erarbeitet habe, ist freilich nicht unumstritten. Mit der Euphorie, die Teile unserer Gesellschaft dank des INF-Vertrages erfaßt hat, mit der Sehnsucht nach weiteren Schritten in diese Richtung fließen auch Wünsche und Hoffnungen in die Analysen ein. Es kommen ja manchmal jetzt auch wirklich verblüffende Angebote aus Moskau. Und ich fände es ganz falsch, diese Offerten einfach zu ignorieren. Vielleicht kündigen sie tatsächlich eine Fortsetzung der neuen Politik des Kreml an. Wir wünschen uns ja eine solche Fortsetzung; gerade aus deutscher Sicht kann das Doppel-Null-Abkommen eigentlich nur als ein Anfang, als Durchlaufstation verstanden, um nicht zu sagen: gerechtfertigt werden. Wir müssen aber lernen zu unterscheiden: Publikumswirksame Verlautbarungen aus Moskau, für die Ohren der Welt gesprochen, können für sich noch keine Basis für eine Änderung unserer Sicherheitsstrategie sein. Politiker, die für die Freiheit und das Wohl ihrer Völker verantwortlich sind, brauchen dazu solidere Grundlagen. Maßgeblich kann daher nur das sein, was an konkreten und konsensfähigen Vorschlägen in den dafür vorgesehenen Gremien in Genf oder Wien auf den Tisch gelegt wird.

Vorleistungen ungeeignet

Es wäre auch sicherheitspolitisch nicht zu rechtfertigen und obendrein kontraproduktiv, von unserer Seite mit Vorleistungen zu kommen, um damit – angeblich – den Abrüstungsprozeß in Bewegung zu halten. Bei allen positiven Veränderungen, die sich im Osten jetzt tun: Das grundsätzlich unterschiedliche Verständnis der Freiheits- und Menschenrechte hüben und drüben, die Systemunterschiede insgesamt, das Bekenntnis der Sowjetführung – auch der heutigen – zum Marxismus-Leninismus – das alles bleibt doch und birgt in sich weiter Konfliktstoff. Hier liegt auch künftig – in Verbindung mit der militärischen Macht der Sowjetunion – eine Bedrohung.

Es muß auch die Frage erlaubt sein, ob wir uns in Schlüsselfragen unserer Sicherheit auf das physische und politische Überleben eines einzigen Mannes verlassen dürfen. Niemand weiß, was nach Gorbatschow käme.

Im übrigen sollten wir uns daran erinnern, daß wir die bedrohlichen SS-20-Raketen erst wegverhandeln konnten, nachdem wir uns selbst entsprechende Waffen zugelegt und damit für die andere Seite einen Anreiz geschaffen hatten.

Prüfstein für den Beweis des guten Willens ist die Invasionsfähigkeit der Sowjetunion mit ihrer konventionellen Macht. Sie hat es in der Hand, an dieser Stelle mit der Abrüstung fortzufahren. Jeder Schritt in Richtung auf einen Abbau ihres gewaltigen konventionellen Übergewichts trägt zur Entspannung bei. Angesichts der gegenwärtigen krassen Asymmetrie der Potentiale bedarf es allerdings schon einschneidender östlicher Opfer, ehe ein annäherndes Gleichgewicht, ehe also Stabilität erreicht ist. Sollte es aber eines Tages hierhin kommen, werden wir selbstverständlich und mit Freuden mitziehen. Bis dahin allerdings ist immer auch Vorsicht geboten und nicht Vorleistung des ohnehin Schwächeren. Machtpolitische Destabilität hat in unserem Jahrhundert schon mehrfach zur Katastrophe geführt; das sollten wir nicht fördern.

Bleiben wir somit bei der Notwendigkeit einer ungeschmälernten militärischen Verteidigung, dann müßte nach unseren Ausführungen über die gegenseitige Abhängigkeit auch das Schicksal der zivilen Verteidigung klar sein. Leider aber werden eben diese Zusammenhänge im politischen Alltag zu wenig verdeutlicht. Vielleicht, weil das zu Aktivitäten in einem Bereich zwingen würde, den man lieber etwas ruhiger hält. Meistens sicher auch – bis in die politische Ebene hinein – aus Unkenntnis über eben diese Zusammenhänge.

Kein Wunder, daß dann auch von anderer, weniger sachverständiger Seite die Ansicht geäußert wird, militärische Verteidigung könne man befürworten oder noch hinnehmen, aber die zivile sei nicht mehr zeitgemäß. Im Nuklearzeitalter seien Schutzvorkehrungen ohnehin vergeblich und sinnlos. Oder sie seien eine Provokation der Sowjetunion und am Ende gar eine Friedensgefährdung.

Zivilschutz keine Provokation

Eine Antwort fällt nicht schwer: Auf den gut vorstellbaren, zumindest nicht ausschließbaren Nutzen von Vorsorgemaßnahmen und Schutzvorkehrungen auch noch im Atomzeitalter habe ich vorhin schon hingewiesen. Und warum sollte bei uns Provokation sein, was in der Sowjetunion selbstver-

ständig und noch perfekter ist? Das dortige ausgedehnte Schutzbauprogramm z. B. – ganze unterirdische Systeme entstehen unter Großstädten – wird ausdrücklich als Ausweis einer defensiven Verteidigungspolitik gepriesen.

Schlimmer als diese – manchmal durchaus idealistisch gemeinten – Bedenken ist der provozierende Anspruch, Zivilschutz dürfe es nicht geben, weil eine geschützte Bevölkerung den Krieg führbar erscheinen lasse und dazu verleiten könne, ihn tatsächlich auszuprobieren. Hier geht es jetzt eindeutig um ideologische Verwirrung. Wer – wörtlich – die Geiselfunktion der Bevölkerung fordert, unterstellt uns die Absicht zur Kriegseröffnung, zur Aggression. Solche Annahmen sind durch nichts begründet, und wir müssen sie entschieden zurückweisen. Der Einwand ist auch gar nicht schlüssig; denn selbst bei optimalen Schutzvorkehrungen würde ein Krieg noch immer ungezählte Opfer fordern, und jede Regierung weiß das natürlich. Glaubt im übrigen denn wirklich jemand, glauben diese Kritiker denn wirklich, der Ausbruch eines Krieges in Mitteleuropa, in den zwangsläufig auch die beiden Supermächte einbezogen würden, hänge vom Schutz oder Nicht-Schutz ausgerechnet der westdeutschen Bevölkerung ab? So wichtig sind wir weltpolitisch nicht mehr. Wir wären nur, unmittelbar an der Hauptfront gelegen, die Hauptleidtragenden; und dies vor allem, wenn keine Vorkehrungen getroffen wären.

Die Forderung nach der Geiselfunktion ist sicherlich kein typischer Fall; aber die von mir geschilderte allgemeine Unsicherheit bezüglich der zivilen Verteidigung ist verbreitet. Woran liegt es?

Notwendig sind:

1. Sachinformationen

Wer sich mit Sicherheits- und Verteidigungspolitik befaßt, wird schnell bemerken, daß in diesen Bereichen als Voraussetzung für ein abgewogenes Urteil ausreichende und vor allem offene Sachinformation erforderlich ist. Hier besteht ein bedenkliches Defizit. Die Menschen draußen sollten wissen, welche Fakten unserer Politik zugrundeliegen und warum wir uns so und nicht anders entscheiden müssen. Wer dann allerdings in Kenntnis dieser Fakten und der geschilderten zivil-militärischen Verklammerung an der zivilen Verteidigung rüttelt, der will in Wirklichkeit an der Gesamtverteidigung rütteln, auch an der Bundeswehr, und der sollte das dann auch so sagen.

2. Glaubhafte Identifikation der Politiker

Das Zweite, das ich fordere, ist eine glaubhafte und eindeutige und sachlich überzeugende Identifikation der Verantwortlichen, insbesondere der Politiker, mit den für richtig befundenen sicherheitspolitischen Konzeptionen. Nicht nur von einzelnen, nicht nur bei Alibireden, sondern von allen, die in Parlamenten und Regierungen Verantwortung für unsere Sicherheit tragen. Ich bin überzeugt, daß sich unsere Bevölkerung in ihrer Mehrheit als reif genug erweisen würde, um ernsthaftes und konsequentes Handeln zu honorieren, selbst wenn es um unpopuläre Dinge geht.

Zusammenfassung der Ergebnisse der Analyse

Ich fasse die Ergebnisse unserer Untersuchung zusammen:

① Die politischen und militärischen Verhältnisse in Europa lassen uns zwar hoffen, sind aber noch nicht so weit entschärft, daß wir unsere Bereitschaft zur Verteidigung nach außen aufgeben oder schwächen könnten. Die Bundesrepublik Deutschland leistet ihren wesentlichen Beitrag hierzu durch die Bundeswehr.

② Solange diese Verteidigungsbereitschaft notwendig ist, müssen wir für die Bundeswehr und die bei uns stationierten verbündeten Streitkräfte die aus dem zivilen Bereich notwendige Unterstützung bereitstellen; denn die Effektivität der militärischen Verteidigung findet dort ihre Grenze, wo die zivile nicht mehr Schritt halten kann.

③ Auch diejenigen legislativen, organisatorischen, allgemein administrativen Vorkehrungen, die für die Wehrhaftigkeit unseres Staates und seiner Einrichtungen notwendig sind, müssen geleistet werden, solange die politischen und militärischen Verhältnisse die Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft noch erfordern. Schließlich:

④ Solange wir zur Verteidigung unseres Landes und unserer Freiheit entschlossen sind, solange wir uns also gegen einen Angriff (so unwahrscheinlich er sein mag) mit unseren militärischen Mitteln wehren wollen und dafür im militärischen Bereich auch Vorsorge treffen, dürfen wir unsere Bevölkerung und ihr Schicksal in dieser Situation nicht einfach ignorieren. Das widerspricht nicht nur der nach dem Grundgesetz bestehenden Schutzpflicht des Staates, sondern auch allgemein ethischen Überlegungen.

Zivile Verteidigung daher auch heute noch trotz Abrüstung! Sie bedarf eher noch der Intensivierung, weil die potentielle Betroffenheit gerade unseres Landes und unserer Bevölkerung seit dem INF-Abkommen eher gewachsen ist, und weil ohnehin eine stärkere Angleichung der zivilen Bereitschaft an die militärische im Sinne einer ausgewogenen Gesamtverteidigung notwendig erscheint.

Unser Bundespräsident hat angesichts der neuen Entwicklung in Moskau vor etwa zwei Jahren einmal gesagt, wir dürften die Chancen, die sich hier möglicherweise bieten, nicht leichtfertig verspielen, müßten dabei aber auf angemessene Sicherheit achten. Dem habe ich nichts hinzuzufügen, daran müssen wir uns halten, weil die Verantwortung gegenüber unserer Bevölkerung und gegenüber unserem Land dies erfordert.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Wir suchen zum baldmöglichsten Zeitpunkt für den Einsatz bei unserer Einsatzleitstelle in 5030 Hürth

Rettungssanitäter

mit Personenbeförderungsschein bzw. der Bereitschaft, die erforderliche Prüfung schnellstens abzulegen.

Der Einsatz erfolgt auf Krankentransport- und Rettungsfahrzeugen. Die Vergütung erfolgt nach BAT B+L Vlb. Außerdem bieten wir zusätzliche Altersversorgung.

Die Aufstiegsmöglichkeit zum „Stellv. Leiter Krankentransport“ (mit entspr. Höhergruppierung) ist gegeben.

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an

Deutsches Rotes Kreuz

Kreisverband Erftkreis e. V. z. Hd. KGF G. Lubnau
Rote-Kreuz-Straße 1
5014 Kerpen-Horrem

Messen, Auswerten, Aufbereiten

Ausfallsicheres Rechnernetz überwacht kontinuierlich die Umweltradioaktivität auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

1. Aufgabenstellung

Das Bundesamt für Zivilschutz mit seinen zehn über das Gebiet der Bundesrepublik verteilten Warnämtern (Warndienst) hat neben seiner ursprünglichen Aufgabe nach dem Zivilschutzgesetz (ZSG) – die Bevölkerung vor den Gefahren in einem Verteidigungsfall zu warnen – durch das Strahlenschutz-Vorsorgegesetz (StrVG) vom Dezember 1986 ein zusätzliches Betätigungsfeld im Bereich der Überwachung der Umweltradioaktivität erhalten.

Diese zusätzlichen Aufgaben beinhalten

- die kontinuierliche, flächendeckende Messung der Gamma-Ortsdosisleistung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland,
- die Bestimmung der Nuklidzusammensetzung von Ablagerungen auf dem Boden an ausgewählten Orten bei Verdacht auf künstliche Radioaktivität,
- die Zusammenfassung, Aufbereitung und (kartografische) Darstellung der gemessenen Größen (im Institut für Atmosphärische Radioaktivität, Freiburg),
- die Weiterleitung von Meßwerten und Auswertungen an die „Zentralstelle des Bundes“ im Rahmen des Integrierten Meß- und Informationssystems des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Besondere Anforderungen bei der Realisierung dieses Systems stellen sich wegen des erforderlichen 24-Stunden-Betriebs im Bereich der Ausfallsicherheit und Fehlertoleranz. Darüber hinaus wurde großer Wert auf niedrige Betriebskosten, Einhaltung bereits definierter Kommunikationsstandards (ISO) sowie eine funktionsgerechte, aber einfach erlernbare Benutzeroberfläche gelegt.

Die Datenverarbeitungs-komponenten dieses Systems wurden vom Bundesamt für Zivilschutz im Frühjahr 1987 ausgeschrieben. Die Firma Bull, Geschäftsstelle Realzeitsysteme, erhielt daraufhin den Zuschlag als Generalunternehmer, nicht zuletzt deshalb, weil sie ein überzeugendes und finanzierbares Konzept anbieten konnte. Weite Bereiche der Anwendersoftware werden von der Fa. RES, Rodenkirchen realisiert. In den folgenden Ausführungen soll der Sachstand hinsichtlich Konzeption und Realisierung dieses doch recht komplexen Projekts am Beispiel der Teilfunktion „Überwachung der

Umweltradioaktivität“ zusammenfassend dargestellt werden.

2. Darstellung der Einzelkomponenten

2.1 Meßgeräte

Zur flächendeckenden Messung der Gamma-Ortsdosisleistung sind auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland 1560 automatisch arbeitende stationäre Meßstellen im Abstand von etwa elf bis 15 km eingerichtet. Entlang der Bundesgrenzen, in der Umgebung kerntechnischer Anlagen sowie in Ballungsgebieten wird das Meßnetz zur Zeit noch weiter verdichtet, so daß im Endausbau (ab Ende 1989) insgesamt 2000 Meßstellen dieses Typs aufgebaut sind (vgl. auch Abb. 1).

Diese Meßstellen arbeiten mikroprozessorgesteuert (vgl. auch Abb. 2); sie können Meßergebnisse zusammenfassen, d. h. zeitlich mitteln, einen festgelegten Ausschritt aus der jüngsten Historie speichern und bewerten. Zur Zeit werden die letzten

24 2-h-Mittelwerte sowie die letzten zwölf 10-min-Mittelwerte gespeichert. Die Bewertung erfolgt einerseits durch Vergleich mit einem dynamisch änderbaren Schwellenwert, andererseits werden die vorliegenden Meßreihen mit einem Trendtest auf Tendenz untersucht. Der Meßbereich reicht von ca. 50 nGy/h (natürliche Umgebungsstrahlung) bis 5 Gy/h.

Die Meßstellen arbeiten batteriegepuffert und überwachen ihre Funktionsfähigkeit weitestgehend selbständig.

Die Kommunikation mit der übergeordneten Ebene – dem zugeordneten Warnamt – erfolgt über das öffentliche Fernsprechnetz. Dabei können die Meßstellen sowohl abgefragt werden als auch selbständig – bei Vorliegen von Besonderheiten im Bereich der Meßdatenbewertung oder Eigenüberwachung – Meldungen an das Warnamt absetzen.

Während die Messung der Gamma-Ortsdosisleistung zur Auskunft über die Intensität der Strahlung, also über die Gefährdung

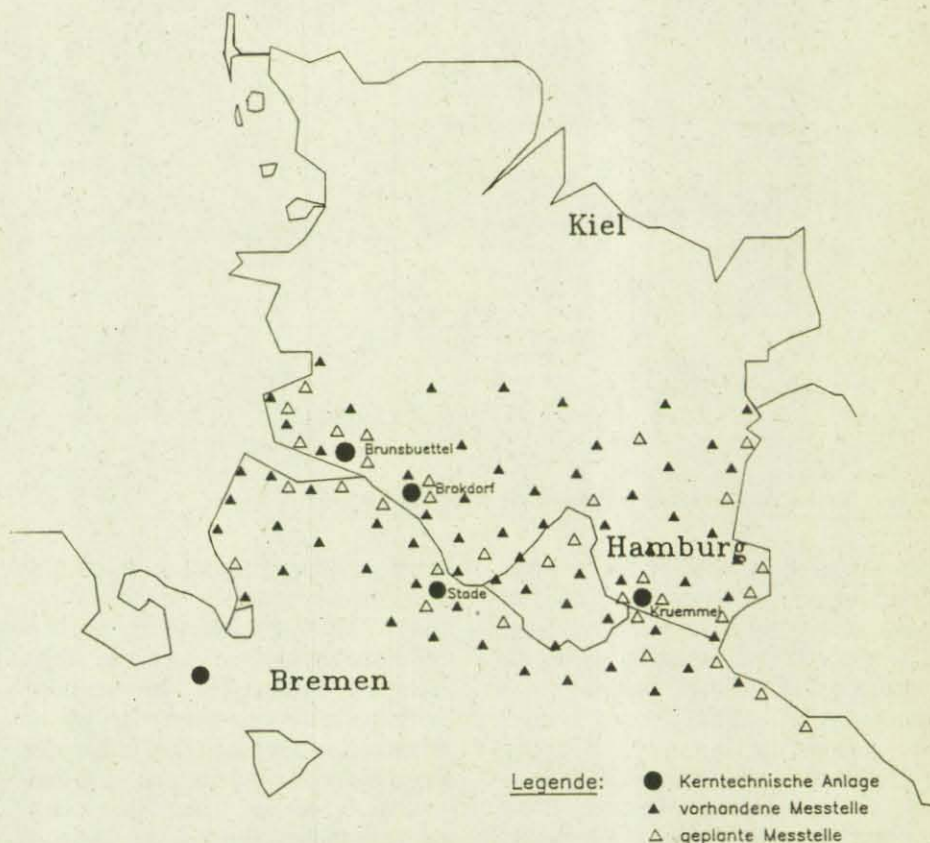


Abb. 1: Standorte von Warndienst-Meßstellen Planungsbeispiel: Großraum Hamburg

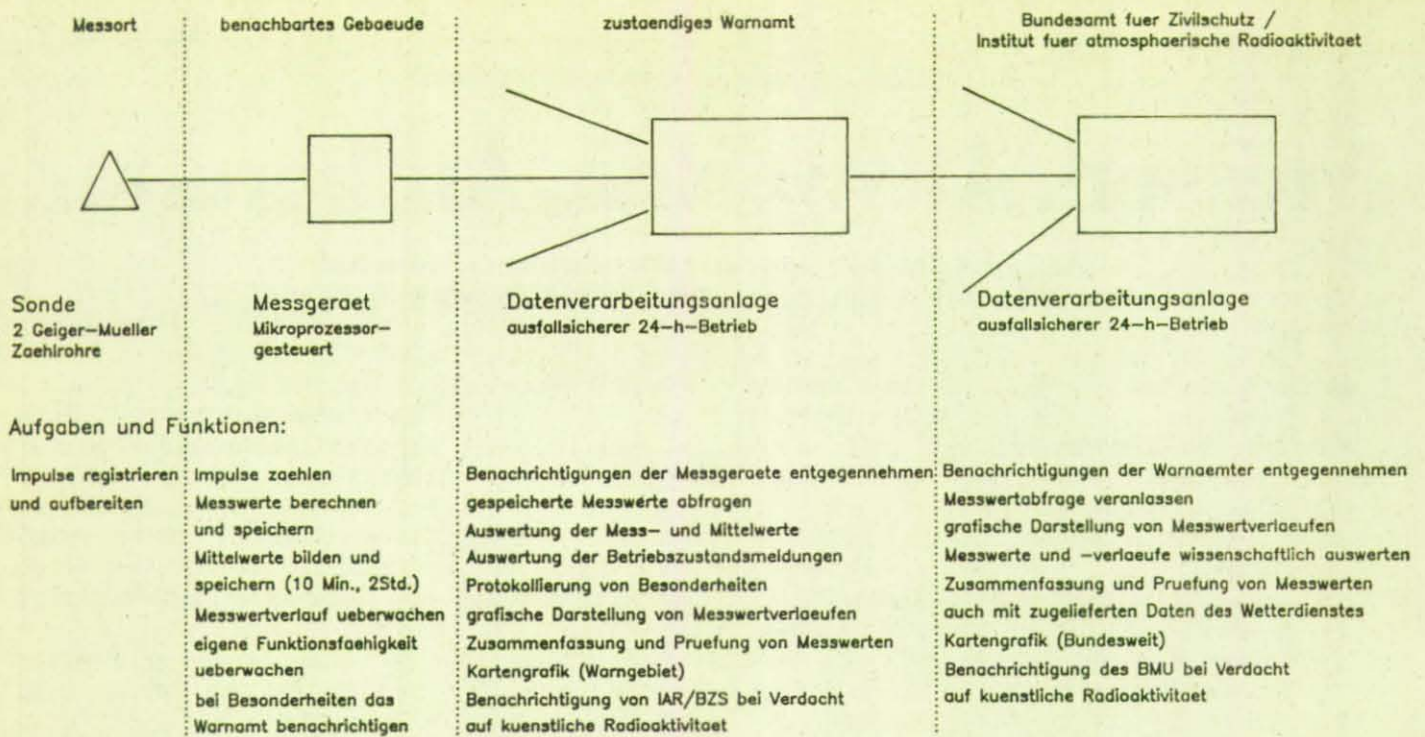


Abb. 2: Struktur und Aufgabenverteilung im Warndienst - Meß- und Informationssystem

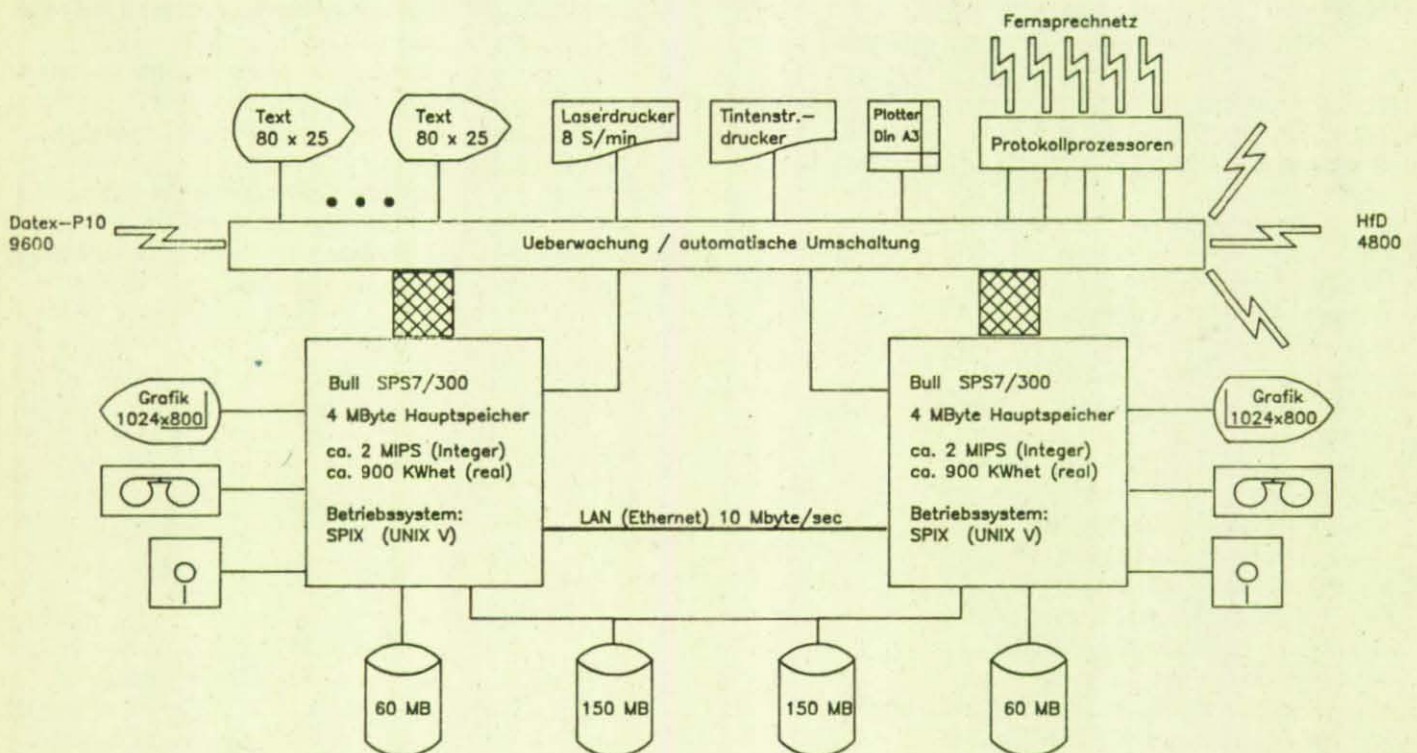


Abb. 3: Rechnerkonfiguration im Warndienst-Informationssystem

des Menschen durch äußerliche Einflüsse, liefert, ist die Bestimmung von Nuklidablagerungen auf dem Boden sowie ihrer jeweiligen Intensität Voraussetzung für die Abschätzung von Gefahren, die dem Menschen über die Nahrungskette, d. h. durch Inkorporation, drohen.

Die Bestimmung der Nuklidzusammensetzung von Ablagerungen auf dem Boden geschieht mit Hilfe mobiler Meßeinrichtungen. Diese Meßfahrzeuge werden (jeweils 1) in den Warnämtern stationiert und bei

Bedarf oder für Übungszwecke jeweils an die ausgewählten Meßorte gefahren.

Die Messung und Auswertung der Meßergebnisse erfolgen auch bei dieser „insitu“ Gamma-Spektroskopie rechnergestützt. Die festgestellten Nuklidintensitäten werden gespeichert und können per Akustikkoppler über das im Fahrzeug vorhandene C-Netz-Funktelefon oder von jedem anderen Fernsprechan-schluß digital an das Warnamt übertragen werden.

2.2 Rechnerkonfigurationen

Die Meßergebnisse laufen zunächst regional gebündelt zu den Rechnern der Warnämter. Hierbei handelt es sich um nahezu ausfallsichere Konfigurationen auf der Basis von Minicomputern unter Einsatz des Standardbetriebssystems UNIX (vgl. auch Abb. 3). Die zur Erlangung einer System-Verfügbarkeit von über 99,99 % entwickelte Konfiguration stellt letztlich einen Kompromiß zwischen Ausfallsicherheit und verfügbaren Investitionsmitteln dar.

Die erforderliche Redundanz wird durch zwei baugleiche Rechner Bull-SPS 7/300, die auf drei Ebenen miteinander verknüpft sind, erreicht, wobei auch die Stromversorgung der Systeme und Kopplungselemente so aufgeteilt ist, daß praktisch von zwei unabhängigen Netzteilen jeweils ein Teil der Konfiguration versorgt werden kann.

Als Verbindung und Kommunikationsträger zwischen den beiden Systemen dient eine schnelle LAN-Verbindung (Ethernet). Ergänzend ist ein Umschalter vorhanden, der die gesamte lokale Peripherie incl. Modems programmgesteuert auf die jeweils aktive SPS 7, d. h. den Master schaltet.

Abgerundet wird die redundante Konfiguration durch ein Dual Port Modul, durch das beide Rechner gleichberechtigt auf die Datenplatten zugreifen können.

Nicht redundant konfiguriert sind lediglich die grafischen Arbeitsplätze; d. h. bei Ausfall eines Systems steht – falls kein Eingriff in die Hardware vorgenommen wird

– nur ein grafischer Arbeitsplatz zur Verfügung.

Im Normalfall läuft die Anwendung auf dem als Master ausgewählten System. Dieses greift (über den Umschalter) auf die angeschlossene Peripherie zu. Die Zugriffe auf die gemeinsamen Platten erfolgen für dieses System direkt, während das andere (Slave-)System seine Plattenzugriffe über das LAN und den Master abwickelt. Dadurch ist sichergestellt, daß ohne Veränderungen im UNIX-Kernel die UNIX-eigenen Platten-Cache-Module den jeweils neuesten Stand aufweisen.

Der Zugriff zu dem am Slave angeschlossenen Grafik-Arbeitsplatz folgt sinngemäß den gleichen Methoden.

In beiden Systemen ist eine Überwachungssoftware aktiv, die über das LAN den jeweiligen Zustand der Gesamtkonfiguration kennt. Das Umschalten vom Master zum Slave erfolgt im Millisekundenbereich, wobei durch geeignete Software-Checkpunkte

sichergestellt ist, daß keine Daten (Meßwerte) verlorengehen bzw. – falls die Unterbrechung während einer laufenden Übertragung auftritt – diese – und nur diese – wiederholt wird.

Die Integrität der Daten wird darüber hinaus durch die Spiegelung, d. h. Doppelaufzeichnung aller Anwenderdaten auf zwei verschiedenen Plattenstationen erhöht. Die Dual-Port-Zugriffseinrichtung stellt dabei sicher, daß die Spiegelung auch bei Verfügbarkeit nur eines Systems weitergeführt wird.

Bei Ausfall einer Plattenstation geht der Betrieb ohne Unterbrechung weiter; es erfolgt lediglich eine Warnung an den Benutzer. Nach Beseitigung des Problems wird die Spiegelung automatisch wieder aufgenommen, wobei als erstes ein Kopieren des gesamten Inhalts der sich in Betrieb befindlichen auf die wiederzuschaltete Platten-einheit erfolgt.

Diese Rechner erreichen ihre Leistungsfähigkeit bei dieser Anwendung insbesondere deshalb, weil für die einzelnen Peripheriegeräte jeweils eigene Prozessoren eingesetzt werden (z. B. Grafik, Anschlüsse im Fernsprechnet zur Meßstellen-Kommunikation).

Eine im wesentlichen identische Hardwareausstattung ist im Institut für Atmosphärische Radioaktivität, Freiburg, (IAR) installiert, jedoch bildet dieses Institut funktionell die nächste Ebene, eine direkte Kommunikation mit den Meßstellen ist hier nicht möglich.

Zugriff auf die einzelnen Meßergebnisse erhält das IAR (wie im übrigen auch jedes Warnamt) über einen festgeschalteten Rechnerverbund (vgl. auch Abb. 4). Als primäre Kommunikationswege werden HfD-Verbindungen zwischen den Rechnern genutzt, bei Überlastung oder Ausfall einzelner Strecken werden (automatisch) Datex-P-Verbindungen aufgebaut.

2.3 Anwendungssoftware

Konzeptionell besteht das Warndienst-Meß- und Informationssystem aus drei hierarchischen Netzebenen: den Meßgeräten, den Warnamtsrechnern sowie dem IAR-Rechner. Die im Rahmen dieser Anwendung den jeweiligen Ebenen zugeordneten Funktionen können der Abbildung 2 entnommen werden.

Die Beschaffung und Auswertung von gemessenen Daten – Kernstück dieser netzübergreifenden Anwendung – umfaßt folgende Teilfunktionen, die in der Regel von den Warnämtern für das ihnen zugeordnete Gebiet, vom IAR bundesweit angewandt werden:

- Veranlassung von Meßstellenabfragen in geografischen Gebieten, auch mit zyklischer Wiederholung nach vorzugebenden Zeitintervallen, Entgegennahme von spontanen Meldungen der Meßstellen,

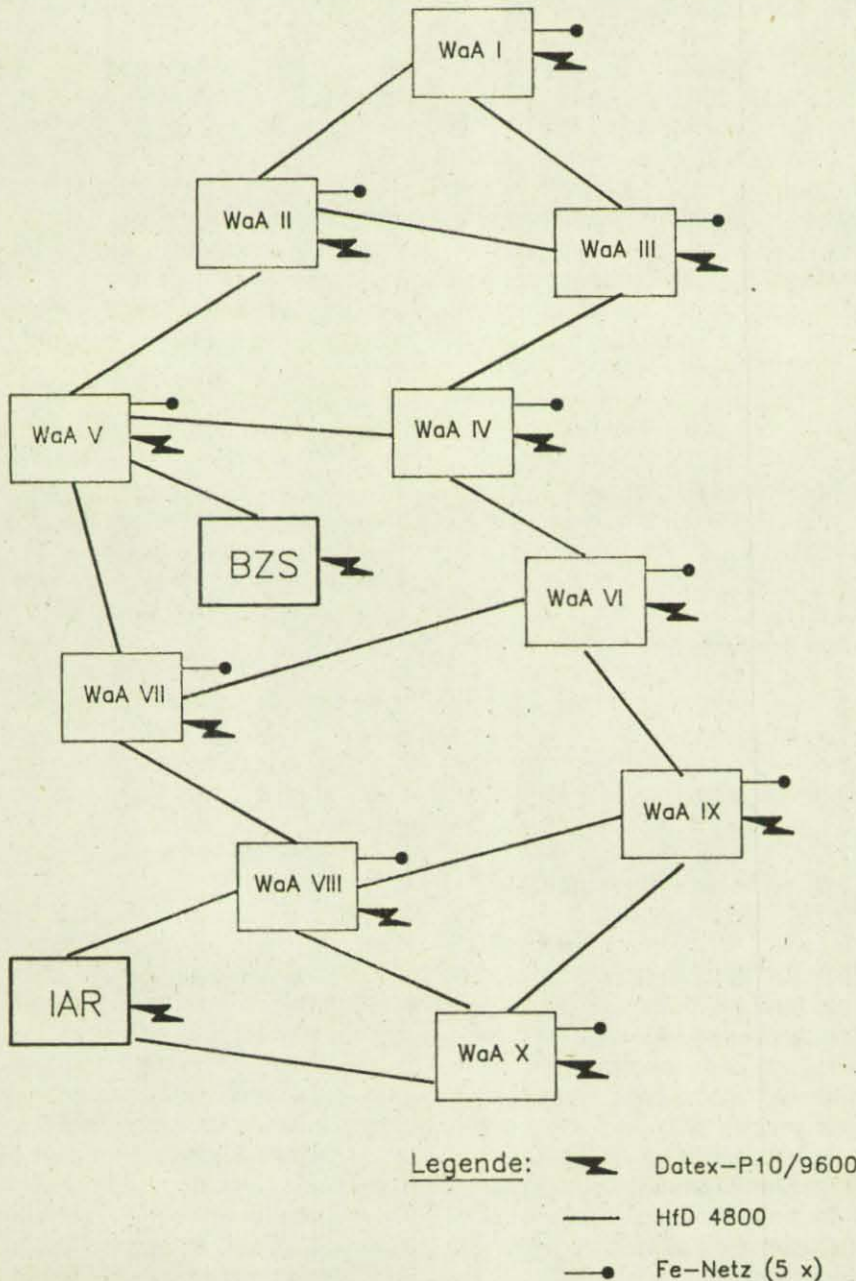


Abb. 4: Vernetzung im Warndienst-Informationssystem

- Parametrierung der Meßstellen,
- Nachbereitung der gemessenen Rohwerte (additive und multiplikative Konstanten zur Berücksichtigung von Zählrohrcharakteristiken, Meßgeometrie usw.),
- Herausfiltern von „Ausreißern“ zu Zwecken der Plausibilitätskontrolle und Betriebsüberwachung,
- tabellarische und grafische Darstellung von Meßreihen ausgewählter Meßstellen,
- kartografische Darstellung einer Momentaufnahme der gemessenen Lage in Form von Isodosenlinien oder als Isoflächendarstellung,
- Extrapolation der an einigen Orten bestimmten Nuklidzusammensetzung auf die Fläche anhand der Ortsdosis-Meßwerte, d. h. Umrechnung des gemessenen „Dosisleistungskatasters“ in ein nuklidspezifisches „Kontaminationskataster“.

Aus Gründen der Ausfallsicherheit, aber auch aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen werden die Daten (Meßreihen) möglichst dezentral gehalten; eine Datenübertragung zwischen den Netzebenen findet in der Regel nur auf Anforderung der jeweils höheren Netzebene statt. Einzige Ausnahme bildet die Übertragung von Alarmen, d. h. von aus Sicht der jeweils niedrigeren Ebene plausiblen, signifikant erhöhten Meßwerten. Auf diese Weise ist sichergestellt, daß bei Ausfall einer Instanz (z. B. Warnamt) aktuelle Daten von einem Vertreter aus der niedrigeren Ebene jederzeit wieder beschafft werden können.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß dem IAR seine hervorgehobene Stellung nur durch organisatorische Regelungen zugewiesen ist; Unterschiede im Bereich der Anwendungssoftware zwischen IAR und den Warnämtern existieren im wesentlichen nicht, so daß bei Ausfall des IAR-Rechners diese Funktionen mühelos von irgendeinem Warnamtsrechner übernommen werden können. Durch die gewählte Kommunikationsstruktur in der oberen Netzebene ist auch im Vertretungsfall die Datenversorgung sichergestellt.

2.4 Systemsoftware

Es wurde bereits erwähnt, daß als Betriebssystem UNIX, d. h. die entsprechende Bull-Variante SPIX 31.2 eingesetzt wird. Dies ist insofern bemerkenswert, als bei diesem Anwendungssystem Anforderungen in den Bereichen Ausfallsicherheit, Vernetzung sowie Echtzeitverhalten durchaus nicht „UNIX-typisch“ sind. Es zeigt sich einmal mehr, daß ein Anwender auch unter diesen Randbedingungen nicht auf die Vorteile eines Standard-Betriebssystems verzichten muß.

Im Bereich des Netzwerks wird für die Rechner-Rechner-Kommunikation grundsätzlich – also auch auf den HF-D-Strecken – als Übertragungsprotokoll (Schichten 1–3) X.25 eingesetzt. In den oberen Schichten

sind für die unterschiedlichen Interaktionsarten folgende drei Dienste realisiert worden:

- Dateiübertragungsdienst (file transfer) Dieser dient zum Austausch größerer Informationsmengen mit einer im allgemeinen niedrigen Priorität.

- Meldungsverkehrsdienst Dieser Dienst, der vorwiegend zum Austausch von kurzen Informationen mit im allgemeinen hoher Priorität genutzt wird, sorgt für eine Duplex-Verbindung zwischen einer lokalen Anwendung und einem Dienstprogramm für eine entfernte Anwendung. Er kann als Erweiterung der UNIX-„pipe“ auf das Netz betrachtet werden.

- Fernbedienungsdienst (remote execution) Dieser Dienst ermöglicht die Ausführung eines UNIX-Kommandos oder Shell-Scripts in einem entfernten Rechner.

Zur Realisierung dieser Dienste wird für die Schichten 4–6 „uft“ (universal file transfer) eingesetzt. Parallel hierzu werden – bis zur endgültigen Verabschiedung entsprechender ISO-Normen – TCP/IP und das Produkt NFS (network file system) verwendet.

Für die Datenspeicherung innerhalb der Anwendung wird kein Datenbanksystem eingesetzt. Unter UNIX konnte kein Datenbanksystem verfügbar gemacht werden, das alle Anforderungen hinsichtlich non-stop-Betrieb mit Unterstützung der Spiegelplatten sowie hinsichtlich einer verteilten Datenhaltung erfüllt. Da zudem die Struktur der hier zu verwaltenden Daten (Meßreihen) recht einfach und keinen dynamischen Änderungen unterworfen ist, wurde die Anwendung auf der Basis von indexsequentiellen Dateien realisiert. Auf diese Weise wurden jedoch Probleme des non-stop-Betriebs sowie der verteilten Datenhaltung in nicht unerheblichem Umfang in die Anwendung verlagert.

Die Anwendung ist in „C“ programmiert; im Grafikbereich wird GKS eingesetzt. Auf diese Weise wird – insbesondere wenn im Bereich der Kommunikation eine vollständige Anpassung an ISO-Normen erreicht ist – eine weitestgehende Hardware-Unabhängigkeit der Anwendung sichergestellt.

3. Zusammenfassung und Ausblick

Das Warndienst-Meß- und Informationssystem überwacht kontinuierlich und flächendeckend die radioaktive Umgebungsstrahlung (Gamma-Strahlung). Es arbeitet im non-stop-Betrieb mit mehreren gestaffelten Rückfallstufen bei Einzelausfällen:

- Ausfälle im Bereich der Meßgeräte werden durch Selbstüberwachungsfunktionen sowie zyklische Datenabfrage frühzeitig erkannt; auf eine redundante Auslegung kann – von Einzelfällen abgesehen – wegen der hohen Meßstellendichte abgesehen werden.

- Ausfälle im Bereich der nächsthöheren

Netzebene, den Warnamtsrechnern, werden zunächst im Rahmen der redundanten Systemkonfiguration (Doppelrechner, Spiegelplatten) aufgefangen; bei Ausfall eines kompletten Systems bzw. seiner Kommunikationsanbindung kann die Funktion eines Warnamtsrechners von einem Rechner in einem benachbarten Warnamt mit übernommen werden. Als Vorkehrung für derartige Maßnahmen werden z. B. Datenbestände eines Warnamts in einem definierten Nachbarwarnamt automatisch mitgeführt.

- Ausfällen bei dem zentralen System im IAR wird wie Ausfällen in Warnämtern begegnet, d. h. soweit möglich wird mit der redundanten Hardware weitergearbeitet, ansonsten kann ein Warnamt die Funktion des IAR übernehmen.

Rechnerseitig befindet sich dieses System noch im Anfangsstadium; die konzeptionellen Arbeiten wurden nach Verabschiedung des StrVG im Januar 1987 begonnen, der Lieferauftrag für Hard- und Software im Mai 1987 vergeben. Seit Dezember 1987 ist eine lokale Meßdatenerfassung in den Warnämtern sowie ein provisorischer Datenaustausch mit dem IAR möglich. Im August 1988 wurde die vorläufig endgültige Version der Netzwerksoftware und die erste Stufe der Software zur Erstellung kartografischer Ausgaben freigegeben.

Weitere Verbesserungen und Erweiterungen werden auf der Basis der jetzt zu sammelnden Betriebserfahrungen notwendig sein. Insbesondere im Bereich der Früherkennung von Gefahren gibt es noch zu lösende Probleme. Je frühzeitiger eine potentielle Gefährdung erkannt werden soll, um so näher müssen die Schwellenwerte der Meßgeräte an dem „normalen“ Meßwert liegen, um so mehr Personaleinsatz und -qualifikation erfordert aber auch die Entscheidung, ob ein erhöhter Meßwert auf geophysikalische Ursachen oder auf die Meßstatistik zurückzuführen ist, oder ob eine tatsächliche künstliche Verstrahlung vorliegt. In diesem Zusammenhang ist an den Einsatz weiterer Sensoren (insbesondere Niederschlag) sowie an die Implementierung weiterführender Algorithmen sowie ggf. eines diese und angelagerte Aufgabenstellungen unterstützenden Expertensystems gedacht.

Weitere Ergänzungen hinsichtlich einer Anbindung Dritter an dieses Rechnernetz werden z. Z. konzipiert. So sind einerseits die Meßdaten des Deutschen Wetterdienstes aus seinem Luftmeßnetz in das System zu integrieren, andererseits sind Daten und Grafiken an die zur Zeit im Aufbau befindliche Zentralstelle des Bundes zur Überwachung der Umweltradioaktivität zu liefern. Desweiteren sollen den Bundesländern im Rahmen ihrer Aufgaben der Kernkraftwerk-Fernüberwachung bestimmte Daten über eine Rechnerschnittstelle zur Verfügung gestellt werden.

„Gabriel 1988“

Rund 1 500 Fernmelder beteiligt –
Zusammenspiel im Schadensfall geübt

Um im Katastrophenfall schnell und wirkungsvoll helfen zu können, werden modernes, zweckmäßiges Gerät und fachkundige Helfer benötigt, die den Einsatz der technischen Hilfsmittel beherrschen. Dies gewinnt insbesondere an Bedeutung aus der Tatsache, daß die meisten Katastrophen plötzlich und unvorhersehbar eintreten. Die hieraus für die Katastrophenabwehr folgernden Anforderungen beinhalten gleichermaßen die ständige Präsenz des praktischen Könnens und theoretischen Wissens bei allen, die bei der Katastrophenabwehr mitwirken.

Für den Fernmeldedienst war selbstgestellte Aufgabe, die Fernmeldezüge und -zentralen sowie die Sprechfunker aller Fachdienste über einen längeren Zeitraum in eine Übungskonzeption einzubinden. Deshalb hatte die Katastrophenschutzschule Schönböken des Landes Schleswig-Holstein vom 26. bis 28. August 1988 im Auftrag des Innenministeriums – Amt für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr – zu der landesweiten Fernmeldeübung „Gabriel 1988“ eingeladen. Insgesamt nahmen 14 Fernmeldezüge, elf Fernmeldezentralen und 298 personell unterschiedlich starke Trupps der Sprechfunker aller Fachdienste mit einer Gesamtstärke von 1 500 Helfern an dieser Übung teil.

Die technische Leitung der Übung lag in den Händen des Lehrpersonals für den Fernmeldedienst der Katastrophenschutzschule, Peter Pubanz und Günter Hanisch, sowie einiger Zugführer und Leiter der Fernmeldezentralen des Fernmeldedienstes, die sich bereit erklärt hatten, in der Übungsleitung mitzuwirken.

Aufgrund seiner zentralen Lage in Schleswig-Holstein wurde für die Übung der Standortübungsplatz Hohn bei Rendsburg ausgewählt. Der Übungsablauf konzentrierte sich auf einem Umkreis von etwa 30 Kilometern um das Übungsgelände.

Übungszweck

Die Fernmeldeverbindungen sind im Einsatzfall für den Katastrophenschutz von zentraler Bedeutung. Deshalb ist ein ständiges Üben unerlässlich, insbesondere das Zusammenspiel der Fernmeldezüge, der Fernmeldezentralen, der HVB sowie der Sprechfunker aller Fachdienste. Die sich aus dieser Konstruktion ableitende Kommunikations-

kette ist das Instrument des Katastrophenschutzes für den Informationsaustausch zwischen den Stäben HVB und den eingesetzten Einheiten und Einrichtungen einschließlich aller dazwischen gebildeten weiteren Führungsebenen. Jedes Element dieser Kommunikationskette ist dafür verantwortlich, daß die zentral getroffenen Entscheidungen den Empfänger erreichen, so daß eine koordinierte, effektive Schadensbekämpfung sichergestellt ist.

Übungsziel

Ziel der Übung war es, das Zusammenwirken von Fernmeldezentralen, Fernmeldezügen und Sprechfunkern aller Fachdienste zu üben und zu vertiefen. Dabei wurden folgende Einzelziele angestrebt:

- Fernmeldebefehlsgebung,
- Aufbau, Betrieb und Verkettung von Fernsprechnetzen,
- Bau von Feldkabelleitungen,
- Einrichtungen und Betrieb von Fernsprechvermittlungen unter einsatznahen Bedingungen,
- Abholung und Verlängerung von Leitungen aus festen Netzen,
- Einrichtung und Betrieb von Sprechfunkverkehrskreisen,
- Aufnehmen und Absetzen von Nachrichten,
- Einrichtung und Betrieb von Relaisfunkstellen,
- aktive Funküberwachung.

Übungszeiträume

Die Einheiten und Einrichtungen des Fernmeldedienstes übten von freitags 20.00 Uhr bis sonntags 16.00 Uhr. Für die Sprechfunker aller Fachdienste wurden drei unterschiedliche Übungsabschnitte angeboten:

Übung I: Sonnabend	9.00 bis 15.00 Uhr
Übung II: Sonnabend	15.00 bis 21.00 Uhr
Übung III: Sonntag	9.00 bis 15.00 Uhr

Übungsablauf

Freitag, 26. August 1988.
Ab 17.00 Uhr verstärkten sich auf dem Übungsgelände die bis dahin nur vereinzelt erkennbaren Tätigkeiten zu einer hektischen

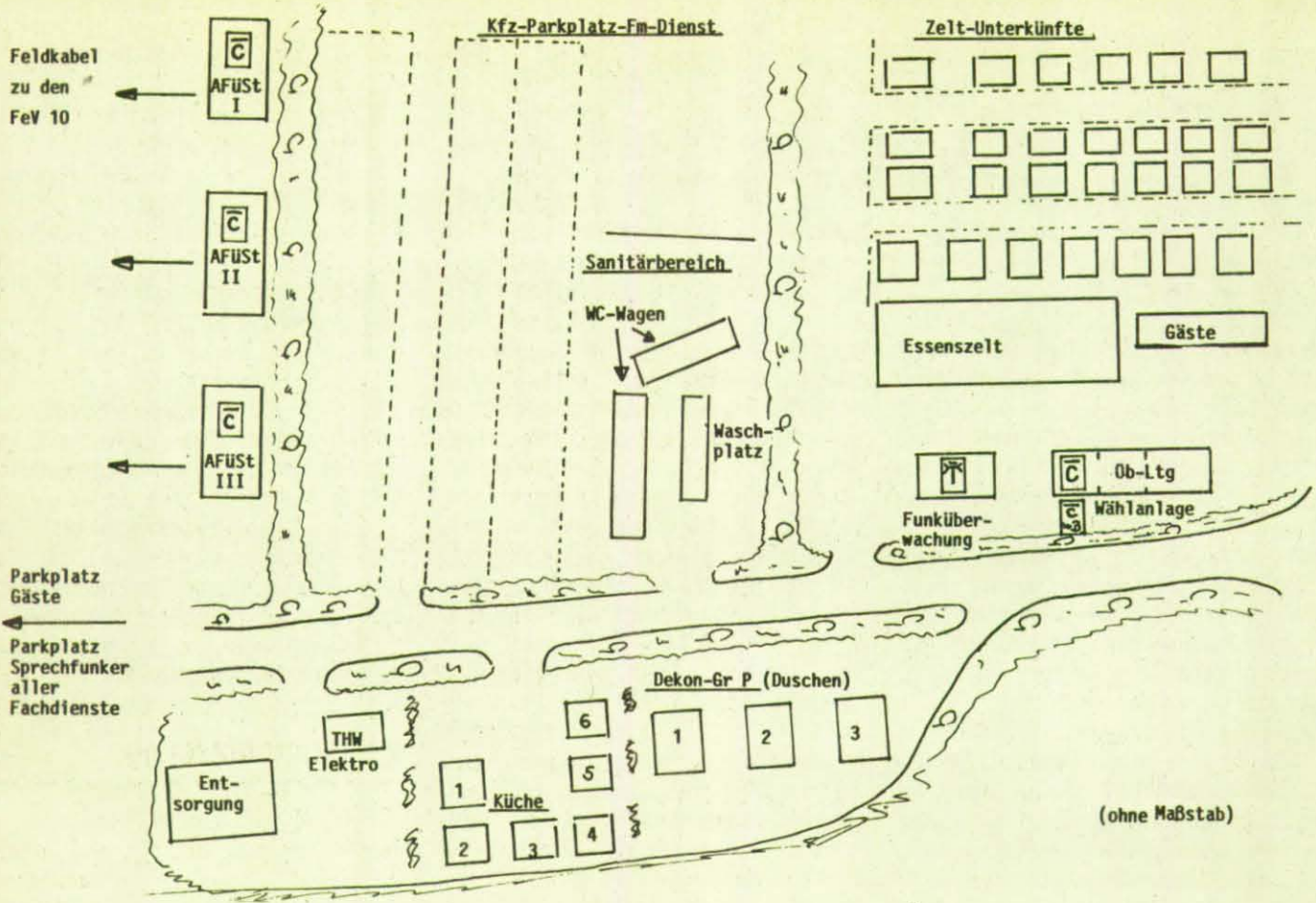
Betriebsamkeit. Die die Übung unterstützenden Kräfte der verschiedensten Fachdienste und Trägerorganisationen wie Verpflegungstrupps, Gruppen des Instandsetzungs- und ABC-Dienstes erschienen bei der von der Katastrophenschutzschule provisorisch eingerichteten Übungsleitung. Zu diesem Zeitpunkt stellten zwei verlängerte Fernsprechhauptanschlüsse und ein Funkgerät die Kommunikationsmittel dar. „Kater Schule Schönböken von Kater Steinburg 80/01. Ich melde mich im Sprechfunkverkehr an, betriebsbereit. Stärke: 1/5/19/25. Kfz: Ein Zugtrupp KW, 2 FeKW, 2 FüKW, 1 GBKW, 1 Kfz zusätzlich. Standort: SEEFELD NE 323953. Kommen“.

„Hier Kater Schule Schönböken. Eintreffen um 19.50 Uhr bei Übungsleitung. Kommen“. „Hier Kater Steinburg. Verstanden. Ende“.

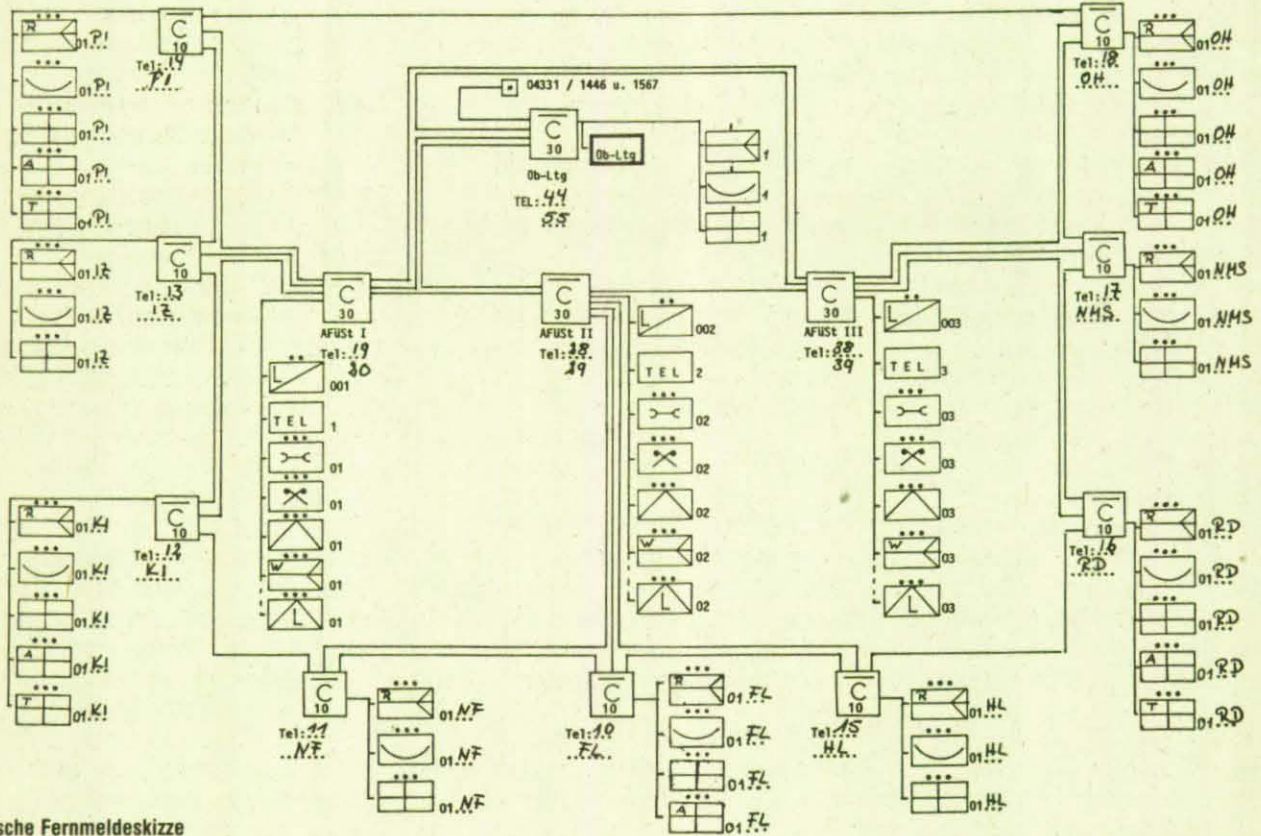
So und in ähnlicher Form geht es beständig weiter. Durch das frühzeitige Anmelden ab Kreisgrenze kann die Übungsleitung das Eintreffen der Einheiten und Einrichtungen koordinieren, damit auf dem Übungsplatz kein allzu großes Durcheinander entstehen kann. Mit dem Eintreffen müssen die Kraftfahrzeuge in einem eigens dafür vorgesehenen Raum abgestellt werden, und die Einheiten und Einrichtungen sind für den Aufbau der von ihnen mitgeführten Übernachtungsmöglichkeiten selbst verantwortlich. Der für die Einweisung verantwortliche Leitungsgehilfe hat mit seinem Team in dieser Phase alle Hände voll zu tun.

Parallel zu den anrückenden Einheiten und Einrichtungen entsteht Schritt für Schritt ein umfangreicher Ver- und Entsorgungsbereich. Die Dekontaminationsgruppen P der ABC-Züge Rendsburg, Heide und Schleswig-Flensburg bauen ihre Duscharlagen auf. Die hygienischen Grundbedürfnisse der Helferinnen und Helfer sollen auch während einer mehrtägigen Übung nicht vernachlässigt werden. Insgesamt sechs Feldküchen des MHD aus Lübeck, Kiel und Hamburg bilden eine großküchenähnliche Anlage, aus der bereits um Mitternacht in einem 200-Personen-Essenszelt für 450 Helferinnen und Helfer die erste warme Mahlzeit ausgegeben werden soll.

Der Instandsetzungsdienst des THW aus Rendsburg und Flensburg beginnt mit dem Aufbau der Strom- und Lichtversorgung. Ein 50 kVA-Aggregat tut hier beständig und verlässlich seinen Dienst. Der gesamte Versorgungsbereich wird ausgeleuchtet, damit



Lageplan Übungsplatz.



Technische Fernmeldeskizze für die Übung.

der Betrieb rund um die Uhr laufen kann. Weiterhin wird eine Leitung für die Stromversorgung der Zelte gebaut. Ein Feldarbeitsgerät des THW leistet Schwerstarbeit und glättet immer wieder die sandigen We-

ge, damit sich die vielen Fahrzeuge des Fernmeldedienstes nicht in dem lockeren Untergrund des Standortübungsplatzes festfahren.

Entlang zweiter austrassierter, als Straßen hergerichteter Wege entsteht bis 22.00 Uhr eine etwa 60 Zelte umfassende „Fernmeldestadt“. Der Bereich „Sanitärabteilung“ geht zwischenzeitlich ebenfalls seiner

Vollendung entgegen. Zwei große Toilettenwagen und eine vom THW gebaute feldmäßige Waschanlage sind betriebsbereit.

Für die gesamte Wasserversorgung war der Bau einer Schlauchleitung von ca. 1900 m vom Flugplatz Hohn bis zum Übungsgelände notwendig. Die Entsorgung während der gesamten Dauer der Übung wurde von einem privaten Entsorgungsunternehmen sichergestellt.

Leider geriet der bis ins Detail aufeinander abgestimmte Zeitplan dann doch noch ins Stocken, so daß die für 21.00 Uhr geplante Übungseinweisung erst um 22.30 Uhr beginnen konnte. Aufgrund dessen mußte die für diesen Abend noch geplante Fernsprechbetriebsübung ausfallen. In der um 22.30 Uhr durchgeführten Übungseinweisung wurden die Aufträge für Sonnabend und Sonntag ausgegeben.

Für die Fernmeldezüge:

- Bau einer Feldkabelleitung von einer FeV 30 zur eigenen FeV 10.
- Verlängerung eines FHA zur eigenen FeV 10 (die Wählanschlüsse wurden durch eine postunabhängige Nebenstellenanlage simuliert, die mit den von der Post benutzten Endeinrichtungen versehen war (Eigenbau KSL - SH).
- Bau einer Feldkabelleitung zur FeV des rechten Nachbarn.
- Einrichten und Betreiben einer FeV im GBKW (s. technische Fernmeldezeichnung für den Fernsprechbetrieb).
- Einrichten und Betreiben von Endstellen.
- Aufnehmen und Absetzen von Nachrichten gemäß vorgegebenem Plan.
- Einrichten und Betreiben von Relaisfunkstellen.
- Einrichten und Betreiben von Sprechfunkbetriebsstellen.

Für die Fernmeldezentralen:

- Einrichten und Betreiben von behelfsmäßigen Befehlsstellen (FeV 30 und Endstellen in einem Zelt).
- Durchführen des Fernsprech- und Sprechfunkverkehrs.
- Einrichten und Betreiben von Sprechfunkkreisen/Sprechfunkbetriebsstellen (Führen eines Sprechfunkverkehrskreises mit den Sprechfunkern aller Fachdienste).
- Überwachung der Nachrichtenübermittlung.
- Arbeitsplatz der Funkstelle der FmZ ist jeweils ein Fahrzeug mit Funkgerät.

Sonnabend, 27. August 1988.

Um 8.00 Uhr rücken die Fernmeldezüge ab, um ihre Aufträge zu erfüllen. Parallel zu den abrückenden Fahrzeugen des Fernmeldedienstes erreichen die Sprechfunker aller Fachdienste mit der gesamten Vielfalt der im Katastrophenschutz vorhandenen Fahrzeuge den Standortübungsplatz, der von nun an einem Ameisenhaufen vergleichbar ist.

Nach der Einweisung haben sich die Sprechfunker aller Fachdienste bei ihrer

Leitstelle anzumelden, Skizzen zu erstellen und dann die von der Leitstelle ausgegebenen Aufträge, vorgegebene Koordinaten aufzusuchen und dort aufgefundene Texte in der vorgeschriebenen Art zu übermitteln, zu erfüllen. Die Leitstellen korrigieren die jeweiligen Fehler in der Übermittlung. Erst danach erfolgt der nächste Auftrag.

In dieser Phase gibt es auch die größten Probleme der Übung. Ein Teil der Relaisfunkstellen arbeitet aus vielfältigen Gründen nicht ordnungsgemäß. Ein Teil der Geräte ist defekt. In etlichen Fällen wird die Relaisfunkstelle trotz vorgegebener Koordinate am falschen Standort eingerichtet. Damit kommt es zu erheblichen Problemen im Sprechfunkbetrieb und erfordert Improvisationen der Leitstellen.

Mit Unterbrechung klappt es dann schließlich doch, wenn auch hier und da mit Einschränkungen. Dadurch, daß fast ständig 14 Sprechfunkverkehrskreise nebeneinander betrieben werden, gibt es nicht immer gute Verständigungen. Aber auch dieses Problem gehört sicherlich in solch eine Übung, da dies der Realität insgesamt doch sehr nahe kommt.

Gegen 13.00 Uhr trifft der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Bull, am Standortübungsplatz Hohn ein und läßt sich bei einem gemeinsamen Mittagessen mit Zugführern und Leitern der Fernmeldezentralen in die Übung einweisen. Gegen 14.00 Uhr treffen die eingeladenen Vertreter der Hauptverwaltungsbeamten, der Organisationen, des Bundesamtes für Zivilschutz sowie Beobachter von Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin ein, um sich über die Übung und deren Ablauf zu informieren.

Nach und nach werden die Feldkabel an den Vermittlungen aufgelegt, das Fernsprechnetzt wächst zusehends, und der Fernsprechverkehr nimmt immer mehr Formen an.

Gegen 23.00 Uhr gibt's nochmals eine warme Mahlzeit. Für die Verpflegung muß ein besonderes Problem gelöst werden: Dem im Übungsbefehl ausgegebenen Grundsatz, daß alle Übungsteilnehmer Teller, Tassen und Besteck selbst mitbringen sollten, um unnötige umweltbelastende Abfallberge von Einweggeschirr zu vermeiden, folgten höchstens zehn Prozent der Helferinnen und Helfer.

Sonntag, 28. August 1988.

Wenn auch noch entfernt, das Übungsende ist in Sicht. Nach zwei weiteren Stunden Fernsprechbetrieb beginnt der Rückbau des Fernsprechnetzes. Auch die Unterstützungskräfte beginnen mit dem Abbau ihrer Einrichtungen. Ab 15.00 Uhr verlassen dann die Einheiten und Einrichtungen des Fernmeldedienstes nach der Verabschiedung durch den Leiter der Katastrophenschutzschule, Gerhard Brüggemann, das

Übungsgelände und kehren in die Standorte zurück.

Es wurden:

- 13 Fernsprechvermittlungen und 73 Fernsprechstellen eingerichtet,
- dazu ca. 130 Kilometer Feldkabelleitung gebaut,
- auf diesem Netz ca. 3000 Nachrichten übermittelt,
- 59 Sprechfunkverkehrskreise und 15 Relaisfunkstellen eingerichtet,
- auf diesen Kreisen 298 Sprechfunkbetriebsstellen betrieben,
- ca. 4000 Nachrichten übermittelt.

Als besonders sinnvoll erwies sich, daß während des gesamten Übungszeitraumes ständig Mitarbeiter der Zentralwerkstatt Rendsburg beteiligt waren, die kleine Reparaturarbeiten im Bereich des Fernmeldedienstes und der Kraftfahrzeug-Instandhaltung ausführen konnten, so daß technische Probleme auf ein vor Ort nicht lösbares Minimum reduziert werden konnten.

Zusammenfassung

Die Übung hat aufgezeigt:

- der Ausbildungsstand in den Einheiten und Einrichtungen des Fernmeldedienstes ist sehr unterschiedlich,
- die Auswertung der Funküberwachung bei den Sprechfunkern aller Fachdienste bescheinigte einen befriedigenden Ausbildungsstand,
- die Belastung der Helfer über einen längeren Zeitraum führte in einigen Bereichen zur Überreaktion,
- der Ver- und Entsorgungsapparat für insgesamt 1500 Helfer muß langfristig und intensiv vorbereitet werden,
- Übungen dieser Art müssen regelmäßig durchgeführt werden, um die Zusammenarbeit im Bereich der Nachrichtenübermittlung zu intensivieren und zu formalisieren,
- im Bereich Fernsprech müssen die Fernmeldezentralen intensiver einbezogen werden, denn der behelfsmäßige Ausbau von Befehlsstellen muß von ihnen beherrscht werden.

Das Verhältnis Fernsprechbetrieb und Feldkabelbau muß für die Fernmeldezüge in etwa 50:50 sein, da andernfalls eine starke Monotonie insbesondere im Bereich Fernsprechbetriebe eintreten kann, die die Motivation der Helfer rasch sinken läßt.

Die Durchführung einer Übung dieser Größenordnung und dieses zeitlichen Umfangs bedarf vieler Mitarbeiter, die namentlich hier nicht erwähnt sind, die aber alle zum Gelingen dieser Übung beigetragen haben. Beispielhaft ist sicherlich auch, daß Helferinnen und Helfer aller Organisationen sowohl an der Vorbereitung als auch an der Durchführung dieser Übung beteiligt waren.

Peter Pubanz

Ein ungewöhnlicher Einsatz

Demonstration anlässlich der Katastrophenschutzübung „Schlauer Fuchs“ des Stuttgarter Regierungspräsidiums

Von den vier im Katastrophenschutz des Landes Baden-Württemberg vorhandenen Feldschlachtgeräten ist eines dem 1. Veterinärzug Schwäbisch Hall, mit Standort in Crailsheim, zugeordnet. Ein zweites steht in Reutlingen, zwei weitere sind eingelagert.

Ein Teil der von der Bundeswehr ausgearbeiteten Schlachthanlagen wird mehrmals im Jahr zu Übungszwecken aufgebaut. So auch am 16. Oktober 1988 anlässlich der Großübung des Stuttgarter Regierungspräsidiums „Schlauer Fuchs“. Angenommen wurde ein Verkehrsunfall mit einem Viehtransporter: Zehn Schweine mußten an „Ort und Stelle“ notgeschlachtet werden.

Einmalige Vorführung

Wegen der Vielzahl der Schlachtungen, war dies ein ungewöhnlicher Einsatz für den an der Übung beteiligten Veterinärzug Schwäbisch Hall. Bereits vor 8.00 Uhr rückten die 20 Helfer an und bauten das aus verschiedenen Teilen bestehende Feldschlachtgerät auf: Eine einmalige Vorführung im Rahmen einer KatS-Vollübung begann.

Das Schlachtvieh wurde mit einem Elektroschockgerät im Viehanhänger tief bewußtlos gemacht, fachgerecht getötet und anschließend am Entblutegestell aufgehängt. Nach vollkommener Entblutung kamen die Schweine in den mit heißem Wasser gefüllten Brühzuber und wurden dort grob von ihrem „Borstkleid“ befreit. Anschließend landeten die Schweine auf dem Rasierschragen, und die restlichen Borsten fielen. Zuletzt wurde das Schlachtvieh an den Hinterläufen im Ausschlachtgestell aufgehängt, ausgenommen und zweigeteilt. Im Aufbewahrungsgestell blieb das Fleisch dann zum Auskühlen hängen.



Tiefe Bewußtlosigkeit erzeugt der Elektro-Schock.

Die zehn Schweine wurden dem Schlachthofbestand entnommen. Die in Hälften zerlegten Säue wurden später mit dem Kühlwagen in den Schlachthof zurückgebracht.

Qualifizierte Helfer

Die Helfer des Veterinärzuges sind je zur Hälfte Landwirte und Metzger, hinzu kommen zwei Funker. Der Andrang zur Mitarbeit im Zug ist so groß, daß eine Auswahl von geeigneten Helfern vorgenommen werden kann.

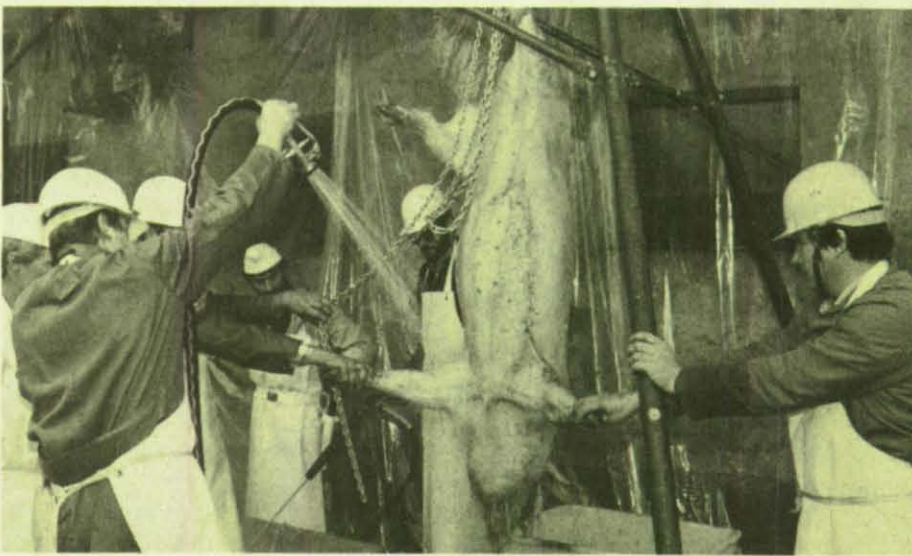
Zugführer Dr. Alfred Haas, Schlachthofdirektor in Schwäbisch Hall, erläuterte den Übungsbeobachtern, daß das Schlachten

von Vieh nur eine Tätigkeit des Veterinärzuges ist. Im Mittelpunkt der Aufgaben steht die Rettung und die Lebenserhaltung von Tieren bei Katastrophen. Hier ist besonders an Hochwasser und an Großbrände gedacht. Eine weitere Arbeit ist die fachgerechte Beseitigung von toten Tieren und die erforderliche Entseuchung.

Interessierte Gäste

Interessiert verfolgten zahlreiche Gäste, unter ihnen Landrat Ulrich Stückle, die Schlachtung während der Übung. Wie es sich bei einer richtigen Schlachtung gehört, gab's für die Gäste zum Schluß eine kräftige, gut mündende Portion Kesselfleisch.

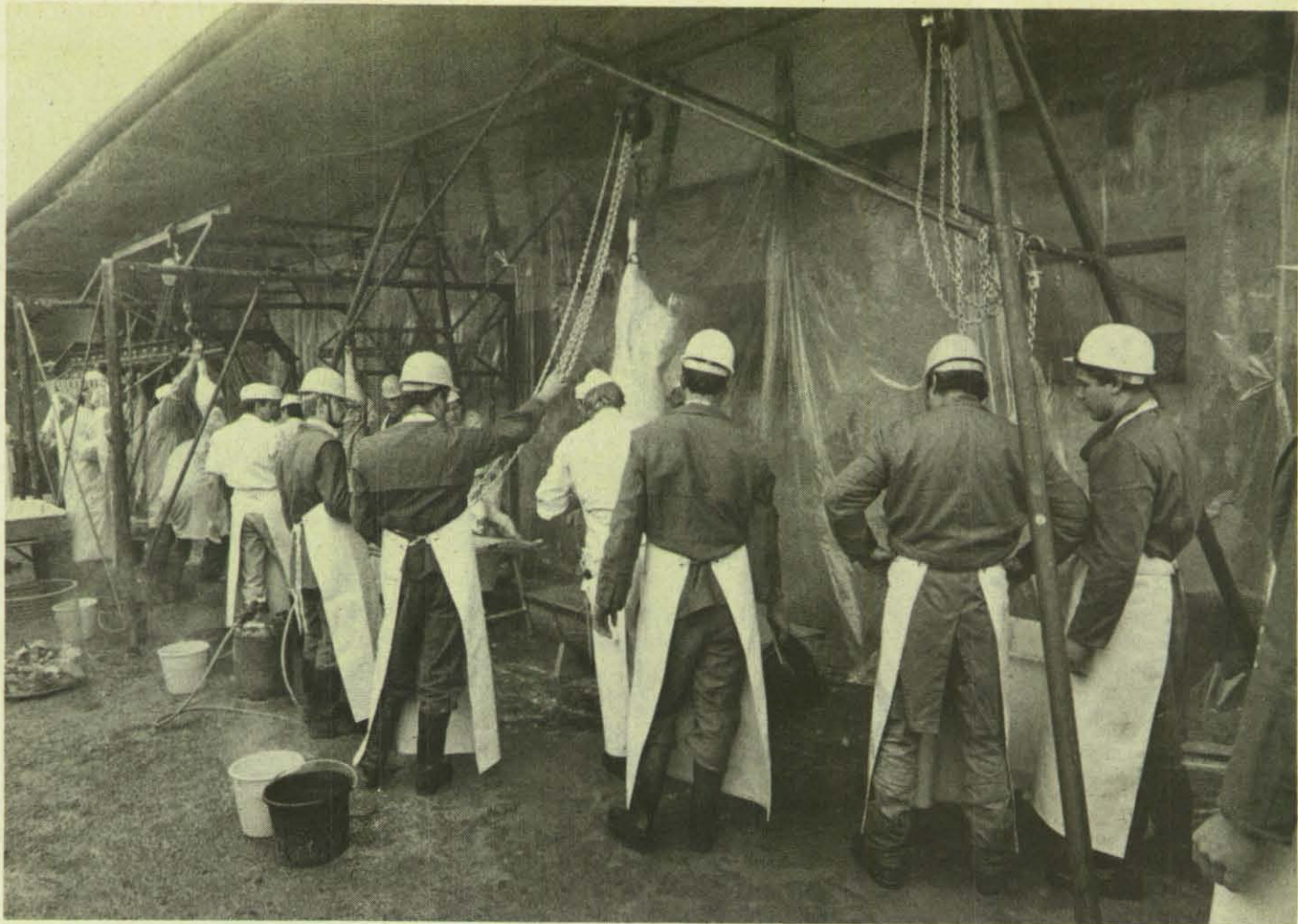
Text und Fotos: Uwe Larsen



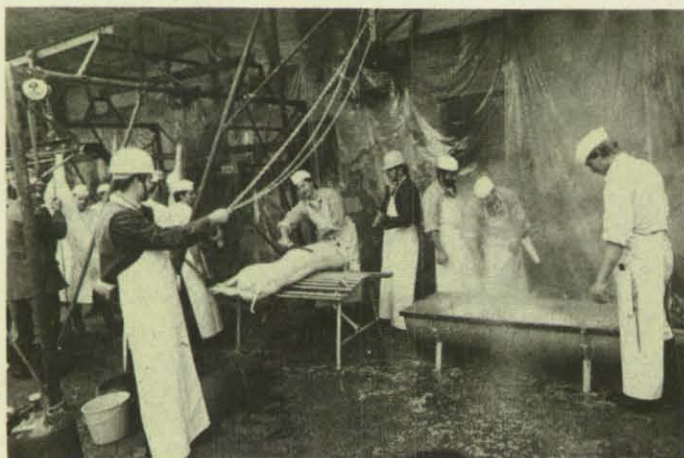
Vor dem Entbluten wird das Schwein gründlich gewaschen.



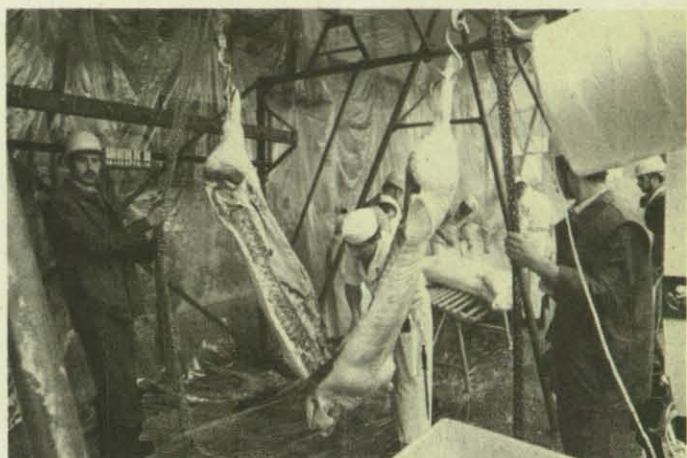
Im Brühzuber wird das Schwein grob von seinen Borsten befreit.



Die komplette Anlage.



Ein Blick in die Feldschlachtenanlage.



Fachgerecht zerlegen die Helfer das Schwein.



Zum Schluß gibt's Kesselfleisch.



Auch Landrat Stückle (links) mündet die schmackhafte Mahlzeit.

Staatssekretär Stanitzek:

„Das Verständnis des Bürgers für den Selbstschutz fördern“

BVS-Direktor Schuch: Selbstschutz ist notwendige Ergänzung der staatlichen Hilfe – Leiter der BVS-Landesstelle Hessen, Gerhard Straube, trat in den Ruhestand

Der Leiter der BVS-Landesstelle Hessen, Gerhard Straube, wurde am 16. Dezember 1988 im Hessischen Ministerium des Innern, Wiesbaden, in den Ruhestand verabschiedet. Zahlreiche Gäste waren zu der Veranstaltung erschienen, unter ihnen Staatssekretär Reinhold Stanitzek, Hessisches Innenministerium, BVS-Direktor Helmut Schuch, Vertreter des Regierungspräsidiums Darmstadt, der Städte Wiesbaden und Darmstadt, des Innenministeriums Hessen, verschiedener Bundesbehörden und der Bundeswehr, der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) sowie Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Helfer der ersten Stunde

In seiner Ansprache zeigte Direktor Schuch kurz den Lebensweg Gerhard Straubes auf und verwies u. a. darauf, daß Straube bereits 1952 dem damals gerade gegründeten Bundesluftschutzverband als einer der ersten Helfer der Dienststelle Darmstadt als Ausbildungsleiter zur Verfügung stand. 1955 wurde Straube hauptamtlicher Mitarbeiter und übernahm Ende 1961 die Leitung der Dienststelle. Ab Juli 1977 nahm der Scheidende daneben die Funktion des BVS-Bereichsbeauftragten im Regierungsbezirk Darmstadt wahr. Im Dezember 1979 wurde Straube schließlich zum Leiter der BVS-Landesstelle Hessen berufen.

„Ich persönlich habe Gerhard Straube in einer Reihe der genannten haupt- und ehrenamtlichen

Funktionen, nämlich als Dienststellenleiter in Darmstadt, als Landesstellenleiter von Hessen, als Vorsitzender des Hauptpersonalrates kennengelernt und schätze ihn sehr“, meinte Direktor Schuch und attestierte ihm reiches Fachwissen, Engagement, Fürsorge sowie großes Verständnis für die Belange der ehrenamtlichen Helfer des BVS.

Unterstützung durch den BVS

In seiner Ansprache ging Direktor Schuch auch auf den Auftrag des BVS ein und führte hierzu aus: „Die meisten von Ihnen, meine Damen und Herren, kennen die Ausgangslage: Staatlich organisierte Hilfe für den einzelnen ist nach unserer Verfassung dann zu gewährleisten, wenn das Individuum des Schutzes bedarf und der einzelne sich nicht oder nicht ausreichend selbst helfen kann. In allen anderen Fällen sollte der Bürger in freier Entscheidung und eigener Verantwortung den von ihm erwarteten Beitrag zu seiner Absicherung selbst übernehmen.“

Dies gilt auch und gerade dann, wenn die Vorsorge, der Schutz und die Hilfe bei Unfällen, Katastrophen und in dem – hoffentlich eines Tages endgültig gebannten – aber heute noch nicht gänzlich zu verdrängenden Verteidigungsfall angesprochen sind. Sicherlich, der Staat, d. h. Kommunen, Länder und Bund, haben zusammen mit den humanitären Hilfsorganisationen ein Hilfeleistungspotential aufgebaut, das Rettungsdienst, Katastrophen- und Zivilschutz umfaßt und sich tagtäglich bei Schadensereignissen bewährt.

Dennoch erleben wir es immer wieder, daß auch der einzelne Bürger durch bewußtes, gekonntes Handeln und beherzte Hilfe erster Retter in der Not ist, also Hilfe leistet, bevor die dazu berufenen Stellen ihre Einsätze organisieren und am Ort des Geschehens sein können.

Vorsorge, Selbst- und Nachbarschaftshilfe ergänzen somit notwendigerweise das staatliche Hilfeleistungssystem zur Sicherheit des einzelnen wie der Gemeinschaft. Damit die Selbsthilfe

– der Selbstschutz – als erstes Glied der Rettungskette auch funktioniert, bietet der Staat hierzu Unterstützung an durch den Bundesverband für den Selbstschutz, der im Auftrag der Gemeinden Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit und Lehrgänge durchführt, also bürgernah als ‚Serviceunternehmen‘ tätig ist.

Partnerschaft Staat/Bürger

In dieser Darstellung erscheint auf den ersten Blick die Partnerschaft Staat/Bürger und die Aufgabenteilung logisch und konsequent, so daß sie ohne weiteres akzeptiert werden müßte. Wir, die wir in der täglichen Arbeit stehen, wissen jedoch, wo die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Konzeptes liegen:

Erstens müssen wir gegen die – sagen wir – Sorglosigkeit des einzelnen angehen, der dazu neigt, sich selbst zu beruhigen nach dem Motto: ‚Mir wird schon nichts passieren!‘

Zweitens müssen wir gegen den Anspruch ‚Ich zahle genug Steuern, soll der Staat doch gefälligst was für mich tun!‘ argumentieren und uns

drittens den Kritikern stellen, die auch hinter diesem humanitären Auftrag die böse Absicht sehen, den Bürger nur risikobereiter zu machen.

Wir haben es in der Vergangenheit erlebt, daß man uns – und ich nehme da Politiker und Verwaltungschefs nicht einmal aus – nicht selten mit Skepsis und Abneigung entgegnet und uns vorhielt, wir sollten doch eher die Ursachen der möglichen Gefah-



Staatssekretär Reinhold Stanitzek (Mitte) händigt Gerhard Straube die hohe Auszeichnung aus. Rechts: BVS-Direktor Helmut Schuch.

ren bekämpfen als dem Bürger zu suggerieren, er könne mit etwas gutem Willen und einigen wenigen Kenntnissen erhebliche Gefahren – vor allem in einem Verteidigungsfall – mehr oder minder unbeschadet überstehen.

Wir sind derartigen Auffassungen öffentlich mit guten und einsichtigen Argumenten entgegengetreten und haben dabei oftmals Schelte bezogen, wir haben aber niemals resigniert aufgegeben. Mitarbeiter wie Sie, Herr Straube, haben sich auch mit solchen Meinungen auseinandergesetzt, wenn die inneren und äußeren Bedingungen wenig Erfolg verheißen.

Unterstützung gefunden

Auch die verbandsinterne Entwicklung hat uns manchmal hart auf die Probe gestellt, so daß Selbstzweifel auftreten mußten. Dennoch können wir heute feststellen, daß unsere Aufgabe zunehmend – wenn nicht gleich Anerkennung – so doch zumindest positive Betrachtung erfährt. Hier in Hessen – dies, Herr Staatssekretär, stelle ich gerne fest – unterstützt uns das Ministerium stets bei der Umsetzung unseres Auftrages. Ich gehe davon aus, daß sich daran grundsätzlich nichts ändern wird – selbst wenn der BVS in eine Bundesanstalt umgewandelt werden sollte. Andererseits darf ich bei dieser Gelegenheit den Wunsch aussprechen, daß auch die Zurückhaltenden unter den Kommunen – denen wir ja gemäß unserem gesetzlichen Auftrag bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes unterstützend zur Seite stehen sollen – künftig im Selbstschutz mehr als allenfalls eine lästige Pflichtaufgabe sehen...

Zum Schluß dankte Direktor Schuch dem Scheidenden für seine langjährige erfolgreiche Mitarbeit im Verband und wünschte ihm „ein hohes Maß an Zufriedenheit im neuen Lebensabschnitt“.

Sichtweite zu eng

Im Anschluß sprach Staatssekretär Reinhold Stanitzek. Er wolle die Gelegenheit vor so vielen kompetenten Vertretern nutzen und einige Gedanken über den

Selbstschutz äußern, um die Position der Landesregierung zu verdeutlichen, meinte der Staatssekretär und führte aus:

„In letzter Zeit sind Veränderungen eingetreten, die unter den haupt- und ehrenamtlichen Mitgliedern des BVS auch Unruhe ausgelöst haben. Der Grund hierfür ist nicht so sehr die Verlegung der Bundeshauptstelle von Köln nach Bonn. Sie berührte hauptsächlich die dort tätigen Bediensteten. Ursache ist auch nicht die Umwandlung des BVS von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts in eine nicht-rechtsfähige Bundesanstalt. Diese Maßnahme soll dazu dienen, die finanzielle und politische Verantwortung des Bundes für die Öffentlichkeitsarbeit einerseits und die Rechtsform andererseits miteinander in Einklang zu bringen. Die Bildung des Beirates soll zudem die Zusammenarbeit der bisherigen Mitglieder, nämlich Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände, erhalten. In der Gesamtbewertung dürfte die Umwandlung lediglich gewisse rechtliche und förmliche Schwierigkeiten bereiten. Diese sind nach meiner Ansicht jedoch zu bewältigen.“

Selbstschutz wurde bis vor wenigen Jahren vielfach mit dem Schutz vor Gefahren und Schäden gleichgesetzt, die durch den Verteidigungsfall drohen könnten. Eine solche Sichtweise war schon immer zu eng, wie das jüngste Beispiel der Gasexplosion in Waluf zeigt. Spätestens seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl, dem Chemieunfall bei Basel und dem Tanklastwagenunfall bei Herborn ist es deutlich geworden: Die willkürliche Beschränkung der Aufklärung und Ausbildung auf den Schutz und die Abwehr von Gefahren im V-Fall wird den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht gerecht. Diese Ereignisse haben gezeigt, daß von ihren Auswirkungen her gesehen eine Unterscheidung zwischen den Gefahren und Schäden in Friedens- und V-Fall-Zeiten unnatürlich ist. Es ergibt sich die Notwendigkeit, die Bevölkerung generell über Gefahren aufzuklären und über Schutzmaßnahmen hiergegen zu unterrichten. Folgerichtig wurde daher begonnen, die Aufklärung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz so zu gestalten, daß

das Gewicht mehr auf die Abwehr und Bewältigung möglicher Katastrophen und Gefahren und weniger auf die auslösenden Ursachen gelegt wurde.

Der Selbstschutz hat hier im übrigen eine Entwicklung durchgemacht, wie sie für den gesamten Bereich des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnend ist. Die Abkehr von der einseitigen Fixierung auf Gefahren in V-Fall-Zeiten und die Hinwendung zu einem jederzeitigen Bevölkerungsschutz ist das Ergebnis dieses Prozesses. Dieser jederzeitige Bevölkerungsschutz wird entsprechend dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes aus dem Jahre 1968 übrigens als ein einheitliches, sich gegenseitig ergänzendes Hilfeleistungssystem bei Katastrophen und Unglücksfällen jeder Art und jeden Ursprungs verstanden.

Drei Schwerpunkte

Auf dieser Aufgabenerweiterung basierend hat dann letztendlich die Prüfungsmittelteilung des Bundesrechnungshofes im September 1987 bei den Mitgliedern des BVS eine erhebliche Verunsicherung ausgelöst. Im wesentlichen sind drei Schwerpunkte zu nennen, die der Bundesrechnungshof mit kritischen Bemerkungen versehen hat. Das sind:

- 1 Er äußert erhebliche Zweifel, ob im Verteidigungsfall ein funktionierender Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten gewährleistet werden kann.
- 2 Der Bundesrechnungshof schlägt vor, die dem BVS zugewiesenen Aufgaben der Ausbildung und Aufklärung im Selbstschutz den im Katastrophenschutz mitwirkenden privaten und öffentlichen Organisationen, insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen zu übertragen.
- 3 Des weiteren werden die Art und Weise der Aufgabenerfüllung und die Organisation des BVS selbst in einzelnen Punkten einer Kritik unterzogen.

Selbstverständlich ist, daß notwendige Verbesserungen in der Aufgabenerfüllung für die Zukunft im einzelnen vorgenommen werden. Dieses hat auch das Bundesinnenministerium in seiner Stellungnahme zugesagt. Dabei ist ohne Zweifel eine sachgerechte

Verbesserung des Selbstschutzes in Wohn- und Arbeitsstätten anzustreben. Ein wichtiges Ziel wird sein, das Verständnis der Bürger für eigene Selbstschutzmaßnahmen und die Bereitschaft zur Mitarbeit im Selbstschutz zu fördern.

Insgesamt hat sich jedoch herausgestellt, daß die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz in ihrer Substanz nicht tangiert ist. Von einer Aufgabenverlagerung auf andere Organisationen oder das Bundesamt für Zivilschutz ist in der Diskussion keine Rede mehr. Der Bund und die beteiligten Länder – auch Hessen – haben gegen einen solchen Ansatz eindeutig Stellung bezogen. Eine solche Aufgabenverlagerung wäre nicht die richtige Lösung. Außerdem wäre auch bei anderen Organisationen die Forderung nach personeller, sachlicher und finanzieller Unterstützung gegeben. Somit wären die vom Bundesrechnungshof angesprochenen Fragen lediglich auf eine andere Organisation verlagert.

Verbesserung der Rahmenbedingungen

Schließlich würde eine solche Lösung nach meiner Überzeugung auch nicht zu einer besseren Akzeptanz in der Bevölkerung hinsichtlich der Selbstschutzaufgaben beitragen. Als einzige Lösungsmöglichkeit sehe ich hier eine Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Wir haben heute eine Zeit der Entspannung wie noch nie seit Ende des letzten Krieges. Trotzdem kann es kein Politiker verantworten zu behaupten, daß wir vor einem militärischen Konflikt ganz sicher seien. Von einer kontrollierten Abrüstung, die einen Angriff der UdSSR unmöglich macht, sind wir noch weit entfernt. Die Schritte der letzten zwei Jahre sind hoffnungsvoll, aber erst ein Anfang. Unabhängig vom Verteidigungsfall bleiben kleinere und größere Katastrophen und Naturereignisse.

Das schreckliche Erdbeben in Armenien hat uns in den letzten Tagen gerade vor Augen geführt, wie wichtig die Vorsorge des Staates und der Bürger für solche Katastrophenfälle sind. Ich bin überzeugt, daß unsere Vorsorge weitaus besser ist wie das, was wir z. Z. in der Sowjetunion erle-

ben. Das Leben vieler Menschen hängt davon ab.

Daher begrüße ich es, daß es in unserer Gesellschaft noch eine so große Zahl von ehrenamtlichen Helfern gibt, die sich uneigennützig für die Dienste in Krisen zur Verfügung stellen. Unser System der Rettung in Unglücks-, Not- und Katastrophenfällen ist ohne das Merkmal und freiwillige Engage-

ment von Tausenden von Helfern nicht vorstellbar. Allen hier anwesenden ehrenamtlichen Helfern darf ich daher meinen besonderen Dank der Landesregierung aussprechen.“

Hohe Auszeichnung

Im weiteren Verlauf seiner Rede hob auch der Staatssekretär

die über 36jährige ehren- und hauptamtliche Tätigkeit Straubes hervor. Er habe sich aus innerer Überzeugung für die Verbreitung des Selbstschutzgedankens und den Schutz der Bevölkerung eingesetzt. Unter Straubes Leitung in Hessen habe der BVS große Erfolge in der Öffentlichkeitsarbeit, bei der Unterstützung der Gemeinden, Behörden und Be-

triebe und bei der Ausbildung im Selbstschutz erzielen können.

Als Dank für seinen Einsatz und seine vielfältigen Verdienste um das allgemeine Wohl händigte Staatssekretär Stanitzek Gerhard Straube zum Schluß das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus.

Zwischen Nord- und Ostsee

Neumünster

In Begleitung der dänischen Ministerin für Wohnungsbau und Bauwesen, Agnete Laustsen, besuchte der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Oskar Schneider, den Messestand des BVS im Rahmen der Eröffnung der „NORD-BAU 88“. Dr. Schneider zeigte sich beeindruckt von der neukonzipierten Präsentation zum Thema „Schutzraumbau“. Im Gespräch mit den BVS-Mitarbeitern und den Vertretern der Stadt Neumünster betonte er die Notwendigkeit, gerade in der heutigen Zeit den Gedanken des Schutzraumbaus zu fördern.

Berichte aus Hamburg

Hamburg

Im letzten Quartal 1988 wurden bei Arbeitsgemeinschaften in den Räumen der BVS-Dienststelle Hamburg-Süd drei ehrenamtliche Helfer für langjährige Mitarbeit geehrt. Die Dankurkunden für 25jährige ehrenamtliche Tätigkeit erhielten Werner Schütze und

Willy Riege. Für 10jährige ehrenamtliche Tätigkeit im BVS wurde Andreas Richter die Urkunde überreicht. Dienststellenleiter Michael Krüger bedankte sich für die über den langen Zeitraum geleistete Arbeit.

Nachrichten aus Bremen

Bremen

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) wurde vor 75 Jahren gegründet. Aus diesem Grunde fand jetzt in der Bremer DLRG-Landesgeschäftsstelle ein Jubiläumsempfang statt.

Der Bremer BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer wies in seiner Rede zum Jubiläum auf die enge und gute Zusammenarbeit zwischen DLRG und BVS hin, die seit vielen Jahren in Bremen besteht. „Von diesem Zusammenwirken können die Bevölkerung, aber auch beide Organisationen nur profitieren“, sagte Singer und erinnerte an gemeinsame Veranstaltungen wie Selbstschutzwochen und Sicherheitswettbewerbe. Singer wies auch auf das große ausschließlich ehrenamtliche Engagement der DLRG-Helferinnen und -Helfer hin: „Diese freiwillige Arbeit kann überhaupt



Bei der Ehrung im Bremen (v.l.n.r.): BVS-Fachbearbeiter Georg Jakubeit, Ref.-L. Hermann Schmädke, Erich Koggenhop, BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer, Abt.-L. Gerhard Mahler. (Foto: Brackland)

nicht hoch genug eingeschätzt werden.“ Und: „Ohne die DLRG könnte der Betrieb an den bremischen Badeseen gar nicht so reibungslos organisiert werden.“

Im Anschluß überreichte Singer dem Präsidenten des Bremer DLRG-Landesverbandes, Ulrich Hickstein, die BVS-Medaille.

Brand- und Katastrophenschutz ca. 1500 Helfer bei 25 Post- und Fernmeldeämtern zur Verfügung. Erich Koggenhop hat sich in diesem Bezirk in besonderem Maße für die Idee des Zivilschutzes eingesetzt und sich weit über den dienstlichen Rahmen hinaus Verdienste erworben.

Postamtsrat Erich Koggenhop, Bezirksbeamter für den Brand- und Katastrophenschutz bei der Oberpostdirektion Bremen, wurde die BVS-Ehrendnadel verliehen. Die Auszeichnung überreichte – zusammen mit einer Medaille der BVS-Landesstelle Bremen – Landesstellenleiter Diethelm Singer im Rahmen einer kleinen Feiertunde im Hause der Oberpostdirektion.

Im Bereich der Oberpostdirektion Bremen stehen für den

Anläßlich eines Sicherheitswettbewerbs hatte die BVS-Dienststelle Bremen Kontakte zur Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle geknüpft. Dabei konnten die Beamten der Kriminalpolizei die Arbeit des BVS kennenlernen. Umgekehrt erhielten nun die Mitarbeiter des Bremer BVS einen Einblick in die Tätigkeit der Beratungsstelle.

Unfälle in Küche und Badezimmer, wie z. B. der durchgebrannte Tauchsieder, der zum Brand



BVS-Landesstellenleiter Singer (links) zeichnet Ulrich Hickstein mit der BVS-Medaille aus. (Foto: Mau)



Ein Mitarbeiter der Beratungsstelle gibt den Besuchern vom BVS Hinweise zu Sicherheitsfragen. (Foto: Singer)

führte, oder der ins Badewasser gefallene Föhn, der zum Tode des Benutzers führte, beschäftigten nicht nur Rettungsdienst und Krankenhaus. Diese Fälle werden auch von der Polizei bearbeitet. Exponate zu Unfällen, aber auch zu Verbrechen werden von der Beratungsstelle in einem „Kriminalmuseum“ zusammengetragen, das die BVS-Bediensteten ebenfalls besuchen konnten.

Quer durch Niedersachsen

Cuxhaven

Aus Anlaß der letzten Arbeitsgemeinschaft des Jahres 1988 konnte der Leiter der BVS-Dienststelle Cuxhaven, Klaus Gissel, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seines Dienstbereiches in der Hinrich-Wilhelm-Kopf-Kaserne in Cuxhaven-Altenwalde begrüßen. Neben der Facharbeit galt es, neue Mitarbeiter in den Helferkreis aufzunehmen und an zwei verdiente ehrenamtliche Helfer die vom Präsidenten des BVS verliehene Ehrennadel mit Urkunde zu überreichen.

Die so Ausgezeichneten sind der Fachlehrer und Helfervertreter der Dienststelle, Hubertus Weinert, und der Fachlehrer und stellvertretende Helfervertreter der Dienststelle, Horst Mattern. Die versammelten Helferinnen und Helfer quittierten die Auszeichnung mit Beifall.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Körtlinghausen

Der Stadtdirektor von Hallenberg, Winfried Becker, wurde bei einer Informationstagung in der BVS-Schule Schloß Körtlinghausen mit der BVS-Ehrennadel ausgezeichnet. Der Leiter der BVS-Schule, Hermann Klesper, würdigte in einer kleinen Feierstunde die Verdienste des Stadtdirektors, die er sich im Laufe der vergangenen 25 Jahre als Multiplikator und Verantwortlicher für den Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten erworben hat.

Die Stadt Hallenberg, so stellte Klesper fest, habe die Aufgaben des Selbstschutzes mehr als nur den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend wahrgenommen. Sie sei ein zuverlässiger Partner der BVS-Dienststelle Arnsberg.

Stadtdirektor Becker seinerseits dankte dem BVS für sein Engagement und sicherte ihm auch weiterhin Unterstützung zu.

Münster

Im Friedenssaal des Rathauses der Stadt Münster zeichnete Oberbürgermeister Dr. Jörg Twenhöven den langjährigen Mitarbeiter des BVS, Hans Faber,



Oberbürgermeister Twenhöven (links) gratuliert Hans Faber zu der hohen Auszeichnung. (Foto: Hänseid)

Recklinghausen

Mit der Ausstellung „Sicherer leben“ informierte die BVS-Dienststelle Recklinghausen die Mitarbeiter der Kreisverwaltung darüber, wie Selbstschutz praktiziert wird.



Bei der Eröffnung der Ausstellung (v.l.n.r.): Amtsleiter Niehues (Zivil- und Feuerschutz), Kreisdirektor Bolz, Landrat Paulikat, BVS-Dienststellenleiter Bienbeck und Fachbearbeiter Mecuhs. (Foto: Bialek)

mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande aus. Das Stadtoberhaupt würdigte die Verdienste Fabers, der sich bereits im Jahre 1959 dem damaligen Bundesluftschutzverband als ehrenamtlicher Mitarbeiter zur Verfügung gestellt hatte.

1963 wurde Faber Fachbearbeiter bei der BVS-Dienststelle Münster. Nach Vollendung seines 60. Lebensjahres schied er als hauptamtlicher BVS-Mitarbeiter aus.

Doch auch heute noch steht er der Dienststelle als Kreisbeauftragter für Warendorf zur Verfügung. Die Kontakte zwischen dem BVS und den dortigen Verwaltungen zu pflegen, gehört zu seinen besonderen Anliegen.

vorangehen und so dem Bürger ein Vorbild sein.

Neben der Ausstellung, die die Mitarbeiter und Besucher der Kreisverwaltung auf den Selbstschutz aufmerksam machen soll, sind Informationsveranstaltungen, Grundlehrgänge und Fortbildungen geplant.

Oberhausen

Die Selbstschutzberater der Stadt Oberhausen und die ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle trafen sich mit Vertretern von THW und Feuerwehr zu einem Informationsaustausch.

Neben einer Einführung in die Aufgaben wurde über die taktische Gliederung der Katastrophenschutzzüge sowie die Geräte- und Fahrzeugausstattung gesprochen. Die Veranstaltung endete mit einer eingehenden Besichtigung des Fahrzeugparks.

Am Ende des Besuchs konnten die beiden Initiatoren, der Leiter des ZS-Amtes Günter Erker und BVS-Dienststellenleiter Werner Loechel, eine positive Bilanz ziehen. Es zeigte sich, daß durch diese Art der Ausbildung Wissen aufgefrischt werden kann und gleichzeitig eine Vielzahl von Hintergrundinformationen für die praktische Anwendung vermittelt wird.

Haltern

Zu einer ganztägigen Tagung trafen sich in Haltern die Selbstschuttsachbearbeiter der zum Kreis Recklinghausen gehörenden Städte. Ziel der Veranstaltung war es, eine intensivere und effektivere Zusammenarbeit zwischen den Städten des Kreises zu diskutieren und die dafür erforderlichen organisatorischen Grundlagen zu schaffen.

Im Namen der Stadt Haltern begrüßte der 1. Beigeordnete der Stadt, Josef Schmergal, die Teilnehmer. Er wies darauf hin, daß es Aufgabe der Kommunen sei, sich um den Selbstschutz zu kümmern. Dem BVS dankte er für die Durchführung dieser Veranstaltung, der er viel Erfolg wünschte. Im weiteren Verlauf der Tagung erläuterte BVS-Dienststellenleiter Franz Bienbeck den Aufbau des Zivil- und Selbstschut-



Die Selbstschuttsachbearbeiter der Städte des Kreises Recklinghausen trafen sich. (Foto: Lücke)

zes in der Bundesrepublik sowie im Kreis Recklinghausen. Bisherige Aktionen wurden analysiert und auf Anwendbarkeit in den Nachbarstädten hin überprüft.

Die Selbstschuttsachbearbeiter konnten viele Erfahrungen aus ihrer bisherigen Arbeit untereinander austauschen. Abschließend konnte ein positives Resümee gezogen werden. In regelmäßigen Abständen wird man sich wieder treffen, um die guten Erfahrungen dieser Tagung fortzuschreiben.

Olpe

Die Beteiligung der BVS-Dienststelle Olpe an regionalen Messen ist ein besonderer Höhepunkt in ihrer Öffentlichkeitsarbeit. So besuchten den BVS-Stand auf der „Siegerlandschau '88“ mehr als 2 000 Besucher. Davon informierten sich über 500 intensiv über die Möglichkeiten der Vorsorge und Eigenhilfe.

Zur erfolgreichen Bilanz gehört auch das Gespräch mit bekannten

Politikern aus Bund, Land und Kommune. So informierte sich der Landtagsabgeordnete Hans-Dieter Moritz über die Aktivitäten des BVS. Gleichzeitig sagte er der Dienststelle seine volle Unterstützung bei der Erfüllung ihres Auftrages zu.

Hessenspiegel

Friedberg

Im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft wurde Heinrich Fix für 25jährige ehrenamtliche Tätigkeit im BVS geehrt. Der Leiter der BVS-Dienststelle Friedberg, Aloys Wagner, würdigte in seiner Rede die Leistungen und den selbstlosen Einsatz von Heinrich Fix.

In seinen Ausführungen hob BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube besonders die Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft von Heinrich Fix hervor, die dieser in vielen Einsatzstunden bewiesen habe.



Landtagsabgeordneter Hans-Dieter Moritz (2. von links) läßt sich am Stand des BVS über die derzeitigen Aktivitäten berichten. (Foto: Philipp)

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Koblenz

Während der Ausstellung „Zivilschutz – mit dem Bürger, für den Bürger“ in der Kreisverwaltung Altenkirchen wurden durch die BVS-Dienststelle Koblenz zahlreiche Sonderaktionen durchgeführt.

Während der Ausstellungszeit wurde in der Volksbank Daaden

die Ausstellung „Bevölkerungsschutz“ gezeigt. Von Daaden aus ging die Ausstellung zur Zweigstelle nach Herdorf. In beiden Orten konnte eine positive Resonanz in der Bevölkerung festgestellt werden.

Während der Ausstellungszeit konnten elf Info-Veranstaltungen mit insgesamt 465 Teilnehmern durchgeführt werden. Von den Teilnehmern wurden die Informationen gerne angenommen und es entstanden zahlreiche neue Kontakte.



BVS-Dienststellenleiter Neuland (2.v.l.) eröffnet die Ausstellung in Daaden.



Die Ludwigsburger Fußgängerzone bot einen idealen Rahmen für die Ausstellung.

Südwest aktuell

Ludwigsburg

Eine Woche lang stand Ludwigsburg im Zeichen des Selbstschutzes. Unter dem Motto „Selbstschutz – eine Aufgabe für die Allgemeinheit“ hatten die Stadt und der BVS zu einer Reihe von Veranstaltungen eingeladen. In der stark frequentierten Fußgängerzone präsentierte der BVS

die Ausstellung „Zivilschutz – mit dem Bürger, für den Bürger“.

Erster Bürgermeister Hans Joachim Schäfer betonte bei der Eröffnung der Aktionswoche, zwar sei es Aufgabe des Staates, für Sicherheit zu sorgen, aber der Staat brauche hierbei den Bürger.

BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach lobte das „keineswegs übliche Engagement“ der Stadt Ludwigsburg und honorierte es durch die Übergabe der BVS-Medaille an Bürgermeister Schäfer, den zuständigen Dezernenten.

Stuttgart

BVS-Dienststellenleiter, Beauftragte und Fachbearbeiterinnen Frauenarbeit der Landesstellen Baden-Württemberg und Bayern trafen sich zu einer dreitägigen gemeinsamen Arbeitstagung in der BVS-Schule Geretsried.

Der erste Tag gehörte dem Thema „Öffentlichkeitsarbeit“. Im Unterricht wurden die für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehenden Mittel durchgearbeitet. Daneben wurden Wege zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Presse „vor Ort“ besprochen und das Verhalten in simulierten Interviews geübt.

Der zweite Tag stand zum einen unter dem Stichwort „Pressearbeit“, für die Dienststellenleiter standen die Themen „Verwaltung“ und „Ausbildung“ auf dem Arbeitsplan. Abgeschlossen wurde der Tag durch einen Besuch aller Teilnehmer beim Warnamt X.

Referate über Schutzraumbau, Ausbildung im Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten, eine Auswertung der Sonderaktion „Sicherer leben – auch im Urlaub 88“, ein Erfahrungsaustausch und eine Aussprache bildeten den Abschluß der Tagung für die männlichen Teilnehmer. Die Fachbear-

beiterinnen Frauenarbeit beendeten den Tag mit Referaten über die Frauenarbeit in der Dienststelle, über Mitwirkung bei Aktionen der Landesstelle und bei Info-Börsen sowie über die Vorbereitung von Veranstaltungen für Zielgruppen.

Bei der Abschlußbesprechung und Aussprache waren sich alle einig: Die gemeinsame Arbeitstagung war ein Erfolg.

Bayern heute

Traunstein

Die Übungslage für die Helfer des Katastrophenschutzes des Fernmeldeamtes Traunstein hieß „Schäden an Gebäuden durch starke Unwetter und Explosionen im Haus“. Geplant und geleitet wurde die Übung von Mitarbeitern der BVS-Dienststelle Rosenheim.

An der sehr wirklichkeitsnah angelegten Übung nahmen 25 Helfer teil. Die Sanitätsstaffel richtete eine Verletztenablage ein, wo die geborgenen „Verletzten“ fachgerecht versorgt wurden. Die Brandschutzstaffel mußte zwei Brände bekämpfen. Die Aufgabe der Bergungsstaffel war es, meh-



Das Ablassen eines „Verletzten“ mit dem Bergetuch war eine der Aufgaben der Übung. (Foto: Kapfersperger)

rere Verletzte mit dem Bergetuch, mit einem Leiterhebel oder einer Leiterrutsche zu bergen.

Nach Stunden harter Arbeit konnte die Übung erfolgreich beendet werden. Abschließend wurde festgestellt, daß die Helfer des Fernmeldeamtes Traunstein über einen sehr guten Ausbildungsstand verfügen.

Neunburg vorm Wald

Mit einem umfangreichen Programm ging die vom BVS und der Stadt veranstaltete Selbstschutzwoche in Neunburg vorm Wald zu Ende. Der letzte Teil der Aktion

war ein „Tag der offenen Tür des Katastrophenschutzes“ und ein Sicherheitswettbewerb.

Nach den Worten von Bürgermeister Sepp Manlik, der die Veranstaltung eröffnete, ist von großer Wichtigkeit, daß die Bevölkerung ein Grundwissen im Selbstschutz hat, damit sie sich im Falle einer Katastrophe richtig verhält. Um hier ein zweifellos vorhandenes Wissensdefizit zu mindern, sei in enger Zusammenarbeit mit dem BVS die Selbstschutzwoche durchgeführt worden.

Beim „Tag der offenen Tür des Katastrophenschutzes“ hatten die örtlichen Hilfsorganisationen die Gelegenheit, sich darzustellen.



Die Tagungsteilnehmer erhalten am Info-Stand interessante Instruktionen.

(Foto: Holdschuh)

Über Verkehrsfragen informieren der ADAC, die Verkehrswacht und die Polizei. Der Malteser-Hilfsdienst demonstrierte Herz-Lungen-Wiederbelebung. Mit einer Fahrzeugschau präsentierte sich das BRK. Daneben konnten sich die Besucher über die Ausrüstung des THW informieren. Ihren Fuhrpark stellte auch die Freiwillige Feuerwehr zur Schau.

Ein Schwerpunkt bildete an diesem Tag auch der Sicherheitswettbewerb. Diesen Wettbewerb veranstalteten der BVS und die Stadt Neunburg vorm Wald in Zusammenarbeit mit dem ADAC, der Verkehrswacht, dem Malteser-Hilfsdienst, dem BRK und der Freiwilligen Feuerwehr. Insgesamt füllten 40 Besucher die Fragebögen aus und unterzogen sich einer praktischen Prüfung. Die

besten Antworten wurden mit einer Urkunde, einer Medaille und einem Sachpreis belohnt.

Schwabach

Der BVS hat Schwabachs Oberbürgermeister Hartwig Reimann die BVS-Ehrennadel verliehen. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde im Dienstzimmer des Oberbürgermeisters hielt der Leiter der BVS-Dienststelle Nürnberg, Erhard Hosemann, die Laudatio. Anschließend nahm BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker die Ehrung vor.

Oberbürgermeister Hartwig Reimann bedankte sich für die Ehrung und versprach, sich auch weiterhin verstärkt für den Zivil- und Selbstschutz einzusetzen.



Landesstellenleiter Kopsieker (rechts) überreicht Oberbürgermeister Reimann die BVS-Ehrennadel, Mitte Dienststellenleiter Hosemann.

(Foto: Riechert)

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

Leiter/-in der BVS-Dienststelle Coesfeld

Verg.-Gr. IV a BAT – ab 1. 7. 1989 – Kennziffer: 01/89

Leiter/-in der BVS-Dienststelle Ludwigshafen

Verg.-Gr. IV a BAT – ab 1. 7. 1989 – Kennziffer: 02/89

Leiter/-in der BVS-Dienststelle Mainz

Verg.-Gr. IV a BAT – ab 1. 8. 1989 – Kennziffer: 03/89

Fachbearbeiter/-in der BVS-Dienststelle Düren

Verg.-Gr. V b BAT – ab sofort – Kennziffer: 04/89

Fachbearbeiter/-in der BVS-Dienststelle Offenburg

Verg.-Gr. V b BAT – ab 1. 3. 1989 – Kennziffer: 05/89

Fachbearbeiter/-in im Fachgebiet Ausbildung/Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz in Mainz

Verg.-Gr. V b BAT – ab 1. 9. 1989 – Kennziffer: 06/89

Sachbearbeiter/-in Verwaltung bei der BVS-Schule Birkenfeld

Verg.-Gr. V b BAT – ab 1. 8. 1989 – Kennziffer: 07/89

Zu Kennziffer 01/89 – 06/89: Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes – insbesondere des Selbstschutzes – verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Zu Kennziffer 07/89: Die Bewerber sollen über gute Verwaltungskennntnisse und -erfahrungen verfügen.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bei gleicher Eignung erhalten schwerbehinderte Bewerber den Vorzug.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind unter Angabe der entsprechenden Kennziffer bis zum 20. 2. 1989 zu richten an:

Bundesverband für den Selbstschutz

Bundeshauptstelle
Deutscherherrenstr. 93–95
5300 Bonn 2

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt. Bei ha Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

Das Erdbeben in Armenien

Im Wettlauf mit der Zeit

**THW-Schnelleinsatzeinheit Bergung-Ausland (SEEBA)
im Katastrophengebiet –
Bergungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig**

Am Mittwochmorgen, um 11.41 Uhr des 7. Dezembers 1988, erschüttert ein Erdbeben für Sekunden das nördliche Armenien; Sekunden, die dem ohnehin leidgeprüften armenischen Volk weitere Opfer abverlangten – Zehntausende. Spitak, eine Stadt mit normalerweise 30 000 Einwohnern – durch Flüchtlinge auf ca. 50 000 bis 60 000 Einwohner angewachsen – ist dem Erdboden gleichgemacht. Städte wie Leninakan, Stepanawan, Kirowakan sowie alle Dörfer in dieser Region sind zum größten Teil zerstört.

Am Abend des 9. Dezembers gegen 22.00 Uhr, wird die zum THW gehörende Schnell-Einsatz-Einheit-Bergung-Ausland (SEEBA) alarmiert. Die Teilmannschaft aus NRW – bestehend aus zwei Bergungsgruppen, einem Zugtrupp, einer Hundestaffel und der Einsatzleitung – ist vier Stunden später in Wuppertal einsatzbereit. Nach der Verlegung nach Frankfurt und der Zuführung der 3. Bergungsgruppe aus Hessen, des Verpflegungstrupps aus Rheinland-Pfalz und zwei weiterer Hundestaffeln, dabei fünf Hunde mit Hundeführern von der Feuerwehr, ist die Mannschaft komplett. Gegen 09.30 Uhr verläßt der Airbus A 310 mit der SEEBA und zwölf Tonnen Gerät Frankfurt/Main mit dem Ziel Eriwan.

Wir landen, bedingt durch die Zeitverschiebung, um 17.30 Uhr Ortszeit bei anbrechender Dunkelheit. Im Vergleich zu späteren Tagen ist der Flughafen noch leer; nur die Maschine einer schweizerischen Fluggesellschaft zeugt von der anlaufenden internationalen Hilfe. Die Passformalitäten sind einfach: Der Zollbeamte begnügt sich damit, die vorher eingesammelten Pässe auf einer Namensliste abzuhaken.

Eine Überraschung erwartet uns beim Entladen. Zahlreiche junge Armenier verstauen unsere Geräte und Kisten in kürzester Zeit auf die bereitstehenden vier LKW. Eine Mithilfe unsererseits gilt als Beleidigung, und zur Annahme der dargereichten Getränke sind sie zu stolz! Diese offene, hilfsbereite Art sollte uns noch später immer wieder in Erstaunen versetzen.

Die Fahrt in das Erdbebengebiet nach Spitak führt uns über hohe Pässe des hier 3–4000 m hohen Kaukasus. Der Winter hat Einzug gehalten; es ist bitterkalt. Glücklicherweise liegt kein Schnee. Nach zweieinhalb Stunden erreichen wir Spitak.

Spitak – eine Stadt?

Eine gespenstige Szenerie bietet sich uns. Dort, wo sich früher das Leben abspielte, erblicken wir ein Meer aus Hunderten von Lagerfeuern. Eine zentrale Energieversorgung gibt es nicht mehr, es existiert auch keine Lampe, die hätte leuchten können. An den Feuern sitzen reglos Menschen – erstarrt vor Schmerz, Leid und Hoffnungslosigkeit.

Jemand weist uns als Lagerplatz den Hof einer ehemaligen Aufzugfabrik zu. Langsam wird uns das Ausmaß der Katastrophe klar, als wir erfahren, daß die vor uns liegende Fabrik mindestens 400 Tote beherbergt. Parallel zum Lageraufbau beginnen wir sofort mit einer ersten Erkundung. Überall spüren die Hunde Menschen auf – leider nur Tote. Wir arbeiten die ganze Nacht. Es wird immer gewisser: die Suche nach Überlebenden gestaltet sich wie die Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Es ist zu spät für Rufe, niemand hat mehr die Kraft dazu.

Nur die Hunde und das Ortungsgerät könnten noch jemand finden. Unsere Ohren könnten letzte schwache Lebenszeichen der Verschütteten nicht mehr wahrnehmen – zu hoch sind die Trümmerberge.

Warum hat man uns erst so spät gerufen?

Der Sonntag ist kalt. Unsere fieberhafte Suche weitet sich auf das Stadtzentrum aus. Wo anfangen? Die Stadt besteht fast nur aus Totalzusammenbrüchen. Das Ende jeder „schulmäßigen Bergung“ ist hier der Anfang.

Die armenische Bevölkerung fragt uns nach unserer Herkunft: Ungläubiges Staunen zeigt sich auf ihren Gesichtern: „Ihr kommt aus Westdeutschland, um uns zu helfen“, rufen sie, „doch wo sind unsere Nachbarn?“ In ihren Mienen spiegelt sich die Hoffnung, jetzt wieder jemanden retten zu können. Sie arbeiten nur mit bloßen Händen, ohne Gerät – selbst ohne Hacke und Schaufel. Es ist schier unglaublich, mit welcher Kraft sie arbeiten, blutig und zerschunden. Und überall schlägt uns die Herzlichkeit entgegen, obwohl viele die gesamte Familie verloren haben. Sie sind auf sich allein gestellt, niemand hilft.

„Eure Helfer arbeiten und wühlen wie Tiere“, stellt ein sowjetischer Zeitungsreporter fest. Sie arbeiten derart, daß am Sonntagabend niemand mehr Tag und Datum weiß. Es ist bereits eine Ewigkeit. Und immer wieder flakert der Hoffnungsfunkel auf: Hat der Hund einen Lebenden entdeckt? Eine fieberhafte Suche beginnt. Die Einheimischen müssen von den Trümmern zurückgehalten werden. Immer tiefer dringen die Bergungsgruppen in die

Trümmer ein. Nach stundenlanger Schwerstarbeit kommt die Gewißheit: Nur noch Tote! Tote! Tote! Tränen der Enttäuschung, der Ohnmacht, des Mitgeföhls in den Augen der Helfer. Es ist zum Verzweifeln.

Und dann der Montagabend. Unsere Hundegruppe hat zusammen mit dem DRK eine Lebendortung! Und endlich waren wir schneller – zwei Kinder können gerettet werden.

Es gibt allen Auftrieb: jedoch sinken die Chancen von Tag zu Tag. Die Nächte sind kalt, so um die 15 Grad minus. Ein Überleben der Verschütteten ist kaum noch möglich. Aber unsere Arbeit gestaltet sich nicht nur deshalb immer schwieriger. Zusätzlich wird die Versorgung knapp. Es gibt noch keine richtige Organisation; dadurch arbeiten viele gegeneinander. Die LKW-Fahrer streiken. Sie verlassen ihre Fahrzeuge, als sie von der bevorstehenden Einebnung Spitaks erfahren. Es gibt keinen Einsatzstab für Spitak.

Resignation kommt auf

Der Wettlauf mit der Zeit macht uns ohnmächtig. Wie läßt sich die Hilfe effektiver gestalten?

Ermüdung und Resignation machen sich breit. Die Hunde haben wunde Pfoten; der Leichengeruch beeinträchtigt nicht nur sie. Tausende Hände wären jetzt nötig – jede mit Bergungsgerät ausgestattet. Aber nur wir, die ausländischen Helfer, haben dieses Gerät.

Sonntagnacht fallen unsere motorgetriebenen Geräte mangels Betriebsstoff aus. Aus zufällig vorbeifahrenden Fahrzeugen entnehmen wir die letzten Tropfen Benzin – zu wenig. Die Arbei-



Eindrucksvoll zeigt dieses Foto die Zerstörungen durch das Erdbeben.



In- und ausländische Helfer suchen in den Trümmern nach Verschütteten. (Fotos: Schäfer)

ten müssen eingestellt werden. Von überall werden Bagger, Planiermaschinen und Autokräne herbeigeschafft. Die Räumgeräte fahren über die Trümmer. Die Baggerführer wissen nicht, daß sie da-

durch evtl. verbliebenes Leben auslöschten. Sie davon abzuhalten, ist unmöglich.

Montagnacht verschärft sich die Lage: Das Militär erklärt Spitak zum Sperrgebiet. Von 21.00

Uhr bis 6.00 Uhr besteht Ausgangssperre. Dies gilt auch für uns. Ohnmacht paart sich mit Resignation. Plötzlich weicht die nächtliche Finsternis. Die Stadt ist hell erleuchtet! Die anderen Bergungsmannschaften mußten tagelang fast alle bei Dunkelheit ihre Arbeiten einstellen, da es ihnen an Licht fehlte. Auf einmal ist Licht da.

In unserem Lager findet aufgrund der besonders schwierigen Situation am Montagabend eine Besprechung unter Beteiligung der Partei, des Militärs und Vertretern der ausländischen Hilfsmannschaften statt. Unserem Einsatzleiter gelingt es, das Militär und die Partei zur Zusammenarbeit sowie zur Bildung eines Stabes unter Beteiligung der ausländischen Hilfskräfte zu bewegen. Bevor mit der Räumung bzw. Einebnung der Stadt fortgefahren wird, werden die Trümmer nochmals – diesmal systematisch nach Überlebenden durchsucht. Wegen einer evtl. Seuchengefahr gesteht man uns nur eine Frist bis Mittwochnachmittag zu.

Unsere Zeit in Spitak geht zu Ende. Die ersten Helfer verlassen die Stadt bereits Dienstagabend. Da das Ende der Suche und Bergung für Mittwochnachmittag offiziell bekannt gegeben wird, setzen wir unseren Abreisetermin für Mittwochnachmittag fest. Wir fahren in der Gewißheit, unter den gegebenen Umständen unser

Bestes getan zu haben. Dennoch hat jeder von uns das Gefühl, daß es hätte mehr sein können, wenn man uns gelassen hätte.

Wir verlassen Spitak und die liebenswerten Einwohner. Wir hinterlassen ihnen eine unsichere Zukunft. Alle fragen sich, ob Spitak wieder aufgebaut oder zu einem riesigen Friedhof planiert wird.

Eine Sondermaschine bringt uns nach Hause zurück – wir haben es noch! Der Kontrast zwischen den frierenden Armeniern und unserer heimeligen Vorweihnachtszeit ist erdrückend.

In der Einsatzstatistik steht: 174 Objekte abgesucht, an 53 Einsatzstellen intensive Bergungsarbeit durchgeführt. Zwei Menschen lebend geborgen, weitere geortet, die Totbergungen wurden nicht gezählt.

Es sind zwei Menschen von 14, die seit Samstag lebend geborgen werden konnten. Sie allein rechtfertigen alles. Darüber hinaus wissen wir, daß unsere Arbeit ein wichtiger Schritt in der Völkerverständigung ist.

Wir danken allen, die dies möglich gemacht haben. Hoffentlich wird es uns in Zukunft auch möglich sein, ohne solche schrecklichen Anlässe diesen Weg zu beschreiten!

Hermann Klein-Hitpaß/
Rainer Rüter

1. Helfertag des THW-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Bundespolitiker stehen hinter dem THW

Rund 3 000 THW-Helfer trafen sich in Gelsenkirchen – Partnerschaftliche Zusammenarbeit gefordert

THW-Landesbeauftragter Siegfried Drogies hatte bereits im Vorfeld des 1. Helfertages des THW-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen am 19. November 1988 das Motto ausgegeben: „Unsere Helfer sollen aus berufenem Munde hören, was wirklich Sache ist!“ Und so stand auf der Rednerliste der Vizepräsident der THW-Bundeshelfervereinigung, Johannes Gerster, der in seinem Amt als innenpolitischer Sprecher

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zugleich auch als Parlamentarier das Wort ergreifen wollte.

Umfangreiche Vorbereitungen

Der Gelsenkirchener THW-Ortsbeauftragte, Gerhard Frey, hatte mit seinen Helfern ein umfangreiches Pensum zu absolvieren, um den ersten THW-Helfertag in Nordrhein-Westfalen den gebührenden Rahmen zu geben.

Schließlich aber wehte an der Eissporthalle und auf dem umgebenden Gelände ein Meer von blauen Fahnen. Feldkochherde standen bereit, um die Gäste mit warmen Mahlzeiten zu versorgen, und noch der Nacht zuvor hatten die THW-Helfer bei strömendem Regen große Zelte aufgebaut.

Am Tag selbst trugen die 400 Einsatzfahrzeuge der über 3 000 angelegten THW-Helfer aus den

meisten Ortsverbänden von NRW zum eindrucksvollen Gesamtbild dieser Veranstaltung bei.

Der Gelsenkirchener Ortsverband hatte zudem eine Ausstellung organisiert, in der sich die THW-Helfer über Spezialausstattungen und -einheiten wie Kranwagen, Bergungsräumgeräte, schwere Notstromaggregate und die Arbeit der Tauchergruppe aus Düren informieren konnten. – Eine Gelegenheit, die auch viele

Gelsenkirchener Bürger zu einer Besichtigung nutzen.

Den musikalischen Rahmen des Helfertages übernahm das THW-Musikcorps Hallenberg-Hesborn, das bereits bei zahlreichen Großveranstaltungen des THW aufgetreten ist.

„Nicht übereinander, sondern miteinander reden“

THW-Landesbeauftragter Drogies brachte in seiner Eröffnungsansprache die Rede auf die Unruhe in der Helferschaft, für die er insbesondere die Äußerungen des Deutschen Feuerwehrverbandes, den bekanntgewordenen Entwurf zum Bericht des Bundesrechnungshofes und zuletzt das zur parlamentarischen Behandlung anstehende Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetz verantwortlich machte. Drogies drückte die Erwartung der hier stellvertretend für die gesamte THW-Helferschaft Versammelten aus, über die aktuellen Fragen konkret informiert zu werden.

Der Gelsenkirchener Oberbürgermeister, Werner Kuhlmann, stellte dann als oberster Repräsentant der Gastgeberstadt die Gesamtproblematik in den Mittelpunkt seiner Ansprache. Im Blickpunkt jeder Diskussion müsse nach Kuhlmanns Auffassung die Frage stehen, ob es denn die Aufgaben noch gäbe, für die die Bundesanstalt THW eingerichtet worden sei. „Wenn man zu dem Ergebnis kommt“, so der Oberbürgermeister, „daß diese Aufgaben weiterhin bestehen, so darf auch der Fortbestand des Technischen Hilfswerks nicht in Frage gestellt werden.“

Kuhlmann vertrat zudem die Auffassung, daß es nicht einer Bundesbehörde, wie dem Bundesrechnungshof, überlassen bleiben könne, über die Existenz des THW zu entscheiden. „Das ist Sache der Politik – und hier genießt das THW eine breite Unterstützung“, betonte er. Nach Kuhlmanns Worten seien Probleme zwischen dem Deutschen Feuerwehrverband und dem THW nur dann zu lösen, wenn man nicht übereinander, sondern miteinander spreche.

Kuhlmann: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!“ Er verwies dabei auf die beispielhafte, vorzügliche Zusammenarbeit zwi-

schen Feuerwehr und THW in Gelsenkirchen.

Partnerschaftlich zusammenarbeiten

Gerade mit dem Verhältnis zwischen beiden Organisationen befaßte sich auch der Direktor der Bundesanstalt THW, Gerd-Jürgen Henkel: „Wir haben nicht die Absicht, den Feuerwehren etwa das Wasser abzugraben... vielmehr liegt es im Interesse der Allgemeinheit, wenn nach dem Motto Kooperation statt Konfrontation verfahren wird.“ Henkel weiter: „Im Interesse der Sache und zum Wohle der Bürger unseres Landes müssen alle im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen partnerschaftlich zusammenarbeiten, um eine möglichst effiziente Hilfe leisten zu können.“

Den Gerüchten um eine Auflösung des THW trat Henkel entgegen, indem er darauf verwies, daß nun eine Mehrheit des Parlamentes die Existenz des THW gesetzlich absichern wolle. Henkel weiter: „Dies haben insbesondere die Koalitionsfraktionen betont, als sie vom Bundesinnenminister die Vorlage eines Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetzes forderten.“

Der THW-Direktor legte in seiner Ansprache eine Leistungsbilanz des THW vor. Diese Zahlen zu Ausrüstung und Ausstattung dokumentieren die hohe Einsatzbereitschaft des THW.

„Wenn es das THW nicht gäbe, müßte es erfunden werden.“

Von großem Gewicht waren die Worte des Bundestagsabgeordneten Johannes Gerster: „Wenn es das THW nicht gäbe, müßte das THW erfunden werden.“ Denn, so Gerster, auch in der Katastrophenvorsorge sei der Bund gefordert. Ebenso wie sein Vorredner erklärte der Parlamentarier, daß es nicht „Sache der Beamten im Bundesrechnungshof“ sei, über Sein und Nichtsein des THW zu befinden. Gerster bekräftigte, daß die politische Entscheidung über ein Engagement des Bundes im Zivil- und Katastrophenschutz allein Sache des Parlamentes sei.

Wörtlich meinte er: „Dies ist Angelegenheit des Deutschen

Bundestages – und der Deutsche Bundestag wird dafür sorgen, daß das THW bestehen bleibt!“

Johannes Gerster hob vor allem die hervorragende Qualität von Ausstattung und Ausbildung der THW-Helfer hervor, die nach seinen Worten bislang im Widerspruch zu einer nicht ausreichenden gesetzlichen Grundlage stehe. Dies solle nun mit der Verabschiedung eines neuen Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetzes anders werden.

Unter dem Beifall der Helfer erklärte Gerster, daß es für Feuerwehren und THW eine Fülle von Aufgaben gäbe, und fügte hinzu: „Wir sorgen dafür, daß Sie diese Aufgaben lösen können.“

Kameradschaftliches Miteinander vor Ort und im Einsatz

Dr. Jürgen Becker, THW-Landeshelfersprecher in Nordrhein-Westfalen, warf in seiner Ansprache den Forderungen des Bundesrechnungshofes Wirklichkeitsferne vor: „Eine solche Empfehlung hat nichts mehr mit der Realität zu tun. In bedenklicher Weise wird hier das Wesen und die Wertigkeit des THW herabgesetzt.“

Zudem wird vom Bundesrechnungshof ein Konkurrenzverhältnis konstruiert, das, wie Becker entschieden darstellte, in der Tat nicht bestehe: „In Wirklichkeit gibt es ein kameradschaftliches Miteinander vor Ort und im Einsatz, das sich nicht am Gruppenegoismus orientiert, sondern den Dienst am Nächsten in den Mittelpunkt stellt!“

Nach Abschluß der Veranstaltung kamen alle – ob Redner, Organisatoren oder die THW-Helfer aus den verschiedenen Ortsverbänden – zu dem Schluß, daß sich der Aufwand für diese Veranstaltung gelohnt habe. Und so wollte THW-Landesbeauftragter Drogies auch nicht ausschließen, daß es vielleicht schon bald einen „2. THW-Helfertag“ in Nordrhein-Westfalen geben wird.

Guido Selzner



THW-Landesbeauftragter Siegfried Drogies eröffnet den nordrhein-westfälischen Helfertag.



Ein Blick auf die Redner (von rechts): THW-Direktor Gerd-Jürgen Henkel; Oberbürgermeister Werner Kuhlmann, Gelsenkirchen; Johannes Gerster MdB, Vizepräsident der THW-Bundeshelfervereinigung; Dr. Jürgen Becker, THW-Landeshelfersprecher.



Viel Technik war aufgeboden. Die Bergungsräumgeräte des THW demonstrieren ihre Einsatzmöglichkeiten. (Fotos: Hilberath)



Großer Bahnhof für Zugführer Reimer Alpen

Hamburg-Bergedorf. Der THW-Bezirksverband Hamburg-Bergedorf verabschiedete den Zugführer des Instandsetzungszuges, Reimer Alpen, aus dem aktiven Dienst. Als Würdigung und Dank für seine langjährige Mitarbeit erhielt Alpen das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Alpen gab aus gesundheitlichen Gründen sein Amt an seinen bisherigen Stellvertreter, Andreas Kirsch, ab.

In seiner Laudatio führte Landesbeauftragter Günter Trautvetter aus: „Reimer Alpen hat in über 25 Jahren seiner Tätigkeit stets persönliche und berufliche Belange seinen Aufgaben im THW untergeordnet. Er hat den von ihm geführten Instandsetzungs-



Aus der Hand von THW-Landesbeauftragten Günter Trautvetter nimmt Reimer Alpen die Ehrung entgegen. (Foto: Prüfrock)

zug aufgebaut und Wege und Mittel gefunden, eine effektive und stete Einsatzbereitschaft zu garantieren. Sein besonderes Anliegen war die Zusammenarbeit mit den Hamburger Versorgungsunternehmen.“

Zur Verabschiedung waren über 200 Gäste in die Unterkunft des Bezirksverbandes gekommen, unter ihnen Bezirksbeauftragte und Zugführer der Hamburger THW-Bezirksverbände sowie Mitglieder anderer Organisationen des Katastrophenschutzes, Vertreter von Behörden, Feuerwehr, Polizei und Bundeswehr, aus der Kommunalpolitik und den Versorgungsunternehmen. S. P.



Information vor Ort: Die Marinesoldaten beim THW.

(Foto: Krüger)

Marinesoldaten besuchten THW

Hamburg. Zwanzig Offiziere und Unteroffiziere vom Zerstörer „Bayern“ besuchten kürzlich das THW Hamburg, um sich über die Aufgaben des THW im Katastrophenschutz zu informieren. Nach Kurzvorträgen des Landesbeauftragten und der Hauptsachgebietsleiter wurde in einem Film über die Aufgaben des THW Hamburg in der Deichverteidigung un-

terrichtet. Anschließend konnten sich die Marinesoldaten über die Fahrzeug- und Geräteausstattung des Bezirksverbandes Hamburg-Mitte bei einem Rundgang informieren.

In einem Gespräch mit ehren- und hauptamtlichen Führungskräften wurden viele Fragen über die Aufgaben des THW und des Katastrophenschutzes beantwortet.

Da der Zerstörer „Bayern“ noch bis April 1989 in Hamburg im Dock liegt, wurden noch weitere Kontakte vereinbart. A. K.

Albert-Schweitzer-Wettbewerb

Hamburg-Wandsbek. Nach acht Jahren wurde der „Albert-Schweitzer-Wettbewerb“ erstmalig von einer Jugendfeuerwehr, der JF Tonndorf, gewonnen. 1980 vom Jugendrotkreuz Walddörfer ins Leben gerufen, soll dieser Wettkampf dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen den Jugendgruppen der Hilfsorganisationen im Bereich Wandsbek zu verbessern. Ausrichter war die THW-Jugend Hamburg-Wandsbek, die materiell und personell vom „Zwobel e.V.“ (Verein zur Förderung verbandsorientierter Jugendgruppen) unterstützt wurde.

Traditionell gliedert sich der Wettkampf in einen „spielerischen“, einen „Erste Hilfe“ und einen „musischen Teil“. Im spielerischen Teil waren zehn recht knifflige Aufgaben zu bewältigen. Danach waren zwei „Verletzte“ zu versorgen. Um speziell dem THW und der Feuerwehr den für sie ungewohnten musischen Teil zu erleichtern, hatte man eine besondere Aufgabe erdacht; die Jugendlichen sollten darstellen, wie sich die anderen Jugendgruppen vorstellen.

In der Summe der Wertungen hatte dann die Jugendfeuerwehr Tonndorf die Nase vorn. Sie wird somit in zwei Jahren der Ausrichter des Wettbewerbs sein.

Auch der kameradschaftliche Teil kam nicht zu kurz; gemeinsames Frühstück, Mittagessen und abschließendes Grillen ließen genügend Zeit für die Kontaktpflege. Werner Hinrichs, Bezirksbeauftragter des THW Hamburg-Wandsbek, dankte den Jugendlichen dann auch für ihr positives Beispiel organisationsübergreifender Zusammenarbeit. R. R.



Die Teilnehmer des Seminars im Warnamt I.

(Foto: Krüger)

Nachruf

Am 4. November 1988 verstarb im Alter von 86 Jahren

August Heuer

Der Verstorbene gehörte dem THW seit der Gründung des Landesverbandes Hamburg im Jahre 1952 an. Er war ein Mann der ersten Stunde; der Aufbau des Bezirksverbandes Hamburg-Harburg war sein Lebenswerk. Seinen Rat haben wir bis zum Schluß stets gesucht.

Wir haben in ihm einen vorbildlichen Kameraden verloren.

Bundesanstalt
Technisches Hilfswerk
Der Bezirksbeauftragte
für Hamburg-Harburg

THW-Führungskräfte-seminar im Warnamt I

Hamburg. Jedes Jahr führt der THW-Landesverband Hamburg mit seinen Führungskräften ein Seminar durch, um die Probleme des ablaufenden Jahres zu behandeln und Perspektiven für das neue Jahr anzusprechen. In diesem Jahr fand dieses Seminar mit den Bezirksbeauftragten und Einheitsführern wieder einmal im Warnamt I statt.

Unter anderem wurden folgende Themen in zum Teil getrennten Arbeitsgruppen diskutiert:

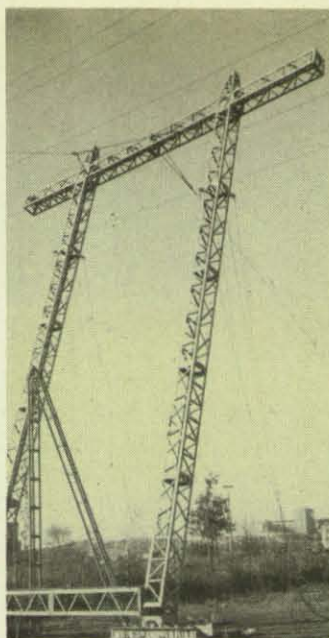
- BB-Dienstbesprechung mit Schwerpunkt zentrale Grundausbildung.
- Erstellung eines Konzeptes für die Unterführer-Weiterbildung.

Besonderes Interesse fanden zwei nicht THW-spezifische Themen bei den Seminarteilnehmern. So wurde das Verschüttensuchgerät in einer sehr anschaulichen Demonstration vorgestellt. Die THW-SEEBA ist mit diesem Gerät bereits ausgerüstet, und die ehrenamtlichen Führungskräfte forderten, daß zumindest jeder Landesverband mit einem solchen Gerät ausgestattet werden sollte.

Weiterhin fand die Führung des Warnamtsleiters, Skau, durch das Herz des Warnamtes großes Interesse. Besonders das neue Strahlenmeßnetz und das damit verbundene Warnsystem über radioaktiven Niederschlag löste angeregte Diskussionen aus. A. K.

Ausbildung abgeschlossen

Hamburg. In Zusammenarbeit und unter fachlicher Anleitung von Mitarbeitern der Hamburger Elektrizitäts-Werke wurde die Montageausbildung von Strommasten im Freileitungsbau für die E-Gruppen der letzten drei Hamburger Bezirksverbände abgeschlossen. Nun sind alle E-Gruppen des THW Hamburg in



Der Freileitungsmast ist fast aufgerichtet. (Foto: Krüger)

der Montage dieser Freileitungsmasten ausgebildet.

Eingesetzt werden diese Masten bei Ausfall von längeren Strecken von Überlandleitungen, und es hat sich gezeigt, daß dieses eine weitere sinnvolle Aufgabe für den Instandsetzungsdienst ist. 1989 soll die Montage eines solchen Mastes erstmalig im Beiprogramm des Bundeswettkampfes in Mannheim gezeigt werden.

A. K.

Nachruf

Am 21. November 1988 verstarb im Alter von 81 Jahren

Kurt Bufe

Der Verstorbene war ein Mann der ersten Stunde; ob als hauptamtlicher Geschäftsführer oder als ehrenamtlicher Helfer im Bezirksverband Hamburg-Altona, unser Kamerad Bufe war unermüdlich für alle Hamburger Bezirksverbände tätig. Herzlichkeit und Verständnis für seine „Jungs“, Offenheit und Pflichterfüllung haben wir an ihm schätzen gelernt. Wir trauern um einen treuen und aufrechten Kameraden.

Bundesanstalt
Technisches Hilfswerk
Der Bezirksbeauftragte
für Hamburg-Altona

Niedersachsen



THW-Team über Weihnachten und Neujahr in Armenien

Leninakan/Hannover.

Fernab von der Heimat und getrennt von ihren Angehörigen verlebten die 45 Helfer des dritten Einsatzteams – davon 33 aus Niedersachsen – das diesjährige Weihnachts- und Neujahrsfest im armenischen Erdbebengebiet.

Unter der Leitung von Hauptsachgebietsleiter Ausbildung, Ralph Dunger, Hannover, waren sie seit dem 21. und 22. Dezember 1988 in der zweitgrößten Stadt des Landes, in Leninakan, an mehreren Stellen mit sechs Radladern Typ ZL 1801 im Einsatz. Die 24 Helfer der drei Bergungsräumergategruppen wurden un-

terstützt von der Führungsgruppe, dem Verpflegungstrupp, dem Materialerhaltungstrupp sowie zwei Helfern an der Trinkwasser-Aufbereitungsanlage. Drei Kameraden hielten im Leitungszentrum in der Landeshauptstadt Eriwan den Kontakt zu ihren Kameraden vor Ort aufrecht. Hervorragend eingegliedert in das THW-Team hatten sich außerdem ein Arzt vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Köln und ein Mitarbeiter der Firma Zettelmeyer.

In einer beispiellosen Alarmierungsaktion, beginnend am Abend des 20. Dezember 1988, waren die Helfer auf ihren Einsatz vorbereitet worden, um nun rund 24 bzw. 48 Stunden später in zwei Wellen mit Maschinen der Bundesluftwaffe von Köln-Wahn aus in die Sowjetunion zu fliegen.

Für die nächsten Angehörigen, vor allem für die Frauen und Kinder, kam die „Freigabe“ so kurz vor den Feiertagen oft nur sehr schweren Herzens, und bei manchem Helfer hing nach eigenem Bekunden anschließend der Hausseggen schief. Problemlos war da schon die Freistellung durch die Arbeitgeber zu erreichen, die zumeist spontan ihre Zustimmung erteilten.

Und während in Norddeutschland nach eisigem Dezemberbeginn wieder einmal „grüne Weihnachten“ gefeiert wurde, waren die 45 Helfer den Unbilden des armenischen Winters mit nächtlichen Minusgraden bis zu 20 Grad ausgesetzt. Zudem blieb die Erde unruhig, mehrere Nachbeben erschütterten das Katastrophengebiet. In den aus diesem Grunde bezogenen und beheizten Zeltunterkünften wurde ein improvisiertes Weihnachtsfest gefeiert; Tannenbäume hatte man vorsorglich aus Deutschland mitgebracht. Das Fernsehen strahlte dies in kurzen Bildern übrigens bundesweit aus.

In der Heimat waren nicht nur die Familienangehörigen, sondern auch die Mitarbeiter des Landesverbandes und die Ortsverbandskameraden in Gedanken und mit dem Herzen bei den Männern in Leninakan, denen Landesbeauftragter Eckhard Leiser das nachfolgende Fernschreiben sandte:

„Liebe Kameraden im armenischen Erdbebengebiet, zum bevorstehenden Weihnachts- und

Neujahrsfest senden wir Euch herzliche Grüße und hoffen, daß Ihr trotz Eures harten Einsatzes am Heiligen Abend einige Stunden der Besinnung und des kameradschaftlichen Beisammenseins erleben könnt.

Während wir uns in der Heimat auf grüne Weihnachten einrichten, sind unsere Gedanken bei Euch, die Ihr im Umfeld der schrecklichen Erdbebenkatastrophe und großen Elend den Unbilden des armenischen Winters ausgesetzt seid.

Der Dank der betroffenen Bevölkerung, den Ihr sicherlich erfahrt, wird Euch in diesen Tagen über vielerlei Entbehrungen hinweghelfen.

Wir jedenfalls sind sehr stolz auf Euch, und die Anteilnahme an Eurer Arbeit ist durch Fernseh- und Rundfunkberichte sowie zahlreiche Zeitungsartikel auch bei der Bevölkerung vorhanden.

In der Hoffnung auf ein gesundes Wiedersehen im Neuen Jahr und einem herzlichen Geburtstagsglückwunsch an den Kameraden Eisner grüßt Sie im Namen der Kollegen aus den Landesverbänden I, II und X Ihr E. Leiser.“

R. B.

Hessen



Ausbildung am Wochenende

Pfungstadt. Zu einer Wochenend-Ausbildungsveranstaltung fuhren der 1. Bergungszug Darmstadt-Dieburg, eine Rettungshundegruppe, der Verpflegungs- und der Materialerhaltungstrupp des THW-OV Pfungstadt nach Hirschhagen. Bereits am Mittwoch begaben sich 20 Helfer unter der Führung des Ortsbeauftragten Franz Geißler nach Empfershausen und bauten ein Zeltlager auf. Am Abend trafen drei Gäste aus Wien von der Österreichischen Rettungshundebrigade mit zwei Rettungshunden ein.

Auf einem großen Waldareal befinden sich in Hirschhagen mehrere gesprengte Stahlbetonbauten. Für den Bergungsdienst ideal: Sämtliche Schadensformen, wie sie bei zerstörten und

teilerstörten Häusern vorkommen können, lassen sich dort auffinden.

Die Bergungshelfer suchten Übungsobjekte aus und markierten Aufgaben mit Absperrband. Die Rettungshundeführer übten mit ihren Hunden in einem anderen Bereich des Geländes. Nachmittags traf eine Sanitätsgruppe des 2. Sanitätszugs Darmstadt der Johanniter-Unfall-Hilfe mit zwei Fahrzeugen ein, um ebenfalls an der Übung teilzunehmen.

Die Helfer des Vorauskommandos waren als Übungsleitung oder als Verletztendarsteller eingesetzt. Somit mußten sich die Helfer des Bergungszuges in einem ihnen gänzlich unbekanntem Gebiet orientieren.

Nach den von der Einsatzleitung eingespielten Aufträgen galt es, verträmmertes und schwer begehbares Gebiet zu erkunden und Beleuchtung zu stellen. Die Ortung der „Verletzten“ übernahm die Rettungshundegruppe. Danach war es Aufgabe der Bergungskräfte, die „Verletzten“ zu bergen und zur Verletztenablage zu transportieren.

Samstag 9.00 Uhr: Wecken, Frühstück - danach wieder ins Ausbildungsgelände in Hirschhagen. Nun stand Gruppenausbildung auf dem Programm: Bergen aus Tiefen, Bewegen schwerer Lasten mit Hydropressen, Greifzug, Abstützen und Aussteifen.

Gegen 16.00 Uhr wurde das eingesetzte Material wieder auf den Fahrzeugen verlastet und der motorisierte Rückmarsch ins Zeltlager angetreten. Nach dem Kaffeetrinken und einer Runde im Schwimmbad stand „Manöverkritik“ auf dem Zeitplan. Alle hatten etwas lernen können, auch voneinander.

Für die österreichischen Gäste waren der interessante Übungsablauf und die kameradschaftliche Aufnahme durch die THW-Helfer Erinnerungen, die sie gerne mit nach Hause nahmen. P. H.

Übung macht den Meister

Darmstadt. Getreu diesem Motto veranstalten die einzelnen Züge des THW-OV Darmstadt in unregelmäßigen Abständen Tagesübungen. Im Vordergrund

steht dabei meist die Überprüfung des Ausbildungsstandes der Helfer. Darüber hinaus bieten diese regelmäßigen Übungen Gelegenheit, mit den einzelnen Gruppen ohne Unterbrechung zeitaufwendige Bauten zu realisieren. Beim THW Darmstadt hat man den Wert dieser Tagesübungen kennen und schätzen gelernt.

An einem Sonntagmorgen war es wieder einmal soweit. Rund 100 THW-Helfer trafen in der Unterkunft ein. Anschließend fuhren die einzelnen Züge zu ihren Ausbildungsorten.

Der Instandsetzungszug machte sich mit seinen drei Gruppen (Elektro-, Gas/Wasser- und Abwasser/Ölgruppe) auf den Weg zum Übungsgelände in Arheilgen.

Die Helfer der E-Gruppe hatten sich für diesen Tag einiges vorgenommen: Gruppenführer Flügger legte mit seinen Männern letzte Hand an einen A-Portal-mast, den man schon am Samstag in mühevoller Arbeit zusammengebaut hatte. Der zwölf Meter hohe Mast mit einem Traversenausleger kann für das Spannen von Freileitungen verwendet werden. Allein mit ihrer Muskelkraft

konnten die zehn THW-Helfer die tonnenschwere Holzkonstruktion jedoch nicht bewegen. Der THW-OV Bensheim griff bei dieser Übung den Darmstädtern im wahrsten Sinne des Wortes unter die Arme: Mit Hilfe eines Radladers wurde der Strommast zunächst angehoben und dann mit der Seilwinde eines GKW hochgezogen. Nach gut dreistündiger Arbeit war der A-Portal-mast 2,5 m tief im Erdboden verankert.

Im Gegensatz zu der E-Gruppe, die sich in „höheren Regionen“ bewegte, machte sich die AÖ- und GW-Gruppe im Erdreich zu schaffen: Die THW-Helfer hoben einen Rohrverbaugraben für Trinkwasser- und Abwasserrohre aus. Zudem mußten die Männer um Gruppenführer Simon die Grabenwände mit Holzbohlen verbauen.

Am Boden blieb auch der Fernmeldezug des THW-OV Darmstadt, der zur gleichen Zeit eine Übung in Messel durchführte. Vom DRK-Heim (Ortsmitte Messel) verlegten die Helfer eine gut 2,5 Kilometer lange Telefonverbindung zur Einsatzleitung am Ortsausgang.

An verschiedenen Stellen dieser Strecke hatte das DRK „Ver-

letzte“ plazierte, die von den THW-Helfern versorgt werden mußten. Zugführer Michael Schäfer vom THW-OV Darmstadt, der mit dem DRK schon mehrere Übungen gemeinsam durchgeführt hat, konnte sich somit bei dieser Übung auch von der Qualität der Ersten-Hilfe-Ausbildung seiner Helfer überzeugen.

Deckendurchbrüche und Steggebäude standen für die Helfer des 3. Bergungszuges unter der Leitung von Zugführer Peter Wolff auf dem Ausbildungsplan. Ein ehemaliges Fabrikgelände in Roßdorf diente als Übungsobjekt.

Im Einsatz war an diesem Sonntag auch der 2. Bergungszug. Am Vormittag wurden die Helfer über ABC-Schutzmaßnahmen informiert, am Nachmittag theoretisches Wissen in die Praxis umgesetzt. H. G.

Übung zu Lande und zu Wasser

Steinau. Emsig gearbeitet wurde bei einer Übung des THW-OV Steinau, an der sowohl der Fernmeldezug, der Bergungszug, der Verpflegstrupp und die Fernmeldezentrale HVB beteiligt waren. Um sich von dem Ausbildungsstand der Einheiten einen Eindruck zu verschaffen, war der zuständige Dezernent beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Regierungsdirektor Ulrich Lüdtke, zum Übungsbeginn in Steinau erschienen.

Ausgangspunkt der Übung war ein angenommenes schweres Unwetter, das im Kinzigtal einen Eisenbahndamm in Höhe des Kinzigtal-Staudammes abrutschen ließ. Ein Eilzug der Bundesbahn stürzte daraufhin in den Stausee.

Dem Bergungszug kam die Aufgabe zu, geeignete Transportmöglichkeiten für „Verletzte“ und Gerät zu erstellen. Der Fernmeldezug und die Fernmeldezentrale HVB verlegten die notwendigen Feldkabel und stellten die funksprechmäßigen Verbindungen her. In einem nahe gelegenen Schützenhaus wurde die Technische Einsatzleitung (TEL) eingerichtet. Um zu der angenommenen Schadenstelle zu gelangen, mußten die Helfer des Bergungszuges mit dem Schlauchboot eine Strecke von rund 900 m überwin-



Der Bau eines Dreibecks ist eine der Übungsaufgaben. (Foto: Grüning)

den. Da ein „Linienverkehr“ auf diese Art und Weise nicht zweckmäßig eingerichtet werden konnte, baute die zweite Bergungsgruppe aus Bohlen, Rundhölzern und Plastikfässern einen zwölf Meter langen Schwimmsteg. Die Gerätegruppe fertigte ein Floß an, um „Verletzte“ sowie das notwendige Einsatzgerät zu transportieren.

Regierungsdirektor Lütke war von dem Erfindungsreichtum und der Initiative der an der Übung beteiligten Helfer sehr angetan.

H. K.

Hoher Besuch beim THW Darmstadt

Darmstadt. Großer Bahnhof beim THW-OV Darmstadt: Der Hessische Innenminister, Gottfried Milde, hatte sich in der Unterkunft des Ortsverbandes angesagt. Zu einem „rein persönlichen Besuch“, so der Minister.

Rund 200 Helfer empfingen an diesem Dienstagabend den hohen Besuch. THW-Ortsbeauftragter Peter Merck begrüßte den Minister und die Gäste, unter ihnen Regierungsdirektor Ulrich Lüdke (RP Darmstadt), Ministerialrat Willi Kappel (HMDI) und THW-

Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen.

Nach der Unruhe, die ein Bericht des Bundesrechnungshofes beim THW ausgelöst hatte, sprach sich der Innenminister in seinem Grußwort deutlich für das THW aus. „Das Technische Hilfswerk ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Katastrophenschutzes“, so Milde. Mit seinen Worten fand der Politiker natürlich die ungeteilte Zustimmung der THW-Helfer, für die diese Aufmunterung gerade zum rechten Zeitpunkt aus berufenem Munde kam. Milde weiter: „Ohne die ehrenamtliche Tätigkeit der Helfer wäre ein sinnvoller Katastrophenschutz nicht möglich.“

Nach der Begrüßung suchte der Innenminister den Kontakt zu den Helfern. Beim Rundgang durch die Unterkunft hatte Milde Gelegenheit, sich über die Arbeit der einzelnen Züge zu informieren.

Zugführer Klaus Brüllke erläuterte dem Minister die Wirkungsweise eines neuen elektronischen Gerätes zur Ortung von Verschütteten. Beim 1. Bergungszug konnte sich der Politiker im Gespräch mit den jungen Helfern ein Bild über die Arbeit und die Zusammensetzung dieses Zuges



Innenminister Gottfried Milde (Mitte) im Gespräch mit THW-Führungskräften. (Foto: Werner)

machen. Nur durch ständige Übung, so Zugführer Kurt Gabler, sei eine hohe Einsatzbereitschaft der Helfer zu gewährleisten, und ohne ein geeignetes Übungsgelände mit Trümmergrundstück wäre eine sinnvolle Ausbildung unter realistischen Bedingungen kaum möglich.

Schnelligkeit ist auch beim THW Trumpf. Hiervon konnte sich Milde beim 3. Bergungszug überzeugen. Im Einsatzfall können die Helfer innerhalb kürzester Zeit durch Funkalarmempfänger alarmiert werden.

Von der Motivation der Helfer zeigte sich der Minister beeindruckt. Von Seiten der Helfer wurde unter anderem der Wunsch an den Politiker herangebracht, mehr im kommunalen Bereich tätig werden zu können. „Wir würden viel lieber Brücken oder Spielplätze bauen. Da sieht man auch ohne Katastrophe, was man kann.“

Nach dem Rundgang durch die Unterkunft konnte sich der Minister zum Schluß noch von der Qualität der THW-Kantine überzeugen. H. G.

Warndienst



Hessens Innenminister Milde im Warnamt VI

Im November 1988 fand – wie alljährlich – die bundesweite Warndienstübung NATEX '88 statt. Ziel dieser Übungen ist es, unter den besonderen Gegebenheiten des Verteidigungsfalles, die Funktionsfähigkeit der Warndienst-Organisation zu testen und Verfahren des Nachrichtenaustausches innerhalb des Melde- und Informationssystems zu üben. Im Rahmen der NATEX bietet sich auch die Gelegenheit, die Zusammenarbeit der verschiedensten Stellen insbesondere bei einer nuklearen oder chemischen Gefährdung zu erproben.

Diesmal gab es hohen Besuch im Warnamt VI: Der Hessische

Minister des Innern, Gottfried Milde, und der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans-Georg Dusch, kamen in die im Taunus gelegene Dienststelle.

Den Minister interessierte im Rahmen der NATEX besonders die Zusammenarbeit zwischen dem bundeseigenen Warndienst und dem Katastrophenschutz des Landes Hessen. Einsatzleiter Manfred Schnieders erläuterte hierzu die Übungslage. Die ca. 2.000 Helfer des Katastrophenschutzes hatten es an diesem Samstag mit der Freisetzung von Chemikalien nach der Zerstörung von Kesselwagen, mit Tankwagen-Unfällen sowie mit großflächigen



Warnamtsleiter Hans-Peter Tholen (links) erläutert Innenminister Milde das neue Warndienst-Informationssystem. Bildmitte: BZS-Präsident Hans-Georg Dusch.

Kontaminationen (Verstrahlung/ Vergiftung) durch Radioaktivität oder chemische Stoffe zu tun.

Innenminister Milde nutzte die Gelegenheit, die Katastrophenschutzhelfer in Hessen über das Warnstellennetz direkt anzusprechen. Es wurden Beispiele für Rundfunkdurchsagen präsentiert, wie sie auf Grund von Erkenntnissen des Warnamtes veranlaßt werden. Hierzu wurde eine (Übungs-)Sendung des Hessischen Rundfunks direkt aus dem Studio in das Warnamt übertragen.

Informationen über Beobachtungsterminalen und Meßwerte des Katastrophenschutzes sowie deren Auswertung vermittelte Einsatzleiter Hans-Dieter Kopf den Gästen. Ferner erläuterte er das Fernmeldenetz des Warnamtes.

Über den Einsatz des Personals sowie über die Versorgung der Übenden konnte Einsatzleiterin Martina Wettner berichten.

Warnamtsleiter Hans-Peter Tholen stellte das kürzlich in Betrieb genommene Warndienst-Informationssystem (WADIS) vor.

Die ausfallgesicherten Computersysteme sind in der Lage, ständig Meldungen der unbemannten Meßstellen zur Überwachung der Umweltradioaktivität zu bearbeiten, Karten über nukleare Ausbreitungen zu erstellen und somit die Grundlagen für Warnmaßnahmen zu liefern. Weiter ist über dieses System die Kommunikation mit anderen Dienststellen möglich.

Ein besonderer Schwerpunkt bei der Präsentation des neuen Informationssystems war die Darstellung der „natürlichen radioaktiven“ Situation in Hessen. Nach dem Reaktorunfall im sowjetischen Tschernobyl im Mai 1986 wurden die Meßstellen des Warndienstes „sensibilisiert“, so daß sie nun auch die natürliche Umgebungsstrahlung erfassen. Durch das enge Raster der Meßstellen konnte auf den Grafikbildschirmen im Warnamt die genaue Verteilung der aktuellen Gamma-Dosisleistung (Stärke der Verstrahlung) verfolgt werden. 1989 werden in den Warnämtern noch zusätzliche mobile nuklid-

spezifische Meßeinrichtungen stationiert. Dies ist zur exakten Beurteilung der Umweltradioaktivität von großem Nutzen, um zusätzliche Aussagen über Halbwertszeiten, Giftigkeit u. ä. zu erhalten.

Zum Ende des Ministerbesuches demonstrierte der Zugführer des ABC-Zuges Wetterau, Klaus Diefenbach, die Möglichkeiten des Katastrophenschutzes zur Feststellung von atomaren und chemischen Gefahren. H. P. T.



Großes Interesse zeigt der Minister an dem Computersystem WADIS.



Minister Milde informiert sich über die Möglichkeiten des ABC-Zuges.

(Fotos: Dannewitz)

Nachruf

Am 14. November 1988 verstarb nach heimtückischer schwerer Krankheit

Regierungsdirektor a.D. Heinz Albert

im Alter von 69 Jahren. Als ständiger Vertreter des Abteilungsleiters Warndienst und als Referatsleiter WD 1 von 1980 bis 1984 hat er das Personalwesen und die Organisation des bundeseigenen Warndienstes wesentlich mitbestimmt. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst war Herr Albert dem Warndienst und den Aufgaben des Zivilschutzes verbunden. So hat er sich als Schatzmeister im Vorstand des Schutzforums, Gesellschaft für Friedenssicherung und angewandte Humanität, ohne Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit bis zu seinen letzten Tagen für mehr Humanität in Staat und Gesellschaft eingesetzt.

Sein Wirken im öffentlichen Dienst, in den er 1935 als Verwaltungsanwärter bei der Stadtverwaltung Magdeburg eintrat, hat ihn über die Aufgaben eines Kämmerers und Beigeordneten auf verschiedenen Kommunalebene bis in den Bundesdienst geführt. Ehe er in die Abteilung Warndienst überwechselte, konnte er hier aufgrund seiner Qualifikationen insbesondere im Haushalts- und Etatwesen über ein Jahrzehnt die finanziellen Grundlagen des Zivilschutzes mitbestimmen.

Sein Charakter war geprägt durch Offenheit und Kampfermut für die ihm übertragenen Aufgaben. Kampferischen Mut bis hin zum „Draufgänger“ zeichneten Heinz Albert auch schon



während seiner Soldatenzeit aus, in der er es als junger Mann bis zum Hauptmann und Kompanieführer in der Pioniertruppe gebracht hat. Viele Auszeichnungen und Verwundungen zeigen, daß er bereits in diesem Lebensabschnitt bemüht war, sein Bestes in der ihm übertragenen Funktion zu geben.

Die Zeit seines Wirkens für den Warndienst ist gekennzeichnet durch umfassende organisatorische Neukonzeptionen in der Ausstattung und im Einsatz – alles das, was für Eingeweihte kurz mit dem Stichwort „Dv 1000“ umschrieben werden kann. Die Erfahrungen dazu hat Heinz Albert bereits 1974 gemacht, als er an dem Bunkerbelegungsversuch im Warnamt VII teilnahm.

Die Abteilung Warndienst und viele Kollegen des Bundesamtes für Zivilschutz haben am 18. November 1988 in einer stillen würdigen Trauerfeier von Regierungsdirektor a.D. Heinz Albert Abschied genommen – einem Kollegen, der seinem Wahlspruch als Pionier und damit Vorkämpfer für die ihm übertragenen Aufgaben sein ganzes Leben lang treu geblieben ist. Sein Rat und seine Tatkraft werden nicht nur dem Warndienst fehlen.



Nach der Erdbeben-Katastrophe in Armenien:

Die Hilfsaktionen werden intensiv fortgesetzt



Bei der Suche nach Verschütteten ist viel manuelle Arbeit notwendig.



Sechs Lebendbergungen sind durch den Einsatz der Suchhunde möglich.

Die Hilfeleistungen des Deutschen Roten Kreuzes begannen nach dem Erdbeben vom 7. 12. 1988 mit der Entsendung von Suchhunden und Hundeführern am 9. 12. 1988 mit einem Sonderflugzeug der AEROFLOT ab Köln/Bonner Flughafen. Gleichzeitig wurden medizinisch/technische Ausstattungen und Medikamente angeliefert. Weitere Hilfsgüter für die Soforthilfe, wie Zelte, Decken, ein Feldhospital, Schublader zur Räumung zerstörter Stadtteile, Stromaggregate, Kraftfahrzeuge, Spezialgerät, wie ein Operationswagen, Trinkwasseraufbereitungsanlagen und Krankenhausausrüstungen, folgten.

Das Deutsche Rote Kreuz baute einen Betreuungsdienst (mit Wasserversorgung) für ca. 3 000 Obdachlose in Stepanavan/Armenien auf und entsandte den OP-Wagen sowie eine Trinkwasseraufbereitungsanlage in Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium in diese Stadt. Die Suchhunde und Hundeführer sind bereits wieder zurückgekehrt und berichten von einem erfolgreichen Einsatz mit sechs Lebendbergungen.

Die Hilfsflüge des Deutschen Roten Kreuzes wurden auch über die Feiertage fortgesetzt. Das

Weihnachtsfest haben die überwiegend ehrenamtlichen Rotkreuzhelfer im Einsatz zur Versorgung der Erdbebenopfer in Armenien verbracht. Nachdem sich die Wasserversorgung in Stepanavan verbessert hat, wurden die Wasserfiltereinheiten des DRK nach Spitak verlegt, wo akute Seuchengefahr des Trinkwassers

besteht.

Das Deutsche Rote Kreuz wird weiter dringend angeforderte Hilfsgüter beschaffen und verladen: Wohncontainer, Heizgeräte/Öfen, Feldbetten. Außerdem wurde ein Erkundungsteam entsandt, das feststellen soll, inwieweit Krankenhäuser und andere wichtige Gemeinschaftseinrich-

tungen, wie Schulen, zerstört sind. Geprüft wird, ob durch Fertigbauten beim Wiederaufbau durch deutsche Hilfe sinnvolle Unterstützung geleistet werden kann.

J. Kronenberger

Durch die großen Trümmerflächen gestaltet sich die Suche nach Verschütteten schwierig.

(Fotos: Sven Simon)



Sondertagung „Schnell-Einsatz-Gruppen“

Die Häufung von Großschadensfällen in jüngster Zeit, die unterhalb der sogenannten Katastrophenschwelle lagen und an die Leistungsgrenze des organisierten Rettungsdienstes gingen,

haben allen Verantwortlichen für den Rettungsdienst und Katastrophenschutz gezeigt, daß eine Erhöhung der Effektivität der Hilfeleistung nur durch die Berücksichtigung einer „Schnellen Ein-

satz-Reserve“ erreicht werden kann.

Aus diesem Grund hat das DRK-Generalsekretariat die Initiative ergriffen und die Rettungsdienst- und Katastroph-

schutzfachleute der DRK-Landesverbände zu einer Sondertagung am 24./25. 11. 1988 nach Meckenheim/Merl in die DRK-Bundeschule eingeladen, um mit ihnen einen Rahmen zu entwickeln, der



Die „Sondereinsatzgruppe Rettungsdienst“ des DRK-Kreisverbandes Dortmund demonstriert den Aufbau eines Verbandplatzes zur Erstversorgung von 25 Verletzten.

Rahmenempfehlung „Massenanfall von Verletzten“

① Die Bewältigung eines „Massenanfalls von Verletzten“ ist Aufgabe des Rettungsdienstes. Sie bleibt es so lange, bis die Schnittstelle zum Katastropheneinsatz erreicht wird. Geleitet wird der Einsatz vom Leitenden Notarzt und Organisatorischen Leiter.

② Die Schnittstelle zum Katastropheneinsatz ist erreicht, wenn der Rettungsdienst einschließlich seiner Reserven und kurzfristig zugeführten Verstärkungen nicht in der Lage ist, alle Verletzten und sonstigen Betroffenen in ausreichend kurzer Zeit zu versorgen.

③ Das Erreichen der Leistungsgrenze des Rettungsdienstes wird grundsätzlich von der Leitstelle – unabhängig davon, wer sie betreibt – festgestellt. Hiervon werden die Zuständigkeiten des Hauptverwaltungsbeamten nicht berührt. Die Leitstelle unterrichtet rechtzeitig den Hauptverwaltungsbeamten.

④ Zur Verstärkung des Rettungsdienstes beim „Massenanfall von Verletzten“ bedarf es weder neuer Strukturen noch neuer Gliederungen. Es ist lediglich sicherzustellen, daß die für diese Einsatzaufgabe geeigneten Einsatzkräfte schnell zu alarmieren und an den Einsatz zu bringen sind.

⑤ In den Schnelleinsatzgruppen nach Ziffer 4 sollten

- Ärzte/Ärztinnen
- Rettungsdienstpersonal
- Sanitätshelfer/innen

– Schwesternhelferinnen
– Betreuungskräfte sowie
– weitere geeignete Kräfte (z. B. Spezialisten für Chemie und Strahlenschutz, Angehörige von Heilhilfsberufen) erfaßt sein und tätig werden.

⑥ Die wahrzunehmenden Aufgaben richten sich nach den Notwendigkeiten der vorgefundenen Situation (Lage) und beziehen sich inhaltlich gleichermaßen auf die Verletzten (Erkrankten) und auf die sonst betroffenen Nichtverletzten (Betreuung).

Obwohl beim „Massenanfall von Verletzten“ die lebensrettenden Maßnahmen im Vordergrund stehen, darf die Hilfeleistung für Nichtverletzte nicht unterschätzt werden.

⑦ Die Angehörigen von KatS-San-Einheiten können auch für die Mitwirkung in Schnelleinsatzgruppen vorgesehen werden, ohne den Einsatzwert der bestehenden KatS-Einheiten zu schmälern. Der Einsatz von KatS-Einheiten ist bei rettungsdienstlichen Aufgaben aus Zeitgründen häufig nicht möglich.

⑧ Für die Ausrüstung von Schnelleinsatzgruppen werden keine besonderen Vorgaben gemacht. Die Ausrüstung hat sich an den zu erwartenden fachlichen Aufgaben und dem Standard des örtlichen Rettungsdienstes zu orientieren und wird in jedem Kreisverband bzw. Rettungsdienstbereich eigenverantwortlich unter Mitwirkung von Notärzten zusammengestellt.

allen DRK-Kreisverbänden eine Orientierungshilfe für die Organisation bzw. die Aufstellung von

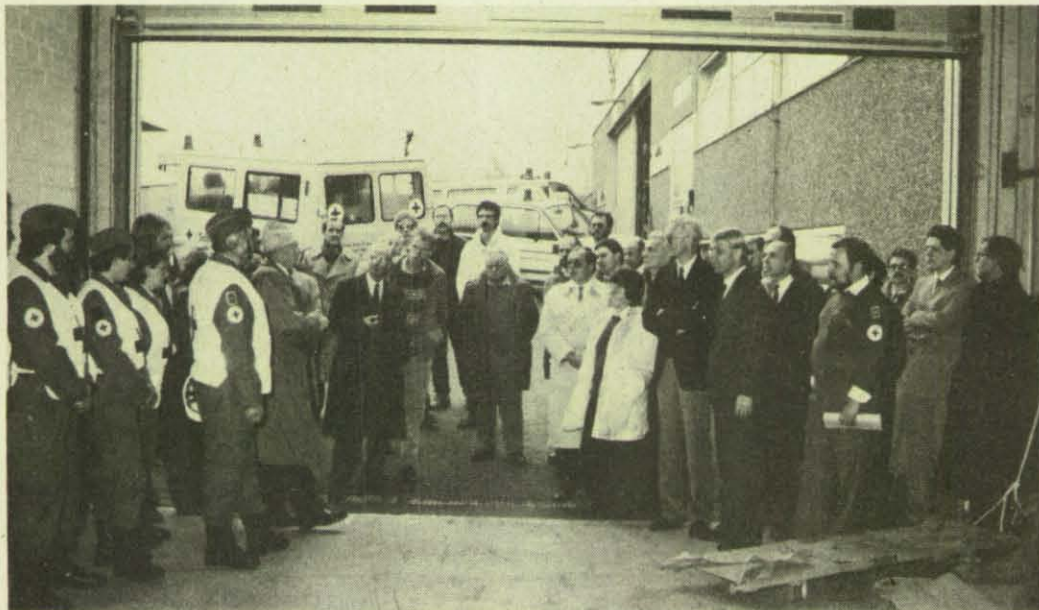
Die „Schnell-Einsatz-Gruppe“ des DRK-Kreisverbandes Bühl/Baden erläutert ihre Einsatztaktik.

(Fotos: Zimmermann)

„Schnell-Einsatz-Gruppen“ sein soll. Diese Thematik wurde insbesondere bezüglich der Schnittstellen-Problematik Rettungsdienst, Sanitätsdienst, Betreuung und Katastrophenschutz beraten.

Eine wertvolle Bereicherung der Beratung waren die ein-

druckvollen Vorführungen der „Schnell-Einsatz-Gruppen“ der DRK-Kreisverbände Bühl/Baden, Dortmund und Saarlouis. Diese Kreisverbände haben Pionierleistungen vollbracht. Ihre Erfahrungen konnten bei den Beratungen berücksichtigt werden.



Zwei Rotkreuz-Krankenwagen für den Libanon

Nach einer gemeinsamen Spendenaktion mit dem „Rheinischen Merkur“ übergab DRK-Präsident Prinz Wittgenstein in Bonn dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zwei Krankenwagen für Einsätze im Libanon.

Das IKRK verteilte 1987 Medikamente und medizinische Güter im Wert von 1,2 Millionen Mark. Hinzu kommen 23 000 Lebensmittelpakete für Familien, 30 000

Wolldecken und 850 Pakete mit Küchengeräten für Flüchtlinge. Es unterstützt ferner das Libane-

sische Rote Kreuz und seine 1 400 Freiwilligen in 32 Erste-Hilfe-Zentren.



Festliche Übergabe der Fahrzeuge für das IKRK.

(Foto: Fiegel)

IKRK stellt Tätigkeit im Libanon ein

Am 19. Dezember 1988 erhielt das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) Kenntnis von schweren Morddrohungen, die gegenüber seinen im Libanon tätigen Delegierten ausgesprochen worden sind. Das IKRK sah sich daher verpflichtet, seine humanitäre Tätigkeit im Libanon einzustellen und alle dorthin entsandten Mitarbeiter unverzüglich zurückzurufen.

In einer Erklärung der Genfer IKRK-Zentrale hieß es, daß die

mit Konfliktsituationen einhergehenden Risiken unter allen Umständen akzeptiert würden. Das IKRK könne jedoch nicht dulden, daß seine Delegierten Gefahren ausgesetzt würden, die das eigentliche Wesen seines humanitären Auftrags in Frage stellen. Das IKRK sei jederzeit bereit, seine Schutz- und Hilfstätigkeit zugunsten aller Opfer im Libanon wieder aufzunehmen, sobald diese Drohungen auf unmißverständliche, glaubwürdige Weise zurückgezogen würden.

Der am 17. November 1988 im Libanon entführte Delegierte Pe-

ter Winkler wurde am 16. Dezember freigelassen. IKRK-Präsident Cornelio Somaruga dankte in diesem Zusammenhang allen nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften für ihre Unterstützung und ihre Solidarität, die zur Freilassung von Peter Winkler beigetragen hätten. Sein besonderer Dank galt den Schweizer Behörden sowie dem schwedischen Botschafter in Damaskus. Auch DRK-Präsident Prinz Wittgenstein hatte sich mehrfach öffentlich für die Freilassung Peter Winklers ausgesprochen.

Rotes Kreuz engagiert sich in Kambodscha

Im Dezember jährte sich der aufrüttelnde Fernsehbericht, den Hannelore Gadsch über die Situation in Kambodscha im Südwestfunk-Magazin „Report“ gezeigt hatte. Mit dem Aufruf, der mit diesem Bericht verbunden war, sind auch dem DRK beträchtliche Spendenmittel zugeflossen. Was mit ihnen geschah, schildert der nachfolgende Beitrag.

Nach einer Mission, die Bernd Hoffmann, Abteilungsleiter im Generalsekretariat, gemeinsam mit Vertretern des Schweizer Roten Kreuzes, das schon einige Jahre in Kambodscha arbeitet, in dem asiatischen Land durchgeführt hatte, entschloß sich das DRK, sich an der bis dahin erfolgten Zusammenarbeit zwischen dem Schweizer und dem kambodschanischen Roten Kreuz zu beteiligen. Im November wurde eine Vereinbarung zur bilateralen Mitwirkung unterzeichnet.

Für 1989 plant das DRK die Finanzierung von 25 Prozent der angesetzten Haushaltskosten sowie die Entsendung eines Anästhesiepflegers für die Dauer von sechs Monaten. Darüber hinaus wird das DRK den Bau einer dem Provinzhospital in Takaoe angeschlossenen Geburtshilfestation finanzieren.

Mittelfristig soll zur Verbesserung der Gesundheitssituation in diesem Provinzbereich beigetragen werden. Gleichzeitig wird das DRK ab Ende Juni dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz für das Provinzkrankenhaus Pursat ein dringend benötigtes Team für das dortige Hilfsprogramm abstellen. Dieses wird sich aus einem erfahrenen Chirurgen (der bereits mehrfach für das DRK in Thailand und auch im Libanon tätig war) und einem Anästhesiepfleger zusammensetzen.

Der Universitätsklinik der medizinischen Fakultät hat das DRK einige medizinische Geräte zu Schulungszwecken angeboten sowie seine Bereitschaft erklärt, die Folgekosten zunächst für zwei Jahre zu tragen.



Das Jahrhundertereignis der Samariter

Die Bühne ist nur spärlich beleuchtet. Links neben dem Rednerpult ist ein moderner Krankentransportwagen aufgebaut, auf der rechten Bühnenseite sieht man drei alte Krankentransportwagen aus den Gründungsjahren des ASB. Darüber hängt die alte ASB-Traditionsfahne. So beginnt am 18. November der Festakt zum 100jährigen Bestehen des ASB im Internationalen Congreß-Zentrum Berlin (ICC).

Ein „Historisches Szenario“ versetzt die über 2500 Besucher sofort zurück in die Frühzeit des ASB. Die Multi-Media-Show mit Sprechvortrag, Gesang, Dia- und Filmeinblendungen unter der Regie von Jule Hammer (Satirische Werkstatt Berlin) vermittelt den Anwesenden die Not der Industriearbeiter, aber auch die Kraft der Selbsthilfe, zu der sich die Arbeiter vor hundert Jahren entschlossen hatten.

Rainer Pigulla, Schauspieler der Staatlichen Bühnen Berlin, und Kurt Otto Fritsch vom Sender Freies Berlin sprachen die erklärenden Texte zur Entwicklung des ASB. Zwei Sängerinnen (Waltraud Klotz und Christa Lorenz) ergänzten den Vortrag durch Balladen

von Bertolt Brecht, Kurt Tucholsky, Erich Weinert, Günter Weisenborn und Jule Hammer. Die Musik dazu hatte Wilhelm Dieter Siebert komponiert.

Danach hatten die Festredner das Wort. Annemarie Renger, Präsidentin des ASB, überbrachte zunächst ein Grußwort des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der entgegen seiner ursprünglichen Zusage doch nicht kommen konnte. Es folgten Eberhard Diepgen (Regierender Bürgermeister von Berlin), Dr. Hans-Jochen Vogel (Vorsitzender der SPD), Christa Toben (Mitglied des CDU-Bundesvorstandes), Cornelia Schmalz-Jacobsen (Generalsekretärin der FDP und Senatorin für Jugend und Familie in Berlin) und Prof. Dr. Dieter Sengling (Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege). Sie überbrachten dem Arbeiter-Samariter-Bund ihre Grüße und besten Wünsche für die Zukunft.

Vor anteilnehmendem Publikum erläuterte Bundesvorsitzender Martin Ehmer die Zukunftsaufgaben des ASB: „Die Probleme unserer Zeit sind auch Problemstellungen für den Arbeiter-Samariter-Bund“, sagte er und nannte Beispiele: Eingehen auf die Folgen der demographischen Entwicklung, mehr Betreuung und Rat für alte Menschen, den Aktivitäten von Selbsthilfeinitiativen positiv gegenüberstehen, den Ausbildungsbereich forcieren und bereits in den Schulen die Erste-Hilfe-Ausbildung verstärken. „Ich bitte Sie alle, dem ASB auch künftig Ihre Unterstützung zu geben. Dem Arbeiter-Samariter-Bund Glück und Erfolg“, lauteten Ehmers abschließende Worte.

Ein gelungener Festakt, so wurde von vielen Seiten bestätigt. Und um die Erinnerung an dieses



Festball im Saal 2 des ICC.



Der Losverkauf ging gut.



Ein bißchen Akrobatik ... die Rock-and-Roll-Gruppe „Butterfly“ bei ihren Darbietungen.

Ereignis lebendig zu halten, hatten die Mitarbeiter der ASB-Bundesgeschäftsstelle verschiedene Verkaufsstände aufgebaut. Dort waren erhältlich: ASB-Jahrbücher, die soeben erschienene ASB-Chronik „Mit einem Unfall fing es an...“, ASB-Medaillen, Ersttagsbriefe, Ersttagsblätter mit ASB-Sondermarke und das Jubiläumsplakat.

Stand bei dem Festakt mehr das Zuhören und Erinnern im Vordergrund, so konnten die Besucher auf dem großen Festball ausgiebig feiern, tanzen und Bekannte wiedersehen. Für den Höhepunkt und Abschluß seiner Jubiläumsfeier in Berlin hatte der ASB im Saal 2 des ICC Berlin 3 338 Tischplätze herrichten lassen – und immer noch mehr Menschen wollten am Ball teilnehmen. Mit etwas Improvisation wurde es dann auch für alle ein festlicher und stimmungsvoller Abend.

Im halbständigen Wechsel spielten und sangen die Musiker und Sängerinnen der John West Big Band und die Musiker der Ronny Peller Show Band. Geboten wurde eine buntgemischtes Musikprogramm, bei dem jedes Temperament auf seine Kosten kam. Ein bißchen neidisch konnte man allerdings werden, als die Rock-and-Roll-Gruppe „Butterfly“



Die Sängerinnen der John West Big Band bei südamerikanischen Rhythmen.

auftrat. Das war teilweise schon Akrobatik und wurde entsprechend mit Beifall beklatscht.

Einen Höhepunkt um Mitternacht bot die Tombola. Ein Mercedes-Benz, Typ 190 E (Stiftung der Firma Daimler-Benz), ein VW-Polo (Stiftung der Firma Volkswagen), eine Reise nach Moskau/Leningrad und ein Wochenende in Paris waren zu gewinnen. Offensichtlich auch für die Gäste reizvolle Preise, denn die Losverkäuferinnen wurden regelrecht belagert. Der Erlös, ein Betrag von 26 800 DM, wird in ein Auslandshilfsprojekt in der Dritten Welt investiert.

Daß das 100jährige Jubiläum des ASB in der Tat ein Fest großen Stils werden konnte, ist nicht zuletzt ein Verdienst der zahlreichen Gäste aus dem In- und Ausland. Ihnen gilt der besondere Dank des ASB-Bundesvorstandes.

Karin Meyer

Kfz-Ausstellung

Alles, „was beim ASB Räder hat“, war zur 100-Jahr-Feier ange-reist. In einer Sternfahrt aus sämtlichen Teilen Deutschlands hatten sich ASB-Mannschaften zum Wittenbergplatz und zum Joachimsthaler Platz im Zentrum von West-Berlin aufgemacht, um ihre Fahrzeuge den Besuchern und Passanten vorzustellen. Von den ältesten Hilfsmitteln wie der Rädertrage von 1888 bis zu modernen Wechselladerfahrzeugen für den Katastrophenschutz war alles vertreten. Der Ambulanzcontainer des DV Eschborn diente als Stützpunkt für die Besatzungen der Fahrzeuge. Kaffee und heiße Würstchen fanden reißenden Absatz, besonders weil es am Samstag, dem Tag der Ausstellung, empfindlich kalt geworden war.

Blickfang unter den historischen Fahrzeugen war der Opel Olympia Krankenwagen aus dem

Jahr 1954. Betrachter konnten nur staunen über die Enge im Fahrzeug und die spartanische Ausstattung. Dennoch kam mit solchen Autos der Rettungsdienst nach dem Krieg wieder auf die Beine. Groß und modern dagegen das Notarzt-Intensivmobil des LV Nordrhein-Westfalen.

Für viele Besucher aus dem Westen war das Rettungsboot des LV Berlin etwas Neues. Insgesamt drei solcher Boote sind mit Jet-Stream-Antrieb ausgestattet, der jede Gefährdung durch die rotierende Schiffschraube ausschließt. Im aufblasbaren Rettungszelt des KV Hannover-Land war die mobile Satelliten-Bodenfunkstation aufgebaut. Jeder konnte sich hier über modernste Kommunikationstechnik informieren.

Hundegebell erregte die Aufmerksamkeit der Passanten auf dem Joachimsthaler Platz. Der Rettungshundezug des OV Karlsruhe war dort mit zehn Hunden



Viel bestaunt: die Showeinlage der Sängerinnen von der John West Big Band.



Die zwei Hauptgewinne, ein Mercedes 190 E und ein Polo Fox, auf der großen Bühne des ICC.



Eine breite Palette von Fahrzeugen hatte der ASB auf dem Berliner Wittenbergplatz aufgestellt.



Der Stand des ASB-Rettungshundezugs Karlsruhe auf dem Joachimsthaler Platz beim Kurfürstendamm.

und einem Informationsstand vertreten. Um die Hunde tiergerecht unterzubringen, hatten die Karlsruher Samariter Kontakte zu einem Hundeverein im Bezirk Tiergarten aufgenommen. Leider konnten die Hunde keine Kostprobe ihres Könnens geben, da das Ordnungsamt Vorführungen nicht genehmigt hatte.

Für die kleinen Besucher, die vom Zuschauen müde waren, gab es eine besondere Attraktion: die große Luftkissen-Hüpfwiese aus dem Essener Spielmobil. In den ASB-Farben Rot-Gelb setzte die Spielfläche ein unübersehbares Zeichen auf dem Joachimsthaler Platz und zog selbst eilige Passanten von ihren Samstagseinkäufen zum ASB.

Fahrt zu den Berliner Einrichtungen

Große Anstrengungen haben die Berliner Samariter unternommen, um den Gästen aus dem Bundesgebiet ihre stationären Einrichtungen zu zeigen. Die Zahl der Anmeldungen war so groß, daß nicht mehr alle berücksichtigt werden konnten. Sechs Doppeldeckerbusse mit 370 Personen



Drei Generationen von Rettungsfahrzeugen: vorn eine Rädertrage, dahinter ein Opel-Olympia Krankenwagen von 1954 und im Hintergrund ein moderner Ambulanz-Container.

starteten vom ICC nach Wannsee im Südwesten und Spandau am westlichen Stadtrand. Dabei führte die Tour auch zu dem Neubau des „Gustav-Dietrich-Hauses“ in Berlin-Wedding und zur Wasserrettungsstation in Saatwinkel, wo die Besucher Gelegenheit zu einem Fußmarsch durch den Wald hatten. Diese Station war die erste ihrer Art im ASB und besteht seit 1921. Ein Rettungsboot konnten die Berliner Samariter schon 1927 anschaffen. Heute sind dort drei moderne Boote mit Jet-Stream-Antrieb im Einsatz.

Ein kleinerer Kreis von Fachbesuchern konnte auch jeweils ein Haus besichtigen, für die Geriatrie das ASB-Altenheim in Berlin-Wannsee und für die Psychiatrie die Pflegeanstalt für psychisch-chronisch Kranke in Berlin-Spandau. Die Einrichtungen des LV Berlin sind sämtlich ruhig gelegen am westlichen Stadtrand, das ASB-Seniorenwohnheim sogar in einer als Luftkurort ausgewiesenen Gegend. Die Pflegeanstalt für psychisch-chronisch Kranke, wo etwa 300 Frauen untergebracht sind, hat

sich seit drei Jahren den neuen Konzepten der Psychiatrie verschrieben. So können Patientinnen in beschützten Wohnungen auf dem Gelände die Selbständigkeit neu lernen. Dr. Georg Luszpinski, der ärztliche Leiter in Spandau, legt Wert darauf, daß die Wohngruppen gleichmäßig gemischt sind, daß starke und hilfsbedürftige Patientinnen gemeinsam lernen. Das Krankenhaus Spandau wird in den nächsten Jahren von Grund auf renoviert.

Die Zimmer werden so gestaltet, daß die Bewohner auch im Haus mehr selbständig tun und entscheiden können, z.B. sich kleine Mahlzeiten zubereiten. Nach der Besichtigung konnten sich die ASB-Gäste ausführlich mit Dr. Luszpinski, Verwaltungsleiter Erhard Richter und Pflegedienstleiterin Ilse Lutz über das Haus unterhalten.

Durch die Rundfahrt zu den Berliner Einrichtungen haben die Festgäste einen guten Eindruck bekommen von den Aktivitäten des Landesverbandes. Außerdem kamen sie so durch Gegenden, die von normalen Stadtrundfahrten sonst nicht berührt werden.

Martin Lehrer



Das ASB-Krankenhaus „Schwedenpavillon“ für chronisch Kranke am Wannsee.

(Fotos: Nicole Fortin-Neifer/Wolfgang Krolow)

Pressekonferenz

Zum 100jährigen Jubiläum darf die Presse natürlich nicht fehlen. Der ASB-Bundesverband hatte am 17. November 1988, einen Tag bevor die offiziellen Feierlichkeiten begannen, zur Pressekonferenz eingeladen. Dichtgedrängt saßen die Journalisten im Salon 22 des ICC Berlin, um sich sowohl über die 100jährige Entwicklungsgeschichte des ASB als auch über Zukunftsperspektiven informieren zu lassen. Den Vorsitz hatte der ASB-Bundesvorsitzende Martin Ehmer, der in der eineinhalbstündigen Veranstaltung zu diesen beiden inhaltlichen Schwerpunkten Stellung bezog und mehrere Interviews geben mußte. Insbesondere für Rundfunk und Fernsehen bot das „Historische Szenario“ Gelegenheit, Live-Mitschnitte aufzunehmen. Der Deutschlandfunk in Köln brachte eine fast zweistündige Sendung, die Tagesschau war da, ebenso das Zweite Deutsche Fernsehen. Im Laufe des vergangenen Jahres hatten bereits viele Zeitungen und Zeitschriften der Bundesrepublik Artikel über das 100jährige Bestehen des Arbeiter-Samariter-Bundes abgedruckt, nun folgten auch die Berliner Sender und Agenturen. Neben den genannten waren weiterhin vertreten: Berliner Ärzteblatt, Deutsche Nachrichtenagentur, Der Zivildienst, Volksblatt, Berliner Zeitung, Sender Freies Berlin, Rias Berlin, dpa, ddp, Deutsche Welle, Bayerischer Rundfunk, Norddeutscher Rundfunk, Westdeutscher Rundfunk und Privatsender. Eine Bilanz, auf die man stolz sein kann. **KM**

Podiumsdiskussionen

Wer nicht nur feiern wollte, hatte die Möglichkeit, den Samstagmorgen des 19. November 1988 zu nutzen, um an Podiumsdiskussionen teilzunehmen.

Drei Themenschwerpunkte standen zur Auswahl:

„Die Bedeutung der traditionellen ASB-Aufgaben heute und morgen“

Moderation: Jürgen Mackensen (Technischer Leiter des ASB-Bundesverbandes)

„Entwicklung und Tendenzen der Ausbildung im ASB“

Moderation: Dr. med. Friedhelm Bartels (ASB-Bundesarzt) und Peter Goldschmidt (Leiter der ASB-Bundeschule)

„Die Versorgung alter und behinderter Menschen – eine Herausforderung an die Gesellschaft“

Moderation: Martin Ehmer (ASB-Bundesvorsitzender)

Jeweils vier Referenten pro Thema nahmen zu vier verschiedenen Detailfragen Stellung und diskutierten in der ca. drei Stunden dauernden Vormittagsveranstaltung mit einem interessierten Fachpublikum. **KM**

Erdbebenkatastrophe in Armenien:

Satelliten- Bodenfunkstation im Einsatz

Am Mittwoch, 7. Dezember 1988, ging die Schreckensnachricht um die Welt: ein verheerendes Erdbeben hatte ganze Städte in Armenien in Schutt und Asche gelegt. Die ersten Bilder ließen auf Zerstörungen ungeahnten Ausmaßes schließen.

Noch herrschte Unklarheit in Westeuropa über die Lage in Armenien, da bot der ASB am Donnerstagmorgen dem Auswärtigen Amt und der sowjetischen Botschaft in Bonn seine Hilfe an: drei Rettungshundestaffeln, die Satelliten-Bodenfunkstation zum Übermitteln von Telefon, Telex, Telefax und Video-Standbildern, diverse medizinische Hilfsgüter, Decken, Zelte und eine Arzt-Einsatzgruppe.

Am Freitag reagierte die sowjetische Botschaft und forderte unter anderem Antibiotika, Einwegspritzen, Kanülen und Blutbeutel für die Blutspende an. Eine entsprechende Hilfsgütersendung im Wert von 75 000 DM wurde am Samstagmorgen, 10. 12. 1988, per Flugzeug vom Flughafen Köln/Bonn in das Erdbebengebiet geschickt. Nach einem weiteren Hilfeersuchen des sowjetischen Roten Kreuzes sandte der ASB noch 20 Zehnmann-Zelte und 2 000 Decken im Wert von 30 000 DM, die im winterlichen Armenien dringend gebraucht werden.

Am Montag entschied schließlich das Auswärtige Amt, die mobile Satelliten-Bodenfunkstation des ASB, die einzige in Europa, für den Einsatz nach Armenien anzufordern. Der ASB schickte die Station daraufhin am Dienstagmorgen von Stuttgart nach Eriwan. Dort half sie, die Verbindung der eingesetzten deutschen Hilfskräfte untereinander und zu den Zentralen im Heimatland zu

verbessern. Die Anlage stand auch internationalen Organisationen zur Verfügung.

Seit Donnerstag war die SatCom-Anlage in Stepanawan, 60 Kilometer nördlich der Stadt Spitak, in Betrieb. Von dort bis zur Kölner Zentrale bestehen drei Stunden Zeitunterschied. Von der Zentrale in Köln konnten über die SatCom-Anlage Telefongespräche in das Erdbebengebiet geführt, Telexe geschickt, Telefax und Video-Standbilder dorthin übermittelt werden. Das Technische Hilfswerk und das Deutsche Rote Kreuz haben diese Möglichkeit rege in Anspruch genommen, um Nachrichten an ihre Helfer in Armenien durchzugeben.

Der Spendenaufruf des ASB auf das Konto 1888 beim Postgiroamt Köln fand ein breites Echo. Fast 40 000 DM kamen auf diesem Weg in fünf Tagen zusammen. Seit dem Beginn der Hilfsaktion hat der ASB den Transport von Hilfsgütern im Wert von 650 000 DM nach Armenien organisiert. Der Versand dieser Hilfsgüter geriet oft ins Stocken, weil der Frachtraum äußerst knapp war.

Martin Lehrer

Engagement für den Notfall



Zum ersten Mal beteiligt sich die JUH an einer Heeresübung.

Erstmals hat die JUH im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) am Sanitätsdienst der Bundeswehr anlässlich der Heeresübung „Landesverteidigung '88“ im September 1988 teilgenommen. Neben dem praktischen Einsatz von Pflegepersonal sollte die Zusammenarbeit von Bundeswehr und zivilen Hilfsorganisationen geprobt werden. Außer den Johannitern waren auch das Deutsche Rote Kreuz und der Malteser-Hilfsdienst beteiligt. Von Seiten der Johanniter nahmen 18 Schwesternhelferinnen, drei examinierte Krankenschwestern, sechs

Führungskräfte für den Leitungsstab und 47 Einsatzkräfte teil.

Die Schwesternhelferinnen hatten sich freiwillig für diese Übung gemeldet. Der Einsatz des Pflegepersonals erfolgte im Reservelazarett 200 in Rhaunen. Eine den Johannitern vertraute Einrichtung, die schon für zahlreiche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zur Verfügung stand. Die Aufgabenstellung war die Aufnahme und Versorgung von „Verletzten“. Diese, dargestellt von Helfern anderer Hilfsorganisationen und Soldaten, wurden schubweise zum Lazarett transportiert, so daß jeweils zehn bis 20 neue „Verletzte“ auf einmal versorgt werden mußten.

Pausen wurden für die Fortbildung genutzt, die von Bundeswehrärzten durchgeführt wurde. Die abschließende Auswertung ergab, daß die Pflegekräfte, die ihre Aufgaben sehr motiviert gelöst hatten, sehr zufrieden mit dem Verlauf ihres Einsatzes und der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr waren und alle an weiteren Übungen dieser Art interessiert sind.

Die Führungskräfte von JUH, DRK und MHD waren in einer dem Leitungsgefechtsstand des Territorialkommandos angegliederten „Zelle Hiorg“ zusammengefaßt. Sie überwachten und steuerten die sie betreffenden Übungsausschnitte, sorgten für den Informationsaustausch mit dem Leitungsstab und achteten auf Auswirkungen, die sich aus der jeweiligen Manöverlage für den Zivilschutz ergaben. Ihr Ziel war zugleich, die Zusammenar-

beit mit der Bundeswehr zu verbessern und organisationsinterne Verfahrensgänge in Hinsicht auf die Zivil-Militärische Zusammenarbeit zu entwickeln und zu erproben.

Ihr Fazit: Die gesteckten Ziele und Aufgaben wurden erfüllt, eine Intensivierung der Zusammenarbeit ist unbedingt wünschenswert. Ein vielversprechender Ansatz wurde gemacht. Die Johanniter werden beim Manöver „Wintex '89“ wieder dabei sein.



Aufnahme und Versorgung von „Verletzten“ sind die Aufgaben der JUH.

Bundesdelegiertenversammlung der Johanniter-Unfall-Hilfe

Präsident Graf von Schwerin wiedergewählt

Der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Wilhelm Graf von Schwerin von Schwanefeld, wurde auf der Delegiertenversammlung der Johanniter, die am 26./27.11.1988 in der JUH-Bundeschule in Nieder-Weisel stattfand, einstimmig wiedergewählt. Neu besetzt wurden die Positionen des Vizepräsidenten mit Heinrich v. Kleist-Retzow und des Schatzmeisters mit Christian Graf von Bassewitz. Ebenfalls neu im Amt ist Bundesausbildungsleiter Dr. Hans Heinrich Driftmann. Wiedergewählt wurde Bundesarzt Dr. med. Wolfgang Krawietz, Bundes-

pfarrer Dr. Christian-Erdmann Schott und Ingrid Gräfin von Schmettow als weibliches Mitglied im Präsidium.

Graf von Schwerin ist seit 1980 Präsident der JUH. Seine bisherige Amtszeit ist von wichtigen Entscheidungen gekennzeichnet: Die Mitgliederzahl der Johanniter erfuhr eine Steigerung auf nunmehr 460 000. Die Leistungen in den verschiedenen Aufgabenbereichen, vom Rettungsdienst bis zu den Sozialen Diensten, wurden deutlich gesteigert.

Im Ausblick auf seine dritte Amtsperiode setzte Graf von

Schwerin Schwerpunkte. In der JUH hat das ehrenamtliche Engagement für den Nächsten traditionell große Bedeutung. Mit Blick auf die Zunahme von sozialen und pflegerischen Aufgaben in einer Gesellschaft, die sich zu einer Gesellschaft der älteren und al-

ten Mitbürger entwickelt, wird dies immer wichtiger. Graf von Schwerin forderte deshalb die Johanniter auf, sich hier verstärkt zu engagieren, um eine deutliche Zunahme ehrenamtlicher Helfer zu erreichen. Auch forderte er die Delegierten auf, die Johanni-



JUH-Präsident Graf von Schwerin (rechts) im Gespräch mit dem Herrenmeister des Johanniterordens, Wilhelm-Karl Prinz von Preußen.

(Foto: Wich)

ter-Jugend zu unterstützen. Wichtig sei es, das Engagement der Jugend für die Älteren zu fördern.

Die Breitenausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe muß verstärkt werden. Viel zu wenige sind in der Lage, im Notfall zu helfen. Deshalb soll, so JUH-Präsident Graf von Schwerin, schon

in der Schule intensiv mit der Ausbildung in Erster Hilfe begonnen werden.

Ein weiteres Ziel der Johanniter ist, die erfolgreiche Aufbauarbeit im Bereich der Sozialen Dienste auch in Zukunft zu verstärken. Die Sozialen Dienste – Essen auf Rädern, Besuch und

Betreuung, Hausnotruf, Behindertenfahrdienst – ermöglichen Alten und Pflegebedürftigen, ihre Selbständigkeit und ihr Zuhause zu erhalten.

Graf von Schwerin machte deutlich, daß sich die Johanniter auch in Zukunft den Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes

verpflichtet fühlen. Er appellierte an Bund und Länder, auch unter Berücksichtigung möglicher Katastrophen im täglichen Geschehen, den Hilfsorganisationen für ihre Einsatzbereitschaft moderne Ausrüstung und ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Das aktuelle Interview

JUH-Präsident Wilhelm Graf von Schwerin, der die Schwesternhelferinnen während ihres Einsatzes bei der Heeresübung besucht hatte, stellte sich aktuellen Fragen zum Engagement der Johanniter im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes und zum Schwesternhelferinnen-Programm.

Frage: Die JUH wurde von Bundeskanzler Adenauer als freiwillige Hilfsgesellschaft im Sinne der Genfer Konventionen anerkannt und ermächtigt, im Sanitätsdienst der Bundeswehr mitzuwirken. Damit verbunden ist auch die entsprechende Ausbildungsverpflichtung. Wie hat sich dieser Bereich seit der Anerkennung weiterentwickelt?

Graf Schwerin: Aus der Anerkennung der Johanniter-Unfallhilfe als freiwillige Hilfsgesellschaft gemäß Artikel 26 des I. Genfer Abkommens ergibt sich die von uns sehr ernst genommene Verpflichtung zur Ausbildung im Zivilschutz. Wir betreiben sie kombiniert für den Zivil- und Katastrophenschutz. Grundlagen sind zum einen die JUH-Richtlinien für die Aus- und Fortbildung der Sanitätshelfer, Gruppenführer, Zugführer und Bereitschaftsführer, zum anderen die Ausbildungsrichtlinien des Bundes und der Länder für die verschiedenen Fachdienste, in denen die JUH tätig ist. Diese Unterlagen haben heute einen hohen Standard und zeigen den Willen der JUH, qualifiziertes Personal in größtmöglichem Umfang stellen zu wollen.

Frage: Herr Präsident, Sie haben das Lazarett 200 in Rhaunen während der Heeresübung besucht. Welchen Eindruck haben Sie vom Ausbildungsstand der Schwesternhelferinnen?

Graf Schwerin: Der Ausbildungsstand der Schwesternhelferinnen, die im übrigen alle freiwillig mitgemacht haben, war gut. Verbesserungen sind dennoch in bestimmten Bereichen notwendig. So müssen die Ablauforganisation, der Schichtdienst und die Einarbeitung in den Umgang mit der Bundeswehr-Ausstattung viel häufiger geübt werden. Daher ist eine wesentlich intensivere Zusammenarbeit mit dem Sanitätsdienst der Bundeswehr nicht nur bei künftigen Übungen zu empfehlen.

Frage: Die JUH hat große Erfahrung bei der Schwesternhelferinnen-Ausbildung (SHA). Sie ist seit über dreißig Jahren in diesem Bereich aktiv. Ist die Ausbildung auch dazu geeignet, sich z. B. auf die Übernahme von Pflegefällen in der eigenen Familie vorzubereiten?

Graf Schwerin: Die Ausbildung der Schwesternhelferinnen ist wie die in Erster Hilfe auch ein Beitrag zur „Breitenausbildung.“ Dies ist uns – neben der Ausbildung für den Zivil- und Katastrophenfall – immer ein Anliegen gewesen. Dieser Aspekt der Breitenausbildung wird dadurch unterstrichen, daß Schwesternhelferinnen auch häusliche Krankenpflege und Altenpflege übernehmen können, und gewinnt an Gewicht, wenn wir an den drohenden „Pflegenotstand“ und die Alterspyramide unserer Bevölkerung denken.

Frage: An wen wendet sich das Ausbildungsangebot?

Graf Schwerin: Wir wenden uns an Frauen jeden Alters und freuen uns auch über interessierte Männer. Da wir für die Ausbildung von Männern von der Bundesregierung keinen Zuschuß erhalten, tragen wir diese Kosten selbst oder erheben



JUH-Präsident Wilhelm Graf von Schwerin.

geringe Beiträge. Es sind uns Schülerinnen, Studentinnen, berufstätige Frauen, aber besonders Hausfrauen mit Kindern oder zu betreuenden Angehörigen im Haushalt willkommen. Wann immer eine Frau für die Ausbildung die Zeit einplanen kann: sie sollte daran interessiert sein.

Frage: Seit Jahren liegt die Zahl der Teilnehmer an der SHA der Johanniter zwischen 2 800 und 2 500, bei leicht rückläufiger Tendenz. Sind hier verstärkte Werbemaßnahmen der JUH notwendig?

Graf Schwerin: Ja, verstärkte Werbung benötigen wir ganz sicher, wenn die Ausbildungszahlen gehalten werden sollen. Ich denke insbesondere an neue Medien wie die lokalen Rundfunksender.

Frage: Die SHA ist kostenlos. Sie wird von der Bundesregierung gefördert, damit in Notzeiten das pflegerische Personal durch geschulte Kräfte ergänzt werden kann. Ist es nicht angesichts der sich häufenden Aufgaben im Sozialbereich wichtig, die Schwesternhelferinnen stärker in den verschiedenen Diensten der JUH einzusetzen?

Graf Schwerin: Wir werden durch den Geburtenrückgang nur mit großen Anstrengungen die derzeitigen Helferzahlen halten können. Hinzu kommt, daß wir für viele unserer Sozialen Dienste gerne zusätzlich ältere Helfer hätten, auch wegen deren größerer Lebenserfahrung. Wir denken intensiv darüber nach, wie wir von uns ausgebildete Schwesternhelferinnen zur Mitarbeit gewinnen können. Wir müssen versuchen, sie auch Jahre nach ihrer Ausbildung bei uns wieder anzusprechen. Wir könnten sie sicherlich gut in den Sozialen Diensten, insbesondere dem MSHD, einsetzen. Dort gibt es bekanntlich ja überwiegend Zivildienstleistende und zu wenig weibliche Helfer.

Hilfebedürftigkeit heute – und was können wir dagegen tun?

Angesichts der zunehmenden Hilfebedürftigkeit ergeht an den Malteser-Hilfsdienst die Frage, wie er mit seinen spezifischen Möglichkeiten zum Abbau von Leid und Not beitragen kann. Seit langem ist die Grundsatzentscheidung gefallen, daß die Malteser Soziale Dienste anbieten. Allerdings soll das verstärkte Engagement in den Sozialen Diensten nicht zu einer Verdrängung der herkömmlichen Dienste und zu einer Überlastung der Helferschaft führen. Eine wichtige Voraussetzung ist daher die Gewinnung neuer Helfer, zu denen Ehemalige, Frauen in der Lebensmitte und Senioren zählen. Doch mit der Motivation allein ist es nicht getan, diese Helfer müssen qualifiziert werden. Deshalb plant der Malteser-Hilfsdienst u. a. eine Sozialhelfer- und Behindertenhelfer-Ausbildung, in der grundlegende Kenntnisse vermittelt und Sensibilität für die Situation und die Bedürfnisse der Betreuten geweckt werden.

Die gesellschaftliche Situation ist – derzeit und auch zukünftig – geprägt von einem weit verbreiteten und zunehmenden Bedarf an sozialen Hilfen verschiedenster Art.

Denn es ist wohl eine unstrittige Tatsache, daß die Not uns täglich und vielerorts begegnet, ja fast zu einem Wesensmerkmal unserer sogenannten Wohlstandsgesellschaft geworden ist.

Die Erscheinungsformen der Hilfebedürftigkeit sind so zahlreich und so vielfältig wie die Menschen und gesellschaftlichen Gruppen, die von einer Form der Not – oder auch von mehreren gleichzeitig – betroffen sind.

Denn Hilfebedürftigkeit kann und darf nicht nur eine abstrakte, uns vielleicht nur wenig berührende Zustandsbeschreibung unserer gesellschaftlichen Situation sein, sondern ist immer angebunden an das konkrete Leid des einzelnen Menschen, an die ganz persönliche Betroffenheit.

So wissen wir beispielsweise, welche materielle – und auch immaterielle (dies wird oft nicht beachtet) – Not der Langzeitarbeitslose leidet oder die kinderreiche Familie, die ständig an der Grenze des finanziellen Existenzminimums lebt. Wir kennen die Hilfebedürftigkeit der sogenannten Randgruppen, etwa der Obdachlosen und der Nichtseßhaften. Wir sind uns des Umstandes bewußt, daß heute menschliche Vereinsamung, geistig-moralische Desorientierung und Labilität in persönlichen Bindungen verbreitet sind, oft gerade dort, wo die materielle Existenz mehr als gesichert ist. Schließlich wissen wir

auch, von welchen besonderen Problemen Asylanten oder Ausländer betroffen sind.

Es ist sicherlich nicht ausgeschlossen, daß einige dieser Zielgruppen Anknüpfungspunkte für die Arbeit des Malteser-Hilfsdienstes sein können; so wäre etwa – um ein aktuelles Beispiel zu nennen – die Betreuung von Aussiedlern ein besonders wichtiges und dankbares Betätigungsfeld.

Hintergründe:

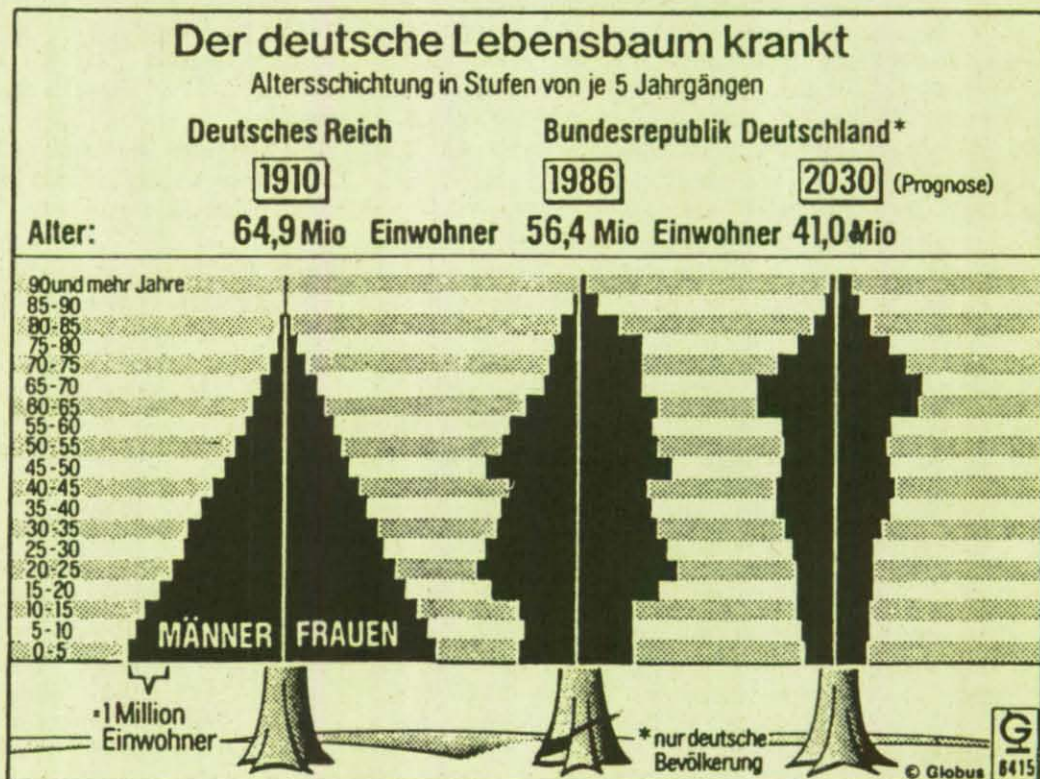
- 1 Eine steigende Lebenserwartung und ein Anstieg der Zahl der Menschen über 65 Jahre bis zum Jahr 2000 wird die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern auf 76 und bei Frauen auf 80 Jahre erhöhen.
- 2 Diese steigende Lebenserwartung und dieser Anstieg der Zahl der Menschen über 65 Jahre wird mit einem Rückgang sowohl der Geburtenhäufigkeit als auch der absoluten Bevölkerungszahl

einhergehen und im Ergebnis zu einem steigenden Anteil älterer Menschen und damit zu einer drastischen Verschiebung der Altersstruktur in unserer Gesellschaft führen.

3 Alter einerseits und Hilfe- und Pflegebedürftigkeit andererseits sind grundsätzlich nicht gleichzusetzen. So sind über alle Altersgruppen gerechnet insgesamt weniger als drei Prozent der Menschen pflegebedürftig, mit 80 und mehr Jahren sind es dagegen fast 30 Prozent.

Deswegen wird die steigende Lebenserwartung und der Anstieg der Zahl der Menschen über 65 Jahre somit zu einer zunehmenden Hilfe- und Pflegebedürftigkeit führen.

4 Die in der Öffentlichkeit immer wieder vertretene Meinung, daß ältere Menschen keinen Platz in der Familie hätten und von den Kindern ins Heim abgeschoben würden, ist schlichtweg falsch. Lediglich weniger als fünf Prozent



aller über 65jährigen leben derzeit in einem Heim – und dies sind oft unverheiratete und kinderlose ältere Menschen.

5 Die über einen längeren Zeitraum andauernde Pflege eines hilfebedürftigen älteren Menschen durch Familienangehörige führt in aller Regel zu starken physischen und psychischen Belastungen, z. B. Belastung der pflegenden Tochter/Schwiegertochter sowie des Ehe- und Familienlebens, von den Einschränkungen der persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten (z. B. Ausschluß einer beruflichen Tätigkeit der pflegenden Tochter) einmal ganz abgesehen. Oftmals bedürfen die pflegenden Familienangehörigen selbst dringend der Hilfe und Unterstützung.

Hier ist jedoch zu bedenken, daß derzeit mehr als drei Viertel aller zuhause lebenden Pflegebedürftigen von ihren Angehörigen betreut werden, ohne daß eine Unterstützung von Dritten – etwa von professionellen Helfern – erfolgt.

Die nach dem Gesundheitsreformgesetz vorgesehene Pflegegeldleistung sowie auch eine – grundsätzlich wünschenswerte – rentenversicherungsrechtliche Absicherung der familiären Pflegekraft könnten sicherlich einen gewissen materiellen Ausgleich darstellen; die schwierige persönliche Situation der Pflegenden wird davon jedoch nicht berührt.

Schere öffnet sich

Einerseits führt der starke Anstieg der Zahl älterer Menschen und insbesondere der Hochbetagten zu einer drastischen Zunahme der Hilfe- und Pflegebedürftigkeit dieses Personenkreises.

Andererseits wird die Zahl derjenigen, die Hilfe und Pflege leisten können – also primär die eigenen Kinder – rapide zurückgehen.

Damit steht fest, daß sich die Schere zwischen dem zunehmenden Hilfebedarf und den sinkenden Möglichkeiten familiärer Selbstversorgung zukünftig weiter öffnen wird.

Hilfeangebot realisieren

Insgesamt lassen sich die genannten Aspekte zu folgendem Ergebnis zusammenfassen:

Die drastisch zunehmende Hilfebedürftigkeit verlangt nach einem Hilfeangebot, das einerseits bei der Unterstützung der überlasteten pflegenden Angehörigen ansetzt, das andererseits Ersatz schafft für den eventuellen Ausfall familiärer Selbstversorgung!

Dieses Hilfeangebot wird in stationären, teilstationären, vor allem aber ambulanten und mobilen Hilfeformen realisiert werden müssen.

Die Aufgabe, ein solches Hilfeangebot zu realisieren, stellt eine Herausforderung an alle gesellschaftlichen Kräfte dar. Angesprochen sind dabei nicht nur staatliche Sozialleistungsträger, sondern insbesondere jene Institutionen und Verbände, die die soziale und caritative Arbeit zu ihrem Aufgabenbereich zählen.

Dabei kann sich der Malteser-Hilfsdienst in wohlthuender Weise von allen übrigen Organisationen unterscheiden: Als katholische Hilfsorganisation hat er die Möglichkeit, ja die Verpflichtung aufgrund seines geistig-religiösen Selbstverständnisses der weit verbreiteten Hilfebedürftigkeit einen weiteren Gesichtspunkt abzugewinnen und so ein zweites Motiv für sein soziales Tun zu finden: Indem die gesellschaftliche Hilfebedürftigkeit als gleichzeitige Betroffenheit des einzelnen Menschen, als konkretes Leid des Individuums verstanden wird.

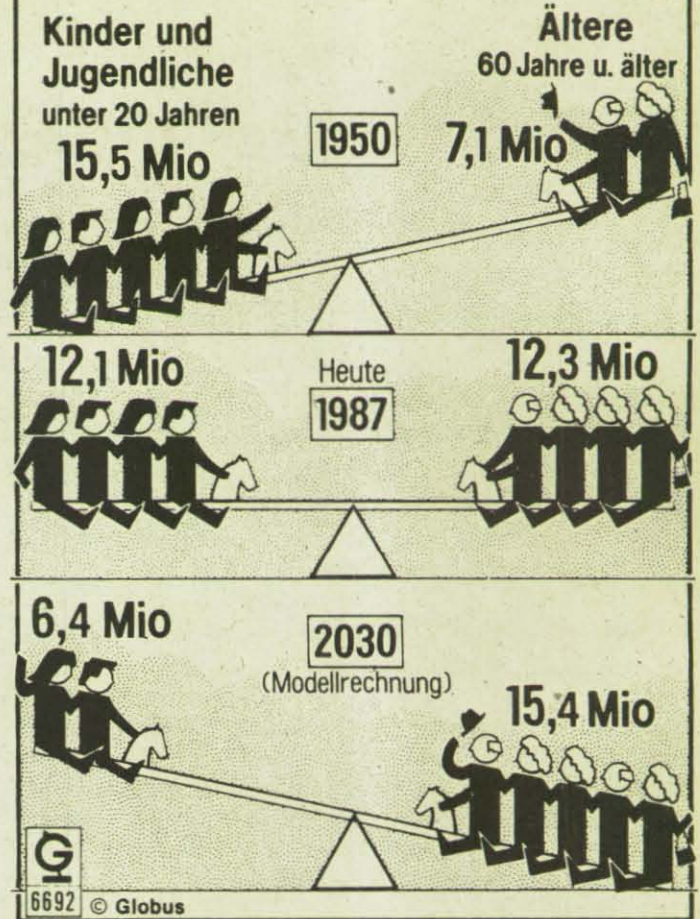
Darin liegt auch eine Chance, denn das Wissen darum, daß es in der Nachbarschaft einen 85jährigen alleinstehenden vereinsamten und auf Hilfe angewiesenen „Peter Müller“ gibt, kann sehr viel mehr betroffen machen und sehr viel mehr zum Tun herausfordern als das Wissen darum, daß es in unserer Gesellschaft mehrere hunderttausend über 80jährige und pflegebedürftige „Peter Müllers“ gibt.

Gerade den Maltesern muß es darum gehen, im Dienst am Nächsten dessen individuelles Leid zu mindern.

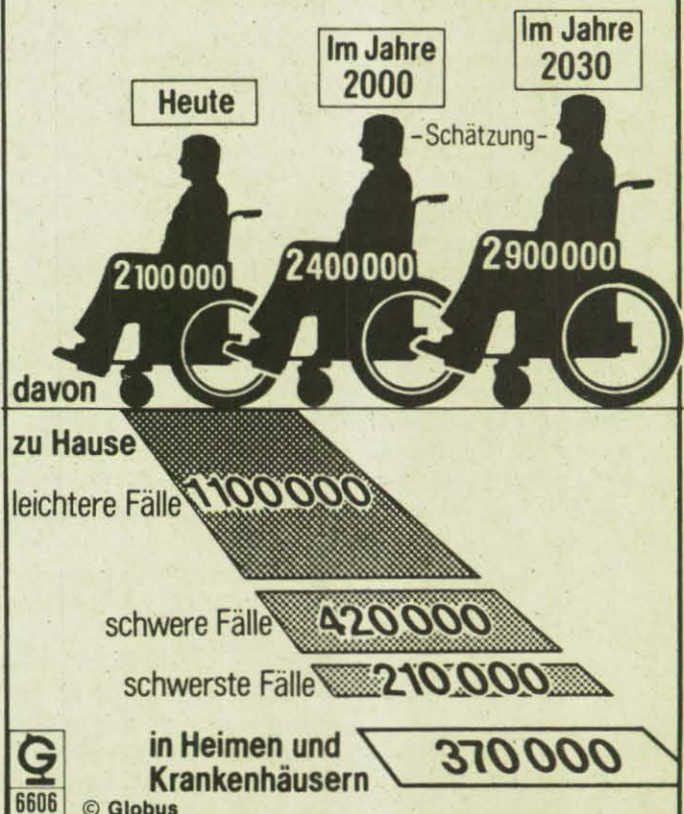
Dieser Nächste aber – dieser Nächste ist überall!

Künftig: Übergewicht der Älteren

Bevölkerung der BR Deutschland (ohne Ausländer)



Immer mehr Pflegefälle



DFV-Arbeitshilfe für die Inanspruchnahme der

Selbstbewirtschaftungsmittel/Jahresbeträge

für die Einheiten und Einrichtungen des Erw. Katastrophenschutzes
(Stand: 10. 11. 1988)

Hinweis: Für den Erw.KatS im Zivilschutz stellt der Bund jährlich u. a. Haushaltsmittel zur Verfügung, die als Selbstbewirtschaftungsmittel den Einheiten und Einrichtungen des Erw. Katastrophenschutzes zur Verfügung stehen, so auch den Einheiten des „Brandschutzdienstes“. In der Vergangenheit haben die Einheiten der Feuerwehren vieler Bundesländer jährlich eine mehr oder weniger große

Summe ungenutzt an den Bund zurückfließen lassen. Nachfolgendes Merkblatt soll deshalb Informationen geben, welche Haushaltsmittel unter welchen Voraussetzungen in Anspruch genommen werden können. Künftig dürften demnach am Jahresende in keinem Bundesland mehr Haushaltsmittel übrigbleiben. Feuerwehren, kümmert Euch hierum!

Der Bund trägt die Kosten

- der Materialerhaltung und -beschaffung
- des Betriebes der Fahrzeuge
- der Bewirtschaftung der Unterkünfte (beim Brandschutzdienst anteilmäßig)
- der besonderen Ausbildung nach FwDV 2/2 (20 %)
- der Vollausbildung (für Fachdienste außer Brandschutz- und Sanitätsdienst)
- der Unterhaltung der Einheiten des Erw. Katastrophenschutzes.

Hierfür werden vom Bund Selbstbewirtschaftungsmittel/Jahresbeträge auf der Basis von Richtzahlen bereitgestellt, aus denen die Ausgaben zu bestreiten sind. Der Hauptverwaltungsbeamte des Kreises/der kreisfreien Stadt ist für die Mittelbewirtschaftung dieser Bundesmittel zuständig. Der Jahresbetrag für eine Einheit/Einrichtung steht insgesamt für alle vom Bund zu tragenden Kosten zur Verfügung.

Damit diese Bundesmittel jährlich in Anspruch genommen werden können und um den rechtzeitigen Mittelabfluß zu gewährleisten, sind nachfolgende Punkte zu beachten:

Allgemeines

1. Personal und Material der Einheiten im Erw.KatS werden durch STAN festgelegt. Der Hauptverwaltungsbeamte (HVB) hat die Träger der Einheiten - in der Regel am Jahresanfang - über die Höhe der zustehenden Jahresbeträge zu unterrichten. Nicht benötigte Selbstbewirtschaftungsmittel kann der HVB für einen Mittelausgleich zwischen den Trägern verwenden.

2. Das Vorhandensein der vom HVB genehmigten Ausbildungs-/Dienstpläne ist eine zwingende Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Selbstbewirtschaftungsmittel. Bei der Übernahme der Ausbildungskosten ist folgendes zu beachten:

- Die Träger der Einheiten sind dem HVB für die ordnungsgemäße Durchführung der Ausbildung am Standort verantwortlich.
- Sie legen dem HVB rechtzeitig (erstmalig zum Jahresbeginn) die Ausbildungs-/Dienstpläne vor.
- Für Übungen im Zugverband oder auf Kreisebene sind zusätzli-

che detaillierte Übungsunterlagen vorzulegen.

● Der für die Arbeiten „Materialerhaltungsstufe 1“ erforderliche technische Dienst (außerhalb der Ausbildung) bestimmter Helfer ist im Dienstplan festzulegen oder von Fall zu Fall anzuordnen.

3. Die Führer der Einheiten erstellen anhand der Musterausbildungspläne (für Brandschutzdienst z. B. gem. FwDV 2/2) die Dienst-/Ausbildungspläne für den Teil „besondere Ausbildung“. Der Plan muß mindestens beinhalten:

- Name des Trägers/taktische Bezeichnung der Einheit,
- Datum/Zeit, Ort/Unterkunft,
- Thema der Ausbildung (zu verwendende Dienstvorschrift),
- Name/Funktion des Ausbilders,
- voraussichtliche Teilnehmerzahl,
- aus den Selbstbewirtschaftungsmitteln zu erstattende voraussichtliche Kosten für den jeweiligen Anlaß.

Zur Erleichterung der Kostenabrechnung empfiehlt es sich, beim Brandschutzdienst für die Themen der „besondere Ausbildung“ die Veranstaltungen gesondert durchzuführen.

4. Für jedes vom Bund gelieferte Fahrzeug des Erw.KatS ist ein Fahrtenbuch zu führen. Die Eintragungen müssen Angaben beinhalten über:

- a) Anlässe des Erw.KatS, dazu gehören
 - „besondere Ausbildung“ (gem. FwDV 2/2)
 - sonstige Fahrten für Anlässe des Erw.KatS
 - Bewegungsfahrten rd. 50 km monatl. (sofern 600 km pro Jahr für friedensmäßige Feuerwehraufgaben gem. Pos. 4 b nicht erreicht werden)
- b) Fahrten für friedensmäßige Aufgaben (sofern diese überhaupt anfallen)
- 5. In der nachfolgenden Übersicht sind in einer Kurzfassung Einzelheiten zur Inanspruchnahme der Selbstbewirtschaftungsmittel/Jahresbeträge zusammengestellt.

Übersicht zur „Inanspruchnahme der Selbstbewirtschaftungsmittel/Jahresbeträge“

gem. KatS-Kosten-VwV vom 27. 2. 72 und „Allgem. VwV über die Jahresbeträge und die Selbstbewirtschaftungsmittel für die Einheiten und Einrichtungen“

Verwendungszweck	Erläuterungen	Hinweise auf gesetzliche Bestimmungen u. sonstige Vermerke
1	2	3
Kosten der Materialerhaltung und Ersatzbeschaffung	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten der Instandhaltung der Ausstattung, insbesondere Abfindung des Mehraufwandes der hierfür eingesetzten Helfer (f. Fahrtkosten u. Wegstreckenentschädigung) - Gläser für Gestelle für Masken-Stegbrillen (für ABC-Maske M 65 Z, wenn Sehhilfe benötigt wird; Gestell wird von KatS-Zentralwerkstatt geliefert) - Reinigung der persönlichen Ausstattung der Helfer - Pflege und Reinigung der Druck- u. Saugschläuche - „Kleine“ Ersatzbeschaffungen (für STAN-Ausstattung) bis 100,- DM im Einzelfall; Höchstbetrag kann bis zu 300,- DM im Einzelfall betragen, wenn der ersatzbeschaffte Gegenstand unverzüglich zur Aufrechterhaltung des Ausbildungs- und Dienstbetriebes notwendig ist 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 19/a</p> <p>f. Brandschutzdienst 1 × jährl.</p> <p>KatS-Kosten-VwV Nr. 19/d Am Standort sind die Arbeiten der Materialerhaltungsstufe 1 durchzuführen.</p>
Betrieb der Einsatzfahrzeuge	<ul style="list-style-type: none"> - Verbrauch für Fahrzeuge und für sonstige verlastete motorbetriebene Ausstattungsgegenstände (Kraftstoffe, Öle, Fette, destilliertes Wasser, Rostschutzmittel, Leichtbenzin, Kochbadflüssigkeit, Bremsflüssigkeit, Frostschutzmittel) - Fahrtenbücher, Bordbücher, Betriebsstundenbücher - Füllung von Druckgasflaschen 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 19/b Bewegungsfahrten 600 km jährlich (Teilstrecke nicht unter 15 km), soweit diese Strecke nicht bereits für Dienstfahrten friedensmäßig zurückgelegt wurde. Eintragungen im Fahrtenbuch dienen als Nachweis.</p>
Bewirtschaftung der Unterkünfte	<ul style="list-style-type: none"> - allgem. Bewirtschaftungskosten; z. B. Heizung, Licht, Reinigung (Hinweis: von anteiligen Kosten für KatS-Kfz u. KatS-Mannschaftsräume für Brandschutzdienst 20%) 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 19/c</p>
Sachaufwand bei der Durchführung der Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> - Karten des Kreises/der kreisfreien Stadt 1:50000, des Landes 1:250000 - Orts-/Stadtpläne - visuelle Ausbildungsmittel wie z. B. Folien, taktische Zeichen (einfacher Satz), Diaserien (die vom BZS gebilligt sind), sonstige Ausbildungsunterlagen (wenn nicht vom BZS geliefert) - sonstige Ausbildungshilfsmittel (z. B. ABC-Selbsthilfesatz, Verbandmaterial) - Schreib- und Zeichenmaterial - Vordrucke (z. B. Meldevordrucke für Beobachtungsmeldungen) - sonstiges Verbrauchsmaterial wie z. B. Schaummittel, Baustoffe, Schminkmaterial, ABC-Streumittel - Mietkosten für eine vorübergehende Fahrzeuganmietung (für Übung u. Einsatz) anstelle eines nach STAN zu „beordernden Fahrzeuges“ - Mietkosten für Ausbildungsgeräte (z. B. Tageslicht-/Diaprojektoren usw.), sofern beim Träger nicht vorhanden 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 20/c</p> <p>beim Brandschutzdienst nur für Anteil „besondere Ausbildung“</p>
Abfindung an Helfer, Ersatzleistungen f. Sachschäden und Erstattung fortgewährter Leistungen	<ul style="list-style-type: none"> - Fahrtkostenersatz bzw. Wegstreckenentschädigung - Verpflegungskosten für längere Veranstaltungen (wenn keine Naturalverpflegung erfolgte) - Naturalverpflegung an Helfer für längere Veranstaltungen - Mehraufwand der Führer und Unterführer (z. B. Fernspreckgebühren, Porto usw. zur Vorbereitung der Ausbildung) (Hinweis: Diese Abfindung kann pauschaliert werden, wenn dies für den friedensmäßigen KatS ebenso erfolgt!) - Ersatzleistungen an Helfer für Schäden an eigenen Sachen (Hinweis: Hierzu ist eine Schadensmeldung an den HVB erforderlich.) - Erstattung fortgewährter Leistungen für Arbeitnehmer und Verdienstausfall für Helfer, die keine Arbeitnehmer sind (bei Ausfall an Arbeitszeit von mehr als 2 Std. pro Tag oder 7 Std. in 2 Wochen); im übrigen gilt die Länderregelung für „Freiwillige Feuerwehren“ 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 20/a</p> <p>Nach Länderregelung: beachte Anhang 6 zum Leitfa den „Wirtschaftsverwaltung KatS“</p> <p>Ausbildung am Standort in der Regel außerhalb der üblichen Arbeitszeit durchführen</p>
Lehrentschädigung u. -vergütung	<ul style="list-style-type: none"> - Honorare für Gastlehrer (-ausbilder) 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 20/b Nur im begründeten Ausnahmefall, wenn keine eigenen Kräfte vorhanden.</p>
ärztliche Untersuchungen	<ul style="list-style-type: none"> - Untersuchung Träger Atemschutzmaske (je Helfer; nicht die Träger der PA) - Untersuchung der Träger von umluftunabhängigen Atemschutzgeräten nach G26 (Hinweis: beim Brandschutzdienst für 12 Fm je Zug 35% der Kosten) - Köche - Sprengberechtigte 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 21/b</p> <p>(nach § 18 i. V. m. § 17 Bundesseuchengesetz) (nach § 50 der 2. Durchführungsverordnung)</p>
Helferbetreuung	<ul style="list-style-type: none"> - Helferbetreuung bis zu dem beim Träger üblichen Umfang (z. B. Veranstaltungen zur Kameradschaftspflege) 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 21/c (nur für den Verstärkungsteil)</p>
Helferwerbung	<ul style="list-style-type: none"> - Helferwerbung 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 21/a Hinweis: falls erforderlich bei Helfermangel</p>

Junges DLRG-Team beim 4. Europapokal im italienischen Trento erfolgreich

Zum 4. Mal wurde der Europapokal im Rettungsschwimmen ausgetragen. Gastgeber war der italienische Verband, der die Lebensretter im September 1988 ins herrlich gelegene Levico Terme und nach Trento eingeladen hatte. Um den Europapokal – gestiftet von der Stadt Warendorf – kämpften in diesem Jahr zehn Mannschaften aus neun Ländern: Italien, Sowjetunion, Bulgarien, Niederlande, Spanien, Schweden, Frankreich, Belgien und der Bundesrepublik.

Nach einem spannenden und fairen Wettkampf hieß der Sieger zum 3. Male in Folge Italien. Das junge und neu formierte Team der DLRG schlug sich ausgezeichnet: Es gab drei Silber und drei Bronzemedailles sowie den 4. Platz in der Gesamtwertung.

Neu formiertes DLRG-Team

Mit der amtierenden Weltmeisterin Karin Thal (LV-Nordrhein) und Jürgen Bonnemann (LV-Bayern) standen nur noch zwei Rettungssportler im neu formierten DLRG-Team, die auch bei den Weltmeisterschaften 1987 in Warendorf an den Start gingen und Sieger wurden. Birgit Ramisch als

Trainerin, hat es in nur einem ¼ Jahr geschafft, ein schlagkräftiges Nachwuchsteam mit jungen Lebensrettern zu formieren. Dabei setzten sich vor allem drei junge Mädchen ins Bild:

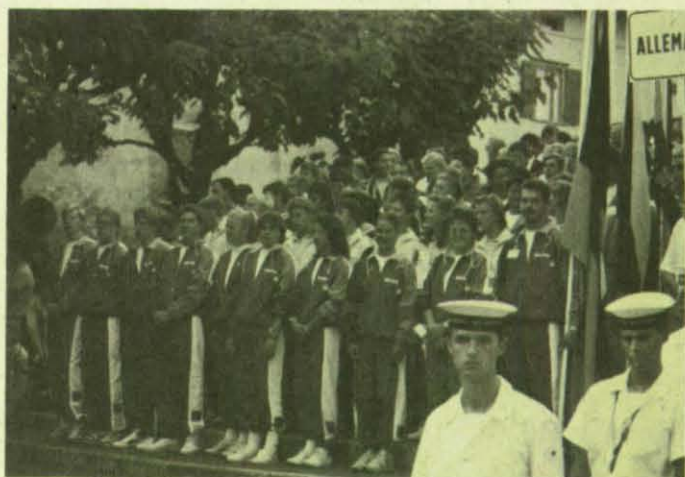
Tanja Köder (LV-Hessen) sowie die Geschwister Antje und Birgit Hole (LV-Rheinland-Pfalz).

Bei den Herren glänzte vor allem Wolfgang Resch (LV-Westfalen), der einen hervorragenden Sechskampf absolvierte.

Acht Disziplinen

Beim 4. Europapokal im Rettungsschwimmen in Italien wurden folgende Disziplinen ausgetragen: Im Einzelwettkampf standen das „200-m-Hindernisschwimmen“, das „50 m Retten einer Puppe“, der „Rettungsballweitwurf“, das „Retten mit einem Ruderboot über 150 m Distanz“, das „100-m-Schwimmen und Retten mit Flossen“ sowie die „100 m Kombinierte Rettungsübung“ auf dem Programm; beim Mannschaftswettbewerb wurden die Staffeln „4 × 25 m Retten einer Puppe“ und die „4 × 50 m Rettungsstaffel“ ausgetragen.

Im Rettungs-Vierkampf erzielten die 4 DLRG-Damen ebenso



Die DLRG-Mannschaft während der Eröffnungsveranstaltung auf dem Marktplatz von Levico Terme.



Silber für T. Köder (rechts) im Rettungsball-Weitwurf.



Silber für Karin Thal (links) im „150-m-Ruder-Wettbewerb“.



Bronze für die Herren-Mannschaft in der „4×50-m-Rettungsstaffel“.

eine Silber-Medaille wie im großen Rettungs-Sechskampf. Die Herren wurden im Sechskampf 5. und erreichten im Vierkampf den 7. Platz.

DLRG-Team auf Platz 4

Für das DLRG-Team gab es in der Nationenwertung beim 4. Europapokal mit 9299,2 Punkten den 4. Platz nach dem Gesamtsieger Italien, der UdSSR sowie Bulgarien. Auf den Plätzen nach der Bundesrepublik folgten Holland, Spanien, Schweden, Frankreich und Belgien. Sehr erfreulich war auch das Abschneiden der DLRG-Rettungssportler in der Einzelwertung. Unter den 36 Teilnehmerinnen wurde Karin Thal 4. im Vierkampf und 8. im Sechskampf. Für Antje Hole gab es einen 9. Platz im Sechskampf, sowie für ihre Schwester Birgit einen 10. Platz. Tanja Köder wurde 20. Noch erfolgreicher war Wolfgang Resch unter den 36 teilnehmenden Herren. Er holte den 5. Rang im Vierkampf und den 6. Platz im Sechskampf.

Jens Keil wurde 20., Jörg Rosen 21. und 26. im Sechskampf.

Freundschaftliche Kontakte

Neben den Wettkämpfen stand wie bei allen internationalen Treffen der Rettungssportler die Freundschaft und Kameradschaft im Mittelpunkt. Intensive Gespräche und neue Freundschaften sind sicher ein weiterer großer Erfolg des 4. Europapokals im Rettungsschwimmen, denn im November trafen sich erneut die Rettungssportler aus der Sowjetunion, Polen und Belgien zu einem freundschaftlichen Vergleich in zwei Wettkampfteilen. Zuerst wurde Eindhoven in den Niederlanden und später dann in Warendorf bei der DLRG ein Freundschafts-Ländervergleich ausgetragen, und dann beteiligten sich alle ausländischen Gäste auch an den 1. offenen Senioren-Meisterschaften im Rettungsschwimmen am 19. 11. 1988 in Rheda-Wiedenbrück.

DLRG auf der „hanseboot '88“ präsent

Rund 200 000 Schaulustige besuchten die „hanseboot“ vom 22. bis 30. Oktober – kamen nach Hamburg ins Hoch der Wassersportler. Alle diese Segel-, Yacht-, Motorboot- und Surffans wollten sehen, was es auf dem Wassersport-Markt an Neuigkeiten gibt. Enttäuscht wurde niemand: 724 Aussteller aus 25 Ländern zeigten in den zwölf Hallen und im Freigelände auf rund 64 000 Quadratmetern 1200 Boote und alles was das seebegeisterte Herz eines Seh-Mannes wünscht.

Sicherheit: Ein vordergründiges Thema

Groß geschrieben wurde 1988 die Sicherheit am und im Wasser: Im „Informations- und Beratungszentrum“ der Halle 12 wurden die vielen Fragen der Besucher zu diesem wichtigen Thema beant-

wortet. Klar, daß die DLRG hier nicht fehlen durfte. Die vier Nord-Landesverbände, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, berieten die hanseboot-Zuschauer auf ihrem gemeinsamen Stand. Unterstützung fand man hier beim Präsidium, das den Messestand aus Essen kostenlos bereitstellte.

DLRG-Programm

Sicherheit aber nicht nur im Obergeschoß der Halle 12: Im Sicherheitsaktionszentrum (SAZ) führen Organisationen, Verbände und Firmen ihre Tips vor. An zwei Tagen war die DLRG ins Programm aufgenommen. Erstaunen beim Publikum, als ein vier Meter langes Rettungsboot in das Becken, zwölf Meter Durchmesser, gehievt wurde. Jeweils anderthalb Stunden demonstrierten die Ret-

tungsschwimmer, wie man sich im Notfall verhalten sollte. Sybille Krägel, Objektleiterin „hanseboot“, zur DLRG: „Durch ihre Beiträge am SAZ sind den zahlreichen Besuchern wertvolle Tips eingepreßt worden.“

Sicherheitspreis

Erstmals wurde während der Internationalen Bootsausstellung der „hanseboot-Preis für Sicherheit und Innovation“ verliehen. Der Messebesucher bekam mit der Eintrittskarte einen Stimmentzettel und konnte so den Gewinner zusammen mit einem fachlichen Beirat ermitteln. Sieger des Sicherheitspreises wurde die Firma Bernhardt aus Wedel für einen „Sicherheitsgurt Bolero“, und das Jet-Stream-Team erhielt für „Tantys“ den Innovationspreis.

Der Geschäftsführer der Hamburg-Messe, Franz Zeithammer, überreichte die Goldmedaillen und Urkunden.

Interessantes am Rande: Wie das Hamburger Institut gdp Messtest in einer Untersuchung feststellte, haben etwa 13 Prozent der regelmäßigen hanseboot-Besucher „Schwimmen“ zum Hobby.

Achim Wiese



DLRG-Rettungsdemonstrationen im SAZ.



Der vom DLRG-Präsidium zur Verfügung gestellte Informationsstand auf der „hanseboot '88“.

DLRG Hessen demonstrierte Einsatzbereitschaft

Bei strahlendem Sonnenschein präsentierte sich der Landesverband Hessen anlässlich des Tages der offenen Tür seinen Gästen. Der Einladung waren u. a. gefolgt Staatsminister Karl-Heinrich Trageser (Hess, Sozialministerium), Oberbürgermeister Achim Exner (Wiesbaden), Präsident des Landessportbundes Hessen, Hans-Helmut Kämmerer, DLRG-Präsident Hans-Jochen Barthold und Polizeidirektor (WAPO) Heinz Träxler.

DLRG-Bilanz herausgestellt

In seiner Begrüßungsansprache stellte LV-Präsident Günter

Walter den Besuchern eine gute Bilanz der DLRG vor. 280 000 Menschen seien vor dem Ertrinken bewahrt und fast 29 Millionen Menschen im Schwimmen ausgebildet worden.

Staatsminister Karl-Heinrich Trageser zeigte sich beeindruckt über diese Leistung und hob hervor, daß besonders die Jugend in der DLRG ein dominierender Bestandteil sei und hier in der DLRG jeder Bürger, ob Mann und Frau, seine Fähigkeiten und Möglichkeiten unter Beweis stellen könne. Staat und Gesellschaft hätten hier eine Verpflichtung, die Opferbereitschaft und die Einsatzfreudigkeit der Männer

und Frauen dieser Organisationen anzuerkennen und finanziell bei der Bewältigung ihrer nicht leichten Aufgabenstellung zu helfen. Über die Zusage des Staatsministers zur Bereitstellung von 30 000 DM des Sozialministeriums und weitere 7500 DM des Innenministeriums, als Geschenk zur Anschaffung weiterer Ausrüstungsgegenstände, freute sich Günter Walter und mit ihm der Landesvorstand ganz besonders.

Mehr Umweltbewußtsein gefordert

DLRG-Präsident Hans-Jochen Barthold forderte mehr Schutz für Flüsse und Seen. „Wenn wir so weiter machen, als Bürger nicht umweltbewußter Denken lernen, kann bald die Zeit kommen, wo wir unsere Lebensretter nur noch mit Schutzanzügen ins Wasser schicken können.“

Umweltschutz ist bitter notwendig.“

Barthold äußerte sich lobend über das gute Verhältnis zwischen Regierung und der DLRG in Hessen.

Nach dem offiziellen Teil konnten sich Minister Trageser und Gäste ein Bild von der „Schlagkraft“ der DLRG Hessen während



Im Gespräch: Sozialminister K. H. Trageser (rechts) und DLRG-Präsident H. J. Barthold.

eines Rundganges durch die Fahrzeug- und Geräteschau machen.

Gemütlicher Ausklang

Anschließend saß man gemütlich zusammen bei guter Erbsensuppe, die seit Jahren, schon zu Tradition geworden, von Kameraden der Johanniter-Unfall-Hilfe zubereitet wurde. Für Stimmung und gute Laune sorgte die Kapelle „Die Roten Herolde“. Für die Kinder gab's Spiele, Luftballonwettbewerb und natürlich Bootsfahrten. Die dienstbereiten Kameradinnen und Kameraden hatten mit Würstchen grillen, Bier zapfen, Kaffee und Kuchen ausgeben alle Hände voll zu tun. Der Tag war wieder einmal ein guter Erfolg. Jürgen Kämmerer



LV-Präsident G. Walter (2. v.l.) erklärt Minister Trageser die Funktion eines Tauchgerätes.

Dortmund: Ausbildungs- und Einsatzzentrale eingeweiht

Ein jahrelanges Bemühen der DLRG Dortmund fand nun ein erfolgreiches Ende; die Übernahme eines städtischen Gebäudes für die Errichtung einer „Ausbildungs- und Einsatzzentrale“.

Schon seit 1978 hat Bernd Hauptmeier, Bezirksleiter in Dortmund, im Auftrage seiner 13 Ortsgruppen und über 2000 Mitglieder, erste Versuche und Vorstöße in Richtung „eigenes Heim“ unternommen.

Diese Vorstöße wurden von Höhen und Tiefen des Erfolges

begleitet. Diese Wechselbäder waren: Fragen des Standortes, Finanzierung, Unterhaltung und Objektgröße, denn die Realisierung durfte den Ausbildungs-, Übungs- und Rettungsbetrieb in keiner Weise gefährden.

Ortstermine mit den verschiedensten Ämtern der Stadt Dortmund, mit Vertretern aller Fraktionen des Rates der Stadt sowie größeren Wirtschaftsunternehmen ließen die äußerst schwierige Aufgabenstellung erkennen und waren von zähflüssigen Verhandlungen über Jahre hinaus geprägt, obwohl alle Gesprächspartner entgegenkommen und Verständnis für die prekäre Lage der DLRG signalisierten.

Bis zum Tage der Einweihung des neuen Hauses waren Rettungsboote, Einsatzfahrzeuge,

Tauchgeräte sowie die Materialien der Geschäftsstelle bei Freunden, Gönnern und Privatleuten verstreut untergebracht.

So ist es besonders dem Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Günter Samtlebe, zu verdanken, daß der Traum der DLRG letztlich verwirklicht werden konnte.

Im Endstadium des Ausbaues ist vorgesehen, daß in diesem



Die neue Ausbildungs- und Einsatzzentrale.

DLRG-Haus die Bezirksgeschäftsstelle wie auch in einer noch zu erstellenden Halle Boote, Einsatzfahrzeuge, Tauchgeräte und andere Materialien untergebracht werden.

Die Effektivität und Einsatzbereitschaft der Dortmunder DLRG ist allein wegen des zentralen Standortes dieses Ausbildungszentrums eminent gesteigert worden. Dank großzügiger Unterstützung der Stadt Dortmund und der Stadtparkasse Dortmund konnten die ersten Renovierungsarbeiten abgeschlossen werden.

Auch in der nächsten Zeit werden ständig DLRG-Mitglieder aller Gliederungen des Bezirks ihre Freizeit hier verbringen, um an der Verschönerung IHRES Ausbildungszentrums mitzuarbeiten.

-DON-

Presseschau des Inlands

Mehr RTH-Einsätze im 1. Halbjahr 1988

18867mal sind die im öffentlich-rechtlichen Luftrettungsnetz der Bundesrepublik fest stationierten Rettungshubschrauber im 1. Halbjahr 1988 zu Hilfsaktionen gestartet. Das ist fast exakt die gleiche Zahl, die als Gesamtjahresergebnis vor 10 Jahren, 1978, erreicht wurde.

Die bei der gemeinnützigen ADAC-Luftrettung GmbH in München geführte Gesamtstatistik des Luftrettungsdienstes weist für die Monate Januar bis Juni 1988 eine Zunahme um durchschnittlich 15,6 % aus. Deutlich mehr in Anspruch genommen wurden insbesondere die RTH-Stationen Christoph 3, Köln (+ 33 %), Christoph 11, Villingen-Schwenningen (+ 40 %), Christoph 24, Rheine (+ 34 %) und Christoph 16, Saarbrücken (+ 42 %). Im letzteren Fall ist der außerordentliche Anstieg der Einsatzzahlen nach Auskunft der Leitstelle auf eine geänderte Dienstanzweisung zurückzuführen. Danach sind im Interesse einer Verkürzung der Eintreffzeiten des Rettungsdienstes, die Reichweiten für bodengebundene NAW-Systeme, verkürzt worden, was jetzt zu einer Erweiterung des Spektrums von Christoph 16 geführt hat.

Die Stationen Hamburg, München und Hannover haben mit ihren jeweiligen Halbjahresergebnissen bereits nahezu den Gesamtjahresdurchschnittswert aller Stationen des Vorjahres erreicht. Christoph 31, Berlin, steht mit 720 Einsätzen in der Rangfolge der 36 RTH-Stationen an 4. Stelle mit weiterer Aufwärtstendenz.

Das hohe Einsatzaufkommen 1988 wurde zum einen durch die Wetterlage beeinflusst, die zu weniger Ausfallzeiten führte und zum anderen durch das mit dem günstigen Wetter einhergehende höhere Verkehrsaufkommen, das seinen Niederschlag in einer negativen Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen fand.

Im einzelnen stellt sich das Unfallgeschehen im gleichen Zeitraum wie folgt dar: Verkehrsunfälle + 3,9 %, Verletzte + 18 %, Verkehrstote + 16 %.

Die rasche Versorgung am Unfallort, der schonende Transport ins Krankenhaus bzw. die Verlegung in

Spezialkliniken durch die Luftrettung kam 15611 Patienten zugute.

(RTH-Intern 3/88)

1988 erstmals zwei Millionen Unfallverletzte

**Auch die Zahl der Verkehrstoten
wird in diesem Jahr wieder deutlich
steigen**

Die Zahl der bei Verkehrsunfällen in der Bundesrepublik getöteten Menschen wird in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent auf schätzungsweise 8500 steigen. Damit werde das bisher günstigste Ergebnis seit Einführung der Verkehrsunfallstatistik im Jahr 1953 vom vergangenen Jahr (7967 Tote) deutlich übertroffen, berichtete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden.

Die Statistiker haben ihre Schätzung nach den Zahlen von Januar bis August und den Vorabzahlen für September und Oktober ermittelt. Danach dürfte die Zahl der Verkehrstoten in diesem Jahr um etwa 500 höher sein als im Vorjahr. Die Zahl der bei Unfällen Verletzten werde mit 25000 (plus sechs Prozent) auf fast 450000 steigen. Die Zahl aller polizeilich erfaßten Unfälle werde voraussichtlich erstmals seit Einführung der Statistik die Zwei-Millionen-Grenze erreichen. Dies bedeute im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um 23000 (plus 1,1 Prozent). Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden dürfte um 6,5 Prozent auf rund 347000 steigen.

Einen Hauptgrund für die steigenden Zahlen der Unfälle und Verletzten sehen die Statistiker im „Anstieg der Verkehrsteilnahme“. Dieser sei zumindest teilweise auf den besonders milden Jahresanfang zurückzuführen. Das vergleichsweise günstige Wetter spiegele sich auch bei den Unfallursachen wider. 1988 habe bei „nur“ zehn Prozent der Unfälle mit Personenschaden Straßenglätte eine Rolle gespielt; im Vorjahr habe dieser Anteil 13 Prozent betragen.

Trotz eines leichten Anstiegs der Verkehrsunfälle sind im September 1988 auf den Straßen der Bundesrepublik weniger Menschen getötet

oder verletzt worden als im September des Vorjahres. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, registrierte die Polizei 166074 Unfälle, bei denen 685 Menschen starben und knapp 40000 verletzt wurden.

(Süddeutsche Zeitung Nr. 278)

Die Kornkammern sind leer

**Der Dritten Welt droht eine neue
Ernährungskrise**

Die zum Ende dieses Jahres erheblich gesunkenen Weltgetreidevorräte lassen nach Ansicht der Vorsitzenden der Deutschen Welthungerhilfe, Helga Henselder-Barzel, befürchten, daß sich die Ernährungslage in den ärmsten Entwicklungsländern noch weiter verschlechtern wird. Die Ernteverluste in Lateinamerika, den USA, in China und der Sowjetunion als Folge von Dürreperioden hätten die weltweiten Getreidevorräte auf den niedrigsten Stand seit der Welternährungskrise in den frühen 70er Jahren schrumpfen lassen, erklärte sie in einem in Bonn veröffentlichten Weihnachtsaufruf der Welthungerhilfe.

Derzeit lägen die Vorräte unter dem für die Sicherung der Ernährung erforderlichen Mindestbestand, sagte Henselder-Barzel. Die relativ guten Ernten vor allem in Westeuropa, Asien und in einigen Gebieten Westafrikas hätten die Verluste in den „Kornkammern“ der Welt nicht ausgleichen können. „Es muß als Warnsignal verstanden werden, wenn Ernterückgänge in den traditionellen Überschußgebieten zu einer signifikanten Verschlechterung der weltweiten Ernährungsvorräte führen“, sagte die Vorsitzende der Deutschen Welthungerhilfe.

Für die Dritte Welt sei 1988 ein Katastrophenjahr gewesen. Henselder-Barzel erinnerte daran, daß neben regionalen Dürrekatastrophen zahlreiche Entwicklungsländer von Überschwemmungen, Wirbelstürmen und Heuschreckenschwämen heimgesucht worden seien. Ihre wirtschaftliche Lage habe sich zudem durch die anhaltende Schuldenkrise noch zuspitzt.

(Frankfurter Rundschau Nr. 301)

Presseschau des Auslands

Zivilschutz ein gemeinsames Anliegen

Zivilschutz und Selbstschutz dürfen nicht länger unter ferner liefen rangieren. Denn im Zivilschutz steckt zu viel Verantwortung für die Gemeinschaft, als daß er zum Privathobby degradiert werden dürfte. Und Zivilschutz darf ebensowenig als Spielweise für Alibiaktionen dienen.

Zivilschutz läßt sich heute nicht mehr mit Versprechungen und schönen Formulierungen abtun und vielleicht als lästiges Anhängsel kaltstellen. Denn er kann sich auf die Regierungserklärung 1987 berufen, in die die neue Definition, wie sie bei der seinerzeitigen Zivilschutzenquête aus der Taufe gehoben wurde, übernommen wurde.

Was das bedeutet, kann wohl kaum mißinterpretiert werden. Bereits im Februar 1984 bei der Generalversammlung des Österreichischen Zivilschutzverbandes hat Bundesminister Karl Blecha die große Zivilschutzoffensive eröffnet und den Zivilschutz neu definiert. Die Katastrophe von Tschernobyl hatte die Bürger und Behörden wacherüttelt. Es ist daher müßig, immer wieder darauf hinzuweisen, welche Maßnahmen der ÖZSV in engster Zusammenarbeit mit Behörden, Ländern, Gemeinden, Einsatzorganisationen und engagierten Privatpersonen gesetzt hat, um den Bürger zu informieren, für den Selbstschutz zu interessieren und zu motivieren. Wir haben es nicht notwendig, uns ständig zu rechtfertigen.

Unsere Aktivitäten sind dokumentiert, nachzulesen und nachzufragen. Die Mitarbeit bei der Errichtung von Gemeindegemeinschaftszentren und ihr Veranstaltungsangebot sind ein Beispiel dafür.

Trotzdem, das müssen wir uns ehrlicherweise eingestehen, stagniert das Zivilschutzengagement teilweise auch in den Selbstschutzzentren. Weshalb der ÖZSV erkannt hat, daß er sich nun in der zweiten Phase seines Auftrages mit der bisher praktizierten Informationstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit nicht länger zufriedengeben kann.

Der ÖZSV hat das Gewissen der Behörde zu sein. Denn das, was fehlt als nunmehr weiterer Schritt, ist der Paukenschlag, mit dem der neue Zivilschutz noch stärker als bisher der Bevölkerung bewußtgemacht werden muß. Was unmittelbar darauf zu folgen hat, ist eine neuerliche großangelegte flächendeckende Zivilschutz-Kampagne, insbesondere in den neugeschaffenen Selbstschutzzentren. Hier bedarf es eines verstärkten Engagements aller für Zivilschutz zuständigen Landesbehörden.

Worum muß es uns gehen? Es ist das schwierige Ziel, die Bürger unseres Landes weiterhin von der Notwendigkeit des Zivilschutzes zu überzeugen, sie für diese Aufgabe zu motivieren. Ihnen auch klarzumachen, daß es auch wirklich eine Aufgabe und nicht nur eine Marotte ist.

Die Katastrophenfälle der Vergangenheit haben den Beweis geliefert, daß Zivilschutz sinnvoll ist. Daher haben alle mit Zivilschutz Beschäftigten an einem Strick zu ziehen und nicht nebeneinander, sondern miteinander zu agieren.

Es muß etwas zur weiteren Stärkung der Schlagkraft des Zivilschutzes geschehen. Aber nicht schleichend und scheinbarweise, sondern mit einem Paukenschlag! Nochmals gesagt: Es muß im Interesse der Sicherheit unserer Bevölkerung noch mehr getan werden.

(Anton Gaal, Generalsekretär des Österreichischen Zivilschutzverbandes, in „Zivilschutz Aktuell“ 4/88)

Japaner wollen mehr Zivilschutz

Zum zehnten Mal besichtigte eine Delegation der Japanischen Gesellschaft für Zivilschutz Einrichtungen des Zivilschutzes in Bonn. Besonderes Interesse fand ein Großschutzraum, der in der U-Bahnstrecke zwischen Auswärtigem Amt und Museum Koenig eingerichtet worden ist. Die Luftversorgungsanlage ist hier in einem Container von nur zehn Quadratmetern Größe untergebracht, bisher wurde dafür zehnmal so viel Fläche benötigt. Der geringe Platzbedarf ermöglichte erst den Einbau in eine

bereits vorhandene U-Bahnstrecke, weil die Bausubstanz aus statischen Gründen nicht verletzt werden durfte. Die Kosten für Wartung und Zivilschutzübungen werden dadurch erheblich verringert.

Das Interesse der Japaner richtet sich vor allem auf deutsche Zivilschutzanlagen, weil die Technik auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik wesentlich weiter fortgeschritten ist als in Japan. Auch hier würden zwar nur vier Prozent der Bundesbürger Platz in einem Schutzraum finden, in Japan gibt es aber überhaupt kein offizielles Zivilschutzkonzept, Schutzräume sind so gut wie nicht vorhanden. Die Japanische Gesellschaft für Zivilschutz möchte deshalb das Bewußtsein für zivilen Schutz in der japanischen Bevölkerung stärken.

(„Bonner General-Anzeiger“, Nr. 30034)

Den Selbstschutz großschreiben

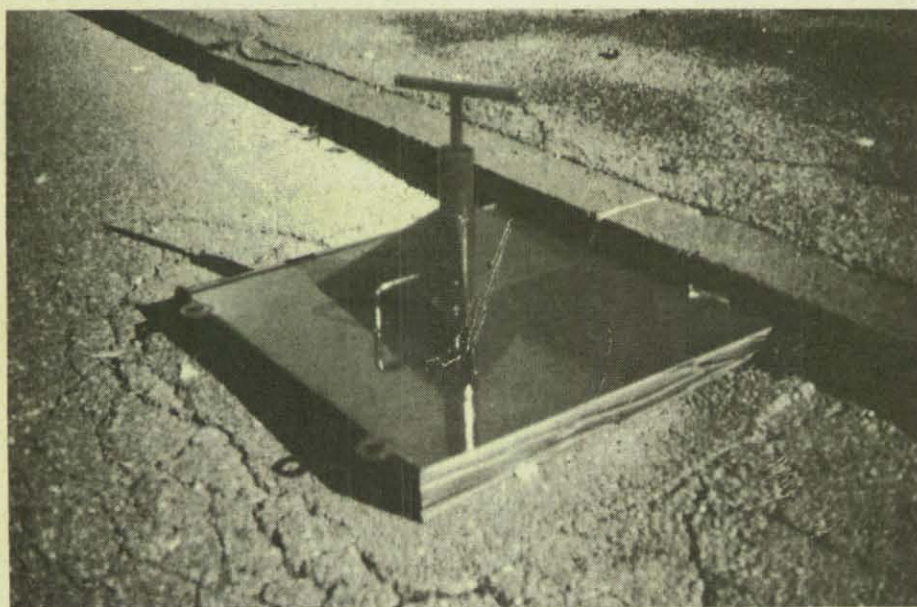
Mehr selbstschutzbereite und selbstschutzfähige Österreicherinnen und Österreicher wünscht sich der neue Präsident des Österreichischen Bundes-Feuerwehrverbandes, LBD Erwin Nowak. Der niederösterreichische Landes-Feuerwehrkommandant, der im September von den Delegierten der österreichischen Feuerwehren in sein neues Amt gewählt wurde, tritt außerdem für verstärkte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz ein.

Präsident Nowak im Gespräch mit „Zivilschutz Aktuell“: „Die tägliche Praxis zeigt immer wieder, daß die Menschen zu wenig auf Katastrophen vorbereitet sind. Dabei könnte jeder einzelne unsere Arbeit mit ein wenig Mühe entscheidend unterstützen, denn im Ernst- und Notfall können wir ja nicht an allen Orten, wo man uns braucht, zugleich sein.“ Präsident Nowak unterstützt daher voll den Österreichischen Zivilschutzverband, der in seiner Funktion als Schulungs- und Serviceorganisation die Bewußtseinsbildung und Motivation in Richtung Selbstschutz in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit gestellt hat. („Zivilschutz Aktuell“, Österreich, 4/88)

Feuerlöscher elektronisch geprüft

Ein neu entwickeltes elektronisches Prüfgerät für tragbare und fahrbare Löscher erleichtert Messungen, die bisher umständlich oder nur unzureichend durchzuführen waren. Wiegen der Löschergeräte oder Treibmittelpatronen, Prüfen des Drucks bei Dauerdruckgeräten oder N2-Flaschen sowie Prüfen des Löschpulvers auf Feuchtigkeit sind mit dem Gerät qualifiziert und einfach möglich.

Gemessene Daten werden in einem elektronischen Speicher gelistet und zusammen mit Datum und Uhrzeit ausgedruckt. Auch druckt das Gerät Firmenlogo und Kennung des Sachkundigen mit auf den Kontrollstreifen. Mit dem Gerät werden Prüfungen an Feuerlöschgeräten dem Stand der Technik entsprechend durchgeführt und transparent gestaltet. (Foto: Krupp)



Kanaldeckelabdichtung hilft Schaden begrenzen

Beim Lagern, Umfüllen und Transportieren von wassergefährdenden Flüssigkeiten gilt es dafür Sorge zu tragen, daß diese Stoffe bei einem Leck nicht in Kanalisation, Grundwasser oder Oberflächengewässer gelangen.

Dem Schutz des Kanalisationssystems dient eine neuentwickelte Abdichtungsrichtung, bestehend aus einer ca. 3 mm dicken Metallplatte, die einseitig mit einer kompressiblen Dichtmasse versehen ist.

Eine Spannvorrichtung preßt die Metallplatte mit dieser Dichtmasse rund um den Kanaleinlauf auf den umgebenen Bodenbelag an. Durch die Elastizität der Dichtmasse werden auch grobe Unebenheiten im Boden ausgeglichen.

Der Flüssigkeitsstand kann bis zu ca. 200 mm steigen, ohne daß gefährliche Stoffe oder kontaminiertes Löschwasser in die Kanalisation eindringen können.

Die Kanaldeckelabdichtung kann für die verschiedensten Einläufe eingesetzt werden, ohne daß Vorarbeiten (z. B. Abheben des Kanaldeckels) nötig sind, sie ist im Bedarfsfalle in Sekundenschnelle montiert.

(Foto: WL-Umweltschutz)

Chemikalienschutzanzug als zweite Haut

Hoher Tragekomfort und umfassender Schutz zeichnen die neuen Chemikalienschutzanzüge aus, die aus reißfestem, feingewirktem Trägergewebe gearbeitet sind. Dadurch wird das Anzugmaterial geschmeidig und paßt sich allen Bewegungen gut an. Maske, Atemschutzgerät und Schutzhelm werden unter dem Anzug getragen. Warnfarbiges Viton außen und Butyl innen garantieren eine gute Beständigkeit und hervorragende Gasdichtigkeit des neuen Mehrschichtgewebes. Sämtliche Nähte, die Sichtscheibe, der Reißverschluß sowie Handschuh- und Stiefeleinbindungen verfügen über die gleiche Schutzeigenschaft wie der Anzugstoff. Alle Nähte sind doppelt genäht und gasdicht abgedeckt.

Der Haubenzuschnitt wurde Feuerwehr- und Industrieschutzhelmen angepaßt, so daß die Schutzhaube bei jeder Kopfbewegung mitgeht. Die Ausbuchtung unterhalb der Sichtscheibe bietet ausreichend Platz für den Lungenautomaten. Die Anzug-Sichtscheibe liegt unmittelbar vor der Maskensichtscheibe und gibt dem Anzugträger eine nach allen Seiten hervorragende Sicht. Sicherheitsstiefel nach B3 DIN 4843 und Handschuhe aus Viton sind gasdicht und leicht auswechselbar mit dem Anzug verbunden. Für Trainingszwecke stehen preiswerte zuschnittidentische PVC-Versionen dieser gasdichten und chemikalienbeständigen zweiten Haut zur Verfügung.

(Foto: Dräger)





Roche Lexikon Medizin

2. Auflage
Urban & Schwarzenberg
Verlag, 8000 München 2

Verlag und Redaktion hatten sich die Aufgabe gestellt, mit dem Lexikon ein modernes und verlässliches Hilfsmittel für eine Vielzahl von Benutzern zu schaffen. Der Erfolg gab ihnen recht: In nur drei Jahren wurden über 125 000 Exemplare der Erstauflage verkauft. Das war Anlaß, eine in Konzeption und Inhalt weiter verbesserte zweite Auflage herauszubringen.

Das Werk umfaßt über 60 000 Stichwörter auf über 2 000 Seiten. Hervorzuheben ist, daß jedes einzelne Stichwort von mindestens einem kompetenten Spezialisten auf seine Richtigkeit hin überprüft wurde. Mit der Neuauflage wurde die Zahl der Stichwörter, die mit einer englischen Übersetzung versehen sind, auf etwa 37 000 verdreifacht. Ebenso stieg die Zahl der Abbildungen auf nun über 1 600, der überwiegende Teil davon zweifarbig. In einem neuen Tafelteil sind alle diejenigen Abbildungen zusammengefaßt, die erst durch eine vierfarbige Darstellung Aussagekraft bekommen. Der „Erste-Hilfe“-Teil wurde mit der Neuauflage ebenfalls wesentlich erweitert.

Das vorliegende Lexikon stellt eines der umfassendsten Fachwörterbücher des deutschen Sprachraums dar. Eine verständliche Sprache, klar gestaltete Tabellen und aufschlußreiche Abbildungen erleichtern das Verständnis komplexer Sachverhalte. Wegen seines Wertes sowohl für den praktischen Bereich wie auch für Studienbelange wird das Werk zu einem echten „Hand“-Buch, das jeder zur Verfügung haben sollte, der mit Medizin befaßt ist.

Deutsche Feuerwehr-Ehrenzeichen 1802 – jetzt

Deutsches Ordensmuseum Lüdenscheid

Auf der ordenskundlichen Landkarte waren Feuerwehr-Ehrenzeichen bisher ein weißer Fleck, obwohl das Interesse in den letzten Jahren zugenommen hat. Das Deutsche Ordensmuseum Lüdenscheid hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, mit der

Sonderausstellung „Deutsche Feuerwehr-Ehrenzeichen 1802 – jetzt“ Objekte vorzuweisen, die noch nie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich waren.

Mit dem vorliegenden Werk, das gleichzeitig den Katalog zur Ausstellung darstellt, wird der Versuch unternommen, mehr als bisher das Augenmerk auf den Lohn des Feuerwehrmannes zu lenken: Das Feuerwehr-Ehrenzeichen für jahrelangen Einsatz zum Wohle der Allgemeinheit. Bei der Durchsicht des Buches wird die ganze Vielfalt der verschiedenen Auszeichnungen deutlich. Untergliedert nach Feuerwehrverbänden, Ländern und Zeitepochen sind alle seit 1802 bekannten Feuerwehr-Auszeichnungen beschrieben und im Bild dargestellt. Auf 144 Seiten bietet sich dem Sammler und dem an der Thematik Interessierten eine wahre Fundgrube von Informationen, die in dieser Fülle bisher vermißt wurden.



Taschenkalender für die Feuerwehren 1989

Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart 80

Der bekannte Taschenkalender erscheint nunmehr bereits im 40. Jahrgang. Neben dem Kalendarium bietet der Taschenkalender auch zur Planung des Wachdienstes oder zur Übersicht über Mannschaften und Geräte passende Tabellen und Formulare. In sieben verschiedene Landesausgaben aufgliedert, enthält der Kalender weiterhin wichtige Anschriften von Dienststellen, Verbänden und Institutionen auf Landes- und Bundesebene.

Auf 252 Seiten bietet der Taschenkalender eine Menge Informationen, die im täglichen Feuerwehrdienst immer wieder benötigt werden. Als nützliches Nachschlagewerk und als Hilfe für Theorie und Praxis gehört er in die Hand eines jeden Feuerwehrmannes.

Handbuch Betrieblicher Brandschutz

Brandverhütung – Brandbekämpfung
Herausgegeben von Fritz Isterling
Kriminalistik Verlag GmbH,
6900 Heidelberg 1

Die Anforderungen an den betrieblichen Brandschutz reichen von baulich-technischen und organisatorischen Maßnahmen über chemische, ökologische und soziale Aspekte bis hin zur bestmöglichen Ausbildung der Mitarbeiter. Hierzu vermittelt das Handbuch die wichtigsten Informationen und bietet gleichzeitig praktische Hilfestellungen, indem erprobte Konzepte anschaulich vorgestellt und diskutiert werden.

„Elektronische Brandmeldeanlagen“, „Brandschutzverglasungen“, „Werkerschutz“, „Feuerlöschmittel“ und „Feuerversicherung“ sind nur einige der Schwerpunktthemen. Abgerundet wird das Handbuch durch Verzeichnisse der vom Verband der Sachversicherer (VdS) anerkannten System- und Gerätehersteller im Brandschutzbereich. Von seinen Aussagen her wendet sich das Handbuch insbesondere an Fach- und Führungskräfte aus den Bereichen Brandschutz und Arbeitssicherheit.

Der Helfer im Katastrophenschutz

Band 18 der Schriftenreihe „Zivilschutz“
Herausgeber: Bundesamt für Zivilschutz,
Deutscherherrenstraße 93, 5300 Bonn 2

Im Katastrophenschutz wirken über 1,3 Millionen freiwillige Helfer mit. 17 000 Helfer können pro Jahrgang und jährlich freigestellt werden. Verpflichtung, Entpflichtung, Rechte und Pflichten der Helfer sowie das Prinzip der Freiwilligkeit der Verpflichtung erfordern ein Höchstmaß an Durchschaubarkeit und Verständlichkeit des entsprechenden Rechtsgebiets.

Mit dem vorliegenden Titel ist dem Bundesamt für Zivilschutz ein wesentlicher Beitrag gelungen, die Rechtsmaterie Helferrecht auf 116 Seiten anschaulich, allgemeinverständlich und komplett darzustellen. Das Buch ist nicht nur für die verwaltenden Stellen eine wertvolle Informationsquelle, sondern auch für jeden Helfer, der sich über das Gesamtgebiet „Helferrecht“ oder einzelne Teilaspekte informieren möchte.

Allgemeines

Die GK dienen der Aufbewahrung und dem Transport von Ausstattungsteilen. Sie sind aus wasserfest verleimten Furnierplatten hergestellt. Scharniere, Verschlüsse und Griffe sind genormte Beschläge. Zum Schutz gegen Beschädigungen ist ein umlaufender Metallkantenschutz angeschraubt. Zur sicheren Lagerung des Inhaltes sind entsprechende Halterungen in den Kisten angebracht. Die GK sind mit einem Aufkleber versehen, auf dem der Inhalt, die GK-Nr. und das Gewicht angegeben sind. Auf der Innenseite des Deckels befindet sich ein Inhaltsverzeichnis und nach Bedarf eine Packordnung. Falls bereits ein Anlagenblatt zur Ausstattungsnachweisung (AnIBIAN) vorliegt, gilt dieses als Inhaltsverzeichnis.

Beschreibung der GK 2

In der GK 2 ist der Werkzeugsatz Holz- und Metallbearbeitung transportsicher verlastet.

Planungsbegriff:

Werkzeugsatz Holz- u. Metallbearbeitung, GK 2

Planungsnummer:

5180 – 00516

Versorgungsnummer:

5180-12-178-3918

Der Werkzeugsatz gehört zur Fachdienst-Ausstattung des KatS-Berugungszuges STAN 021.

Er ist der Gerätegruppe 03 zugeordnet und auf dem GWK verlastet. Die Gerätegruppe benötigt diesen Werkzeugsatz vordringlich für die in der STAN 021 aufgezeigten Fachdienstaufgaben

- Durchführung von unaufschiebbaren Sicherungsaufgaben,
- Bauen von behelfsmäßigen Wegen und Übergängen.

Abmessungen der GK 2

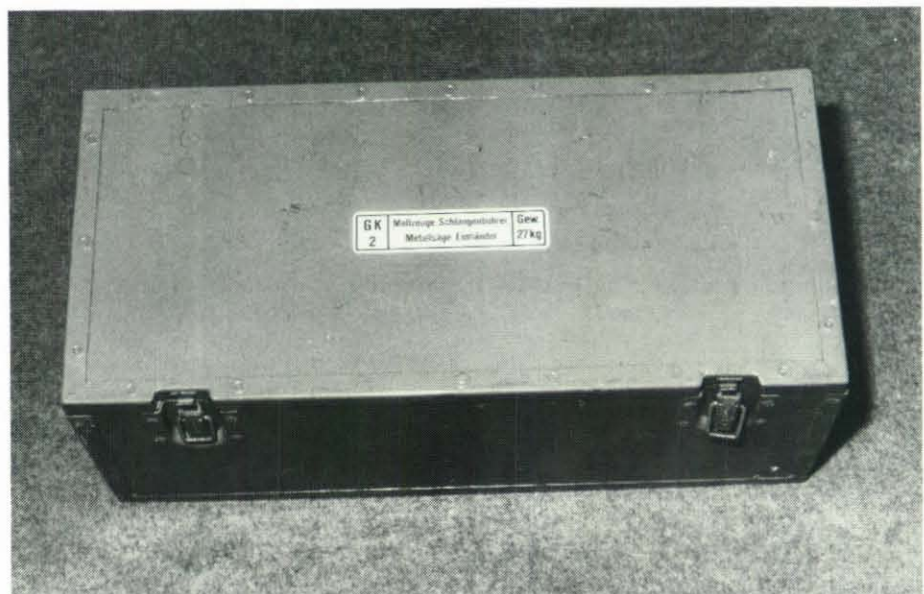
Länge 650 mm
Breite 300 mm
Höhe 250 mm

Gewicht der GK 2 mit Inhalt 27 kg

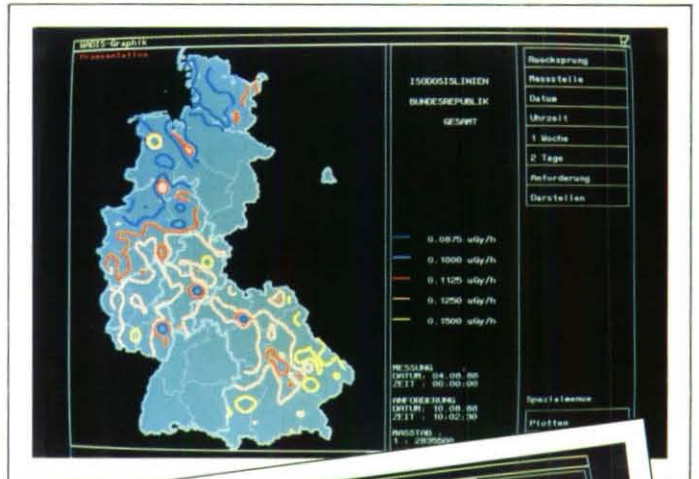
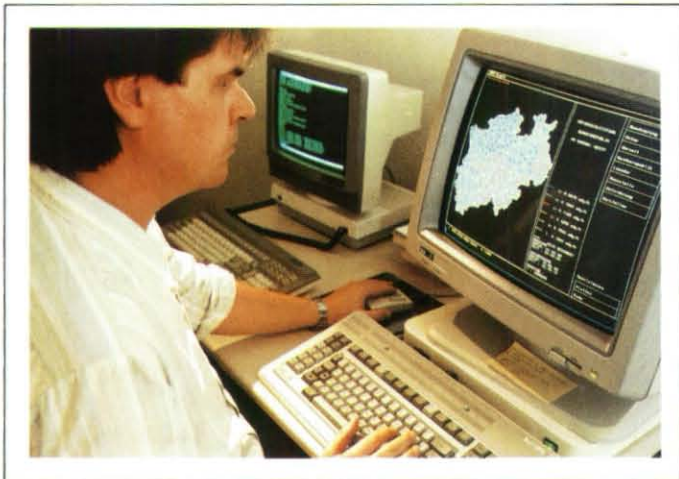
Der Werkzeugsatz Holz- u. Metallbearbeitung besteht aus

(Vers.-Nr. jeweils in Klammern):

- | | |
|---|--|
| <p>1 Gerätekiste mit 2 Einsätzen, Stegen und Halterungen</p> <p>5 Stangen-Schlangenbohrer nach DIN 6449 600 mm lang
14 mm Ø (5133-12-133-3485)
18 mm Ø (5133-12-126-2083)
22 mm Ø (5133-12-126-2084)
30 mm Ø (5133-12-120-6043)</p> <p>5 Holzgriff nach DIN 7482
19 mm Ø (5110-12-126-1298)
22 mm Ø (5110-12-120-6037)
25 mm Ø (5110-12-120-7516)
28 mm Ø (5110-12-120-6039)</p> <p>1 Stichsäge (Stichling)
8 mm Ø 470 mm lang – B 350
DIN 7258 (5110-12-120-4755)</p> <p>2 Rohrzangen-Einhänder
16 bis 33 mm SW, 260 mm lang
(5120-12-123-5192)</p> <p>1 Rohrzangen-Einhänder
22 bis 42 mm SW, 310 mm lang
(5120-12-178-7335)</p> <p>1 Handblechschere L 250
DIN 6438 (5110-12-126-1539)</p> <p>1 Wasserwaage 500
DIN 7292 (5210-12-120-4695)</p> <p>1 Bandmaß, Handkurbelauwicklung K 20 B 4
DIN 6303 (5210-12-120-4952)</p> <p>6 Gliedermaßstab 2 m
(5210-12-121-1137)</p> | <p>1 Richtschnur mit Haspel 25 m lang
(5210-12-120-1068)</p> <p>1 Metall-Handbügelsäge 300 mm lang A
DIN 6473 (5110-12-120-6123)</p> <p>10 Metall-Handsägeblatt, doppelseitig B 300 × 25 × 24
DIN 6473</p> <p>12 Zimmermannsbleistift 250 mm lang (7510-12-120-5219)</p> |
|---|--|



Warndienst mit neuer Aufgabe



Durch das Strahlenschutz-Vorsorgegesetz (StrVG) vom Dezember 1986 erhielt das Bundesamt für Zivilschutz mit seinen zehn über das Bundesgebiet verteilten Warnämtern ein zusätzliches Betätigungsfeld im Bereich der Überwachung der Umweltradioaktivität.

Inzwischen ist das neue bundesweite Meß- und Informationssystem des Warndienstes in Betrieb gegangen, mit dem bereits innerhalb weniger Minuten nach ihrem Auftreten radioaktive Strahlungen am Boden gemessen werden können. 1560 automatisch arbeitende stationäre Meßstellen im Abstand von etwa elf bis 15 Kilometern messen zur Zeit die Gamma-Ortsdosisleistung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Entlang der Bundesgrenzen, in der Umgebung kerntechnischer Anlagen sowie in Ballungsgebieten wird das Meßnetz so verdichtet, daß im Endausbau insgesamt 2000 Meßstellen aufgebaut sind.

Die Meßergebnisse laufen zunächst regional gebündelt zu den Rechnern der Warnämter. Hier werden sie ausgewertet, aufbereitet und über das „Institut für Atmosphärische Radioaktivität“ an die „Zentralstelle des Bundes“ im Rahmen des Integrierten Meß- und Informationssystems des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit weitergeleitet.

Unser Titelbild zeigt die Rechnerinstallation in einem Warnamt; die Bilder auf der Rückseite zeigen den Betrieb am Grafikarbeitsplatz (links oben), einen errechneten Überblick über die Radioaktivitätsverteilung im Bundesgebiet (rechts) sowie die Lage der Meßstellen in Schleswig-Holstein und Hamburg, wie sie am Bildschirm erscheinen (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).

